



*American Jewish Committee  
A Century of Leadership*

DEIDRE BERGER	MARIAM LAU
MICHA BRUMLIK	CHRISTINE MÄHLER
REINHARD BÜTIKOFER	STEPHAN REIMERS
CAROLINE FETSCHER	REINHOLD ROBBE
JOHANNES GERSTER	ESTHER SCHAPIRA
LARS HÄNSEL	CHRISTIAN SCHMIDT
HANS HERMANN HENRIX	ZAFER ŞENOCAK
ECKART VON KLAEDEN	CHRISTIAN STAFFA
HANS-ULRICH KLOSE	SEBASTIAN WEHRHAHN
ANGELIKA KÖSTER-LOSSACK	GERT WEISSKIRCHEN
SERGEY LAGODINSKY	CLEMENS WERGIN
MANFRED LAHNSTEIN	KLAUS WITTMANN

## **Aber Israel!**

**Deutsche-Israelische Zukunftsperspektiven 2007**



**Herausgeber:**

American Jewish Committee Berlin Office  
Lawrence Et Lee Ramer Center for German-Jewish Relations  
Leipziger Platz 15 · 10117 Berlin  
Tel.: +49 (030) 22 65 94-0 · Fax: +49 (030) 22 65 94-14  
[www.ajc.org](http://www.ajc.org) · [www.ajcgermany.org](http://www.ajcgermany.org)

Copyright © 2007

All Rights Reserved

Copyright: American Jewish Committee Berlin Office  
Lawrence Et Lee Ramer Center for German-Jewish Relations  
Berlin, Mai 2007

# **Aber Israel!**

## **Deutsche-Israelische Zukunftsperspektiven 2007**

**DEIDRE BERGER**

**MICHA BRUMLIK**

**REINHARD BÜTIKOFER**

**CAROLINE FETSCHER**

**JOHANNES GERSTER**

**LARS HÄNSEL**

**HANS HERMANN HENRIX**

**ECKART VON KLAEDEN**

**HANS-ULRICH KLOSE**

**ANGELIKA KÖSTER-LOSSACK**

**SERGEY LAGODINSKY**

**MANFRED LAHNSTEIN**

**MARIAM LAU**

**CHRISTINE MÄHLER**

**STEPHAN REIMERS**

**REINHOLD ROBBE**

**ESTHER SCHAPIRA**

**CHRISTIAN SCHMIDT**

**ZAFER ŞENOCAK**

**CHRISTIAN STAFFA**

**SEBASTIAN WEHRHAHN**

**GERT WEISSKIRCHEN**

**CLEMENS WERGIN**

**KLAUS WITTMANN**

## Vorwort

- 4      **Aber Israel ...**  
*Deidre Berger*
- 8      **Deutsch-israelische Beziehungen: Bestandsaufnahme 2007**  
*Reinhold Robbe*
- 10     **Israel: Von Europa - nach Europa**  
*Micha Brumlik*
- 13     **Das deutsch-israelische Verhältnis im Spiegel  
der UNIFIL-Entscheidung**  
*Reinhard Bütikofer*
- 17     **Kishons Komik und ihre deutsche Konjunktur**  
*Caroline Fetscher*
- 23     **Eine Freundschaft ist in die Jahre gekommen**  
*Johannes Gerster*
- 26     **Zur Zukunft der deutsch-israelischen Beziehungen**  
*Lars Hänsel*
- 30     **Das schwierige deutsch-israelische Verhältnis  
aus der Sicht eines Katholiken**  
*Hans Hermann Henrix*
- 36     **Israels Sicherheit ist nicht nur historische  
Verpflichtung für Deutschland**  
*Eckart von Klaeden*
- 39     **Nach dem Libanonkrieg: Kein Frieden in Nahost**  
*Hans-Ulrich Klose*
- 43     **Deutsch-Israelische Beziehungen – wo stehen wir 2007 ?**  
*Angelika Köster-LoBack*
- 48     **Besondere Beziehungen zu Israel als außenpolitische Doktrin**  
*Sergey Lagodinsky*

- 53 Was eigentlich gibt es zu diskutieren?  
*Manfred Lahnstein*
- 55 Stiller Richtungswandel  
*Mariam Lau*
- 60 50 Jahre deutsch-israelische Jugendkontakte –  
Wo liegt die Zukunft?  
*Christine Mähler*
- 64 „In diesem Jahr in Jerusalem“  
*Stephan Reimers*
- 67 Antisemitismus als Israelkritik  
*Esther Schapira*
- 70 Eine sicherheitspolitische Perspektive  
*Christian Schmidt*
- 71 Welt ohne Zentrum  
*Zafer Şenocak*
- 74 Gegenseitiges Verstehen in einer komplexen Situation  
*Christian Staffa*
- 77 Metamorphosen  
*Sebastian Wehrhahn*
- 81 Ein festes Band  
*Gert Weisskirchen*
- 85 Ein Kind des Westens  
*Clemens Wergin*
- 90 Deutsch-israelische Beziehungen auf sicherheits-  
und militärpolitischem Gebiet  
*Klaus Wittmann*
- 94 Autorinnen und Autoren

## Aber Israel...

Leitet uns die gemeinsame Vergangenheit auch in die gemeinsame Zukunft? Wenige Fragen werden so vehement in Deutschland und Europa diskutiert. Jedoch, aus einer Vielzahl von Gründen – der Geschichte, der gemeinsamen Werte, der geografischen Lage und der Sicherheit – lautet die zentrale Frage anders: Worin liegt die Zukunft der deutsch-israelischen und europäisch-israelischen Beziehungen?

Bei der Beantwortung dieser Frage steht viel auf dem Spiel. Die deutsch-israelischen Beziehungen sind eine zentrale Komponente der transatlantischen Beziehungen und der europäischen Politik. Deutschlands Rolle im Nahen Osten, in der Europäischen Union und in der G-8-Gruppe wird über die weiteren Entwicklungen im israelisch-palästinensischen Konflikt ebenso wie über die Beherrschung der regionalen Bedrohungen im Nahen Osten mitentschieden.

Auf politischer Ebene sind die Beziehungen gut. Israel war eines der ersten Länder, denen Kanzlerin Angela Merkel und Außenminister Frank-Walter Steinmeier einen Besuch abstattete. Beide haben der Revitalisierung des Nahost-Quartetts während des EU-Vorsitzes Deutschlands im ersten Halbjahr 2007 oberste Priorität eingeräumt.

Viele Umfrageergebnisse sowie kürzlich gefallene Äußerungen einiger Prominenter zeigen jedoch, dass im öffentlichen Raum andere Ansichten vorherrschen. Einer im Auftrag des BBC erstellten und Anfang März 2007 veröffentlichten weltweiten Studie zufolge meinen durchschnittlich 56 Prozent, dass Israel einen negativen Einfluss auf die Welt habe. In jedem Land erhielt Israel den schlechtesten Wert aller zur Auswahl stehenden Länder. In Deutschland meinten sogar überdurchschnittlich viele – 77 Prozent aller Befragten –, Israel habe einen negativen Einfluss. Mit gerade einmal 10 Prozent, die einen positiven Einfluss sehen (nach Ungarn mit 6 Prozent und Polen mit 7 Prozent der dritt-niedrigste Anteil aller EU-Staaten), liegt Deutschland nur knapp vor den arabischen Ländern.

Diese Ergebnisse entsprechen den Resultaten europaweiter Erhebungen, die oftmals ein noch negativeres Israelbild diagnostizieren.

Die Schaffung von Stabilität im Nahen Osten ist mehr denn je eine große internationale Herausforderung. Die neuen politischen Interessen der Ölstaaten, die geografische Nähe zu Europa und der durch globale Vernetzung möglich gewordene Einfluss der arabischen und muslimischen Welt auf Europa lassen der Aufgabe eine neue Dringlichkeit zukommen.

Nie waren die Beziehungen zu Israel – der einzigen voll ausgebildeten Demokratie der Region – für deutsche und europäische Interessen von größerer Bedeutung. Aus diesem wie aus anderen Gründen erfordert die sich rapide wandelnde politische Landschaft des Nahen Ostens frische Impulse in Deutschland und Europa.

Um diese Diskussion anzuregen, bat das Berliner Büro des American Jewish Committee eine Reihe von Personen des öffentlichen Lebens, ihre Überlegungen bezüglich der deutsch-israelischen Beziehungen im 21. Jahrhundert zu äußern. Wir erhielten von Spitzenpolitikern, Journalisten, Akademikern und Vertretern von NGOs eine überwältigende Resonanz. In ihren kurzen Aufsätzen findet sich eine große Bandbreite von Perspektiven zu dieser Frage.

Allen gemeinsam ist die Auffassung, dass die Unterhaltung und Ausweitung der Beziehungen zu Israel, einem Land, das aufgrund seiner rechtsstaatlichen Verfasstheit und seines Wertekanons große Ähnlichkeiten mit den europäischen Ländern aufweist, von enormer Wichtigkeit ist. Die Aufsätze eröffnen eine lebendige Diskussion über Zukunftsperspektiven für Israel, zum Beispiel als Mitglied der NATO und/oder der Europäischen Union, um das Land stärker in westliche Strukturen zu integrieren. Interessanterweise ergab eine kürzlich unternommene Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, dass 75 Prozent der Israelis der Meinung sind, ihr Land solle der EU beitreten. Außenpolitische Perspektiven für Israel, und dazu gehört sowohl Israels Rolle als Modellstaat im Nahen Osten als auch die strategische Allianz mit außereuropäischen Partnern, sind ein zentrales Thema.

Einige der Beiträge konzentrieren sich auf die deutsch-israelischen Beziehungen im militärischen Bereich, insbesondere im Hinblick auf Deutschlands Beteiligung an UNIFIL. Im Rahmen dieses ersten deutschen Militäreinsatzes in direkter Nähe zu Israel patrouil-

lieren deutsche Marineeinheiten wegen des Waffenschmuggels der Hisbollah vor der libanesischen Küste. Andere Beiträge wiederum thematisieren Gemeinsamkeiten, die dazu beitragen können, Israel und Deutschland einander näher zu bringen, zum Beispiel über eine Kooperation auf den Gebieten Zuwanderung, Demokratieerziehung oder Energieeinsparung. Viele Autoren unterstreichen die Notwendigkeit, über den Tourismus hinauszugehen und verstärkt bilaterale Projekte und Austauschprogramme, insbesondere für junge Menschen, zu initiieren.

Das zentrale Anliegen dieser Aufsatzsammlung ist es, die Palette der dynamischen deutsch-israelischen Beziehungen zu erweitern. Interessanterweise zeigen zwei aktuelle Umfragen, dass Deutschland in Israel ein ausnehmend positives Image hat. Einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung zufolge wünschen sich 57 Prozent der Israelis einen größeren Einfluss Deutschlands innerhalb Europas; laut Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung sind es sogar 67 Prozent. Die deutsch-israelischen Beziehungen können von verstärkter Zusammenarbeit und vielfältigeren Kontakten nur profitieren.

Beim Jahrestreffen des American Jewish Committee am 4. Mai 2006 sagte Kanzlerin Angela Merkel in ihrer Ansprache beim Gala-Dinner: „Das entschiedene Eintreten für das Existenzrecht Israels und für das Recht seiner Bürgerinnen und Bürger, in sicheren Grenzen und im Frieden mit seinen Nachbarn zu leben, ist eine unverrückbare Konstante deutscher Außenpolitik aller Bundesregierungen.“ Während diese besondere Verantwortung in einigen intellektuellen Kreisen, insbesondere in der Linken, durchaus umstritten ist, hat die deutsche Regierung durchgehend eine Politik verfolgt, die den Wert einer Partnerschaft mit Israel zu schätzen weiß. Die deutsche Haltung gegenüber Israel hat sich zwar spät herausgebildet (Deutschland hat Israel erst 1965 anerkannt, später als andere europäische Länder), sie ist aber dafür stabil und durchgängig. Deutschland war stets ein wichtiger Fürsprecher Israels in Europa und ist dies noch immer, indem es zugleich seine wichtigen strategischen Beziehungen zur arabischen Welt pflegt.

Reflexion auf die Geschichte bildet den gemeinsamen Rahmen der Aufsätze. Etlliche Autoren spekulieren, wie die Bedeutung der Erinnerung an die Shoa für kommende Generationen bewahrt werden kann. Nichtsdestotrotz ist den Autoren bewusst, dass die Geschichte allein im Fortgang der Zeit keine ausreichende Basis für die deutsch-israelischen Beziehungen mehr abgeben wird. Tatsächlich war die weit verbreitete Vorstellung,

# Vorwort

---

dass es allein die Geschichte sei, die Deutschland und Israel aneinander binde, zu keinem Zeitpunkt richtig. Die Beziehungen waren stets durch Austausch auf einer Vielzahl von so unterschiedlichen Ebenen geprägt wie Politik, Sicherheit, Forschung, Technologie, aber auch Kunst und Wissenschaft. Diese Kontakte und Projekte basierten und basieren noch immer auf gemeinsamen Interessen.

Europa und die USA sind im 21. Jahrhundert mit einzigartigen Herausforderungen konfrontiert. Zu diesen gehören auch neue Erscheinungen des Extremismus, des Terrorismus und des Totalitarismus. Israel ist umgeben von feindlich gesinnten Staaten, die sich zum größten Teil weigern, sein Existenzrecht anzuerkennen. Das Land ist aus Notwendigkeit heraus schon seit Jahrzehnten ein Frontstaat des Westens, wenn darum geht, mit diesen Problemen fertig zu werden. Je weiter Israel in die transatlantischen Beziehungen integriert wird, um so mehr können westliche Staaten von den israelischen Erfahrungen im Umgang mit diesen Bedrohungen profitieren. Engere Kontakte zu Israel auf allen Ebenen, von Politik bis Kunst, können in Europa und im Nahen Osten zudem Anregungen auf vielen Gebieten liefern.

Es ist in unserem eigenen Interesse, die Ausweitung der europäisch-israelischen Beziehungen weit oben auf der transatlantischen Agenda anzusiedeln. Deutschland bleibt wegen seines hohen Ansehens sowohl in Europa als auch in Israel der Schlüssel zu den europäisch-israelischen Beziehungen. Wir sind den zahlreichen Autoren dankbar. Sie haben sich trotz voller Terminkalender die Zeit genommen, ihre Gedanken mit uns zu teilen. Die so entstandenen Aufsätze ergeben eine anregende Mischung aus Ideen, Überlegungen und Vorschlägen in Bezug auf die deutsch-israelischen Beziehungen im 21. Jahrhundert. Wir hoffen, sie werden in Regierungskreisen und darüber hinaus lebhaft Diskussionen über Israels Perspektiven auslösen.

*Deidre Berger, Director*

*American Jewish Committee Berlin Office*

*Lawrence & Lee Ramer Center for German-Jewish Relations*

## Deutsch-israelische Beziehungen: Bestandsaufnahme 2007

Mit einer gewissen Regelmäßigkeit erleben wir in unserem Land den bislang stets gescheiterten Versuch, das „Besondere“ an den deutsch-israelischen Beziehungen in Frage zu stellen. Auch in diesen Monaten sehen wir dafür Beispiele. Je nach politischer Ausrichtung und ideologischer Herkunft gibt es dabei eine breite Palette von Begründungen. Sie reicht von der angeblichen Notwendigkeit, dass sich Deutschland grundsätzlich oder mit Blick auf bestimmte militärische Maßnahmen von Israel distanzieren müsse, bis hin zu der mehr oder weniger offen geäußerten Forderung, sechzig Jahre „Buße“ für begangenes Unrecht seien ausreichend; jetzt müsse endlich „Normalität“ einkehren – was auch immer man damit ausdrücken will. Erschreckend sind solche Begründungsversuche, wenn sie Israelkritik vermengen mit der Relativierung des Mordes an sechs Millionen Juden durch Nazideutschland.

Die Motive für die Infragestellung der Besonderheit der deutsch-israelischen Beziehungen sind vielschichtig und nicht unbedingt auf Anhub durchschaubar. Einige Merkmale haben alle diese vermeintlich aktuellen Forderungen gemein: sie enthalten in der Regel kaum neue Argumente; die Grenzen zwischen Israel-Kritik und Antisemitismus sind fließend; und die Verfasser der Forderungen zeichnen sich nicht unbedingt dadurch aus, dass sie bisher als profunde Kenner der komplizierten Entwicklung im Nahen Osten oder des besonderen bilateralen Verhältnisses zwischen Deutschland und Israel aufgefallen wären.

Indes, gerade weil bestimmte Verfechter einer Revision der „besonderen deutsch-israelischen Beziehungen“ mit ihren populistischen Argumenten immer wieder auf fruchtbaren Boden stoßen, ist es eine Verpflichtung für alle Verantwortungsträger in unserem Land, intelligent und offensiv zu widersprechen, wenn man von „besonderen Beziehungen“ spricht und unsere historische Verantwortung für das jüdische Volk meint.

Es kann nicht oft genug auf die Selbstverständlichkeit hingewiesen werden, dass die geschichtlich bedingten, „besonderen Beziehungen“ zwischen Israel und Deutschland rein gar nichts zu tun haben mit der ständig gegebenen Möglichkeit, die aktuelle israelische Politik im allgemeinen oder einzelne politische Maßnahmen zu kritisieren. Und dies mitunter auch unmissverständlich und hart in der Sache. Wenn in Israel oder von Israel verantwortetes Unrecht geschieht, dann ist das selbstverständlich kritikwürdig; ebenso wie nicht hinnehmbares Unrecht hier in Deutschland.

Und genauso häufig muss die Notwendigkeit unterstrichen werden, dass die „besonderen Beziehungen“ zwischen Deutschland und Israel nicht statisch sind. Sie haben ihren Ursprung zwar in der deutschen Verantwortung gegenüber den Opfern des Nazi-Regimes. Diese „besonderen Beziehungen“ werden jedoch nur dann zukunftsfähig sein, wenn sie immer wieder neu mit Leben gefüllt werden. Von der Generation der Opfer und Täter leben nur noch wenige. Es dreht sich demnach alles um die Frage, wie die jetzigen und künftigen Generationen in Israel und Deutschland mit dieser Frage umgehen.

In vielen Bereichen wurden bereits im Laufe der Nach-kriegsgeschichte Fundamente für ein pragmatisches Handeln geschaffen. Auf wirtschaftlicher Ebene entwickelte sich beispielsweise eine äußerst dynamische Beziehung, die zu den stabilsten weltweit zählt. Auch in der Wissenschaft, der Medizin oder auf dem Feld der Sicherheitszusammenarbeit ist die Kooperation zwischen Israel und Deutschland oftmals beispielhaft. Ähnlich verhält es sich in kulturellen Angelegenheiten.

Was nun besonderer Aufmerksamkeit bedarf, das sind die ganz konkreten Beziehungen zwischen den Menschen in Deutschland und Israel. Die jetzt in der Verantwortung stehenden Generationen haben es in der Hand, das zukunftsfähig zu machen, was sich im Laufe von mehr als sechzig Jahren unter der großen Überschrift „besondere Beziehungen“ entwickelte. Gerade deshalb ist diese Debatte über den Stand der „besonderen“ deutsch-israelischen Beziehungen zielführend.

*Reinhold Robbe, MdB*

# Israel: Von Europa – nach Europa

*Micha Brumlik*

Im kommenden Jahr wird der Staat Israel den sechzigsten Jahrestag seiner Gründung begehen, doch wird die Freude darüber durch den anhaltenden Umstand getrübt, dass die jüdische wie die nichtjüdische Bevölkerung des Staates durch einen nuklearen Holocaust seitens des Iran bedroht wird. Unabhängig davon wird auch Israel nächstes Jahr noch immer mit den Palästinensern und vor allem mit sich selbst um die Antwort auf die Frage ringen, wie ein jüdischer und ein palästinensischer Staat nebeneinander existieren können. Lösungen sind derzeit wie schon seit Jahrzehnten im Gespräch, konkrete Perspektiven oder gar Lösungen so unreal wie seit eh und je.

Die Hoffnung darauf, dass das so genannte „Quartett“ oder gar die USA nach Jahren des Stillstands wieder Bewegung in den so genannten Friedensprozess bringen können, wirkt illusorisch – auch und sogar dann, wenn die USA, ernüchtert angesichts eines vergeblichen, teuren und blutigen Krieges gegen und im Irak, sich gegenwärtig wieder auf ihre traditionellen Pflichten besinnen. Freilich haben sich seit dem Irakkrieg die Voraussetzungen politischen Handelns in der Region verändert: die USA haben den letzten noch verbliebenen politischen Kredit verspielt und werden auf lange Jahre vielleicht noch über Druckmittel, nicht aber über den gegenwärtig entscheidenden politisch-diplomatischen Einfluss verfügen. Über diesen Einfluss verfügt unter den Israel freundlich gesonnenen Staaten und Bündnissen – wenn überhaupt – gegenwärtig und in naher Zukunft nur noch eine inzwischen bis an den Rand ihrer Handlungsfähigkeit vergrößerte EU. So befindet sich der Mittlere Osten gegenwärtig in einer Situation, in der der alte Hegemon, die USA, nicht mehr handeln kann und die neue Einflussgröße, die EU, noch nicht recht weiß, ob und wie sie handeln soll.

In dieser Situation eines sich abzeichnenden außenpolitischen Machtvakuum hier und der offensichtlichen Unfähigkeit der am Palästinakonflikt beteiligten Akteure, den Konflikt aus eigener Kraft beizulegen, rollt die Verantwortung auf die Europäer zu

– ob sie es wollen oder nicht. Infrage steht allenfalls – ob sie sich dieser Verantwortung stellen wollen oder nicht. Wenn sie sich ihrer Verantwortung stellen wollen, liegt eine Option von geradezu geschichtsphilosophischer Tragweite vor ihnen, eine Option, die zu entfalten und zu befördern insbesondere Deutschland obliegt: der nationalsozialistischen Schuld am industriellen Massenmord an den europäischen Juden und der daraus erwachsenden deutschen Verantwortung wegen.

In ihrem Reisebuch „Israelis in Berlin“ hat die an der Universität Haifa lehrende Historikerin Fania Oz-Salzberger, die Tochter des israelischen Schriftstellers Amos Oz, eine nachdrückliche Spurensuche unternommen und konnte dabei zu keinem anderen Schluss kommen, als dass die geistige Wiege des Zionismus in Mitteleuropa stand und dass die auf der Basis dieser Fundamente errichtete Staatsgründung ganz und gar vom Wesen Europas war – ein Umstand, der etwa dem Begründer des nationalstaatlichen Zionismus, Theodor Herzl, so selbstverständlich war, dass er auf ihn gar nicht weiter reflektierte. Dass diese Staatsgründungsidee notwendigerweise unter imperialistischem Vorzeichen verwirklicht wurde und von den auf und um das Territorium des künftigen jüdischen Staates lebenden Arabern auch so empfunden und bekämpft wurde, ist bekannt. Doch was einstmals als Inbegriff des Imperialismus abgelehnt wurde, die europäische Zivilisation, erscheint heute mehr und mehr Menschen in der Region als einzig gangbarer Weg in eine humane Zukunft.

Zumal in Deutschland, aber zunehmend auch in Frankreich, wird das Ausgreifen der EU in den Nahen Osten mit meist minder, gelegentlich mit mehr überzeugenden Argumenten bestritten. Indes: wenn die Türkei ein denkbare Mitglied der EU sein kann, dann gilt dies für den Staat Israel allemal. Das muss hier im Hinblick auf Kultur, Rechtszivilisation, Kunst und Wissenschaft nicht näher begründet werden. Freilich waren die zionistischen Gründerväter und -mütter einem Rückkehr- und Renaissance-mythos verfallen, der sie ihre europäischen Wurzeln verleugnen ließ und ihnen Phantasien eines Eintauchens in den arabischen Orient eingab, Phantasien, die einen durchaus rationalen Kern hatten. Wenn man sich schon dazu entschließt, einen Staat im arabischen Orient zu gründen, ist es nur konsequent, sich dieser Kultur vorbehaltlos anzuschließen. Der geschichtliche Verlauf hat diesen Weg verändert – heute sind es unterschiedliche Schattierungen einer auch europäisch geprägten Moderne, die auch die arabischen Staaten durchdringen, oder anders: heute sind es die arabischen Staaten, die sich die europäisch und US-amerikanisch geprägte Moderne in einer ganz eigenen Weise anverwandeln.

Vor diesem Hintergrund kann Deutschland als der in der Israel-Palästina Frage mit besonderer Expertise ausgestattete Akteur jenen Weg bereiten, der sowohl das israelische Sicherheitsproblem lösen als auch den Palästinensern eine würdige und sichere Existenz garantieren könnte.

Eröffnete die EU dem Staat Israel die Möglichkeit einer Aufnahme in die EU, könnte sie dem jüdischen Staat jene Bedingungen stellen, auf die sich der größte Teil seiner politischen Eliten im freien Spiel der Kräfte nicht einlassen mag: einen hundertprozentigen Rückzug auf die Grenzen von 1967, Jerusalem als Hauptstadt zweier Regierungen sowie gedeihliche ökonomische Beziehungen zu den Nachbarstaaten. Anders als Sanktionen, anders aber auch als die oft verantwortungslose und zu stark den eigenen strategischen Interessen verhaftete Politik der USA könnte die EU hier ein neues Motiv in den Friedensprozess einführen: Einen starken Anreiz, eine Vision, eine konkrete Utopie an Stelle von Sanktionen oder hilflosen diplomatischen Bemühungen. Ein israelischer Beitritt zur EU, der gewiss nicht vor 2020 vollzogen und eventuell von der Assoziation eines unabhängigen Palästina gefolgt würde, könnte der Region einen Frieden bescheren, der diesen Namen auch wirklich verdient.

Deutschland sollte sich diesem Gedanken nicht nur während seiner jetzigen Ratspräsidentschaft nähern, sondern ihn zu einem zentralen Ziel seiner Außenpolitik machen. Man mag dies angesichts der Wachstumsschmerzen der EU und des Streits um den Beitritt der Türkei für einen Traum halten, indes: Schon Theodor Herzl sagte: „Wenn ihr wollt, ist es kein Märchen“ und David Ben Gurion wird der Spruch zugeschrieben: „Wer in diesem Land nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist.“

# Das deutsch-israelische Verhältnis im Spiegel der UNIFIL-Entscheidung

*Reinhard Bütikofer*

Weniger als 50 Jahre nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland befinden sich aktive deutsche Militäreinheiten mit Zustimmung Israels in unmittelbarer Nähe der israelischen Nordgrenze. Wer hätte sich noch vor wenigen Jahren eine nahe Zukunft vorstellen können, in der dies möglich wäre?

Die Diskussion in Öffentlichkeit und Parlament, die im letzten Jahr der Entscheidung der großen Mehrheit des Deutschen Bundestages für eine Beteiligung deutscher Marineeinheiten am von den Vereinten Nationen mit einem erneuerten Mandat versehenen UNIFIL-Einsatz im Libanon vorausging, war weithin geprägt von dem historischen Bewusstsein davon, welche hohe tatsächliche und symbolische Bedeutung für das deutsch-israelische Verhältnis dieser politischen Weichenstellung zukam. Zugleich spiegelte sich in der Debatte die nach wie vor komplexe und außerordentlich sensible, auch kontroverse Natur dieses Verhältnisses.

Als Pole der Diskussion erscheinen im Nachhinein wenigstens die verschiedentlich kritisierte Äußerung der Bundeskanzlerin, die Bundesmarine solle sich zum Schutze Israels an UNIFIL beteiligen, und andererseits das Tandem Westerwelle/Lafontaine mit seiner ad nauseam wiederholten Warnung, gerade aus historischer Verantwortung dürften deutsche Soldaten auf keinen Fall in die Nähe der israelischen Grenze kommen. Bei genauerem Hinsehen verbietet sich allerdings eine rein parteipolitische Zuordnung der verschiedenen Positionen. Sympathisanten der einen wie der anderen Position fanden sich, mit Ausnahme der Linkspartei.PDS, in unterschiedlicher Zahl in allen Parteien.

Meine Partei unterstützte nach intensiver Diskussion am Ende mit sehr großer Mehrheit die Entscheidung pro UNIFIL. Das stand nicht von vornherein so fest, und es gab durchaus verschiedene Argumentationslinien.

Meiner Meinung nach ist es richtig, dass ein glaubwürdiges, verlässliches Engagement für die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsraison gehört. Deshalb hätte ich mir letztlich eben so wenig ein militärisches Libanon-Engagement gegen israelischen Willen vorstellen können wie eine Verweigerung dieses Engagements gegen eine entsprechende Befürwortung aus Jerusalem. Es hat auch für die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung bei uns Bündnisgrünen eine wichtige Rolle gespielt, dass unsere Freunde aus der israelischen Friedensbewegung wie Galia Golan und andere eine deutsche Beteiligung ausdrücklich befürworteten. Trotzdem würde ich nicht sagen, es sei bei der deutschen Entscheidung für ein Engagement nur um den Schutz Israels gegangen. Abgesehen von den paternalistischen Untertönen, die in einer solchen Aussage leicht mitschwingen, würde sie die deutsche Nahostpolitik auch zu einer abhängigen Variable der deutschen Israelpolitik machen, was nicht vernünftig sein kann. Entsprechend hat Bundeskanzlerin Merkel ihre Begründung für die positive UNIFIL-Entscheidung ja in vielen öffentlichen Erklärungen auch auf breitere Gründe gestützt. Die Stabilisierung des Libanon war nicht der geringste dieser Gründe.

Die Warnung vor Situationen, in denen deutsche und israelische Soldaten einander möglicherweise mit der Waffe in der Hand gegenüber stehen könnten, hat im Vorfeld der UNIFIL-Entscheidung im letzten Jahr eine große Rolle gespielt. Die Sorge darum, was aus einer solchen Situation vielleicht an unabsehbaren Konsequenzen entstehen könnte, hat ja auch viele israelische Teilnehmer der Diskussion, wie den ehemaligen israelischen Botschafter Avi Primor, bewegt, und sie wurde schließlich bei der Ausgestaltung des Mandats für die Bundesmarine praktisch berücksichtigt. Dies war ein Gebot der Klugheit. Dagegen hat bei mir die Art und Weise, wie dieses Argument damals teilweise auch als Generalklausel für die Ablehnung jeder näheren Prüfung, welche konkrete Verantwortung unser Land schließlich doch übernehmen könnte, benutzt wurde, mehr als einmal erhebliches Unbehagen ausgelöst. Die Behauptung, wir Deutsche könnten Israel wegen deutscher historischer Schuld ja im Zweifel gar nicht so entgegenreten, wie es „wahrscheinlich“ angesichts israelischer Aggression nötig sei, diente in etlichen Zuschriften, die ich bekam, und leider auch in manchen öffentlichen Äußerungen von Politikern als fadenscheinige Verkleidung für die Kolportage der Botschaft, dass eben Israel als Aggressor, als schuldiger Herd des Nahostkonflikts, zu beurteilen und zu verurteilen sei. Manche sagten offen, dass das Leben deutscher Soldaten nicht „für Israel“ riskiert werden dürfe. Ich respektiere alle, die in ehrlicher Sorge sind und waren. Zum Alibi für die Ablehnung von Verantwortung sollte diese Sorge aber nicht werden. Unbestreitbar ist, dass in der Diskussion antiisraelische und antisemitische Töne laut

wurden, die deutlich machten, dass der Willen und die Aufgabe, deutsch-israelische Verständigung zu schaffen, noch mit enormen Herausforderungen konfrontiert sind, die nur in aktiver Auseinandersetzung zu besiegen sind. Berechtigte Kritik an Israels Kriegsführung im Libanon, wie sie ja auch aus Israel selbst zu hören war, zähle ich nicht zu Antisemitismus.

Ich weiß nicht, welche Noten derzeit in Meinungsumfragen das deutsche UNIFIL-Engagement erhalten und von wie vielen Menschen in Deutschland es unterstützt würde. Fragen, die Israel betreffen, gehören zu den wenigen außenpolitischen Fragen, die in unserem Land wirklich die Gemüter in Bewegung zu setzen in der Lage sind. Umgekehrt beklagen aber auch viele Medienmenschen, wie unendlich schwer es sei, gerade für diese Fragen die Aufmerksamkeit einer größeren Zahl zu wecken und hohe Einschaltquoten zu erzielen. Die durchaus tief gehende Diskussion des letzten Jahres ist inzwischen von vielem anderen überlagert worden. Einstweilen ist das deutsch-israelische Verhältnis wieder ein Thema, das den Profis überlassen bleibt. Doch mit der UNIFIL-Entscheidung hat sich im deutsch-israelischen Verhältnis etwas geändert, das über den Tag hinaus Bedeutung haben wird. Mit der Entscheidung für unser militärisches Engagement, einer Entscheidung bei der niemand ausschließen konnte, dass dadurch möglicherweise das Leben deutscher Soldaten in Gefahr gerät, hat Deutschland unübersehbar demonstriert, dass wir den Frieden und die Sicherheit in der Nahost-Region als unverzichtbar für den Frieden und die Sicherheit unseres Landes einschätzen.

Es ist zu hoffen, dass UNIFIL die gestellte Aufgabe gut erledigt. Trotzdem ist wohl UNIFIL für sich genommen nicht in der Lage, eine Entwicklung auszuschließen, in der Israel sich möglicherweise vor die Frage gestellt sähe, ob es einer neuerlichen militärischen Bedrohung vom Norden her mit Waffengewalt entgegentreten oder sie hinnehmen will. Deshalb ist es so wichtig, dass Ansätze für eine umfassende, dauerhafte Lösung für die in einander verschlungenen israelisch-palästinensischen, israelisch-syrischen und israelisch-libanesischen Konflikte entwickelt, aufgegriffen und mit hohem Einsatz verfolgt werden. Deutschland kann und sollte dabei eine aktive Rolle spielen. Es ist in unserem Interesse. Gelingt das UNIFIL-Unterfangen, dann kann es vielleicht sogar als positives Beispiel für die schwierige Frage nach eventuellen internationalen Garantien einer israelisch-palästinensischen Zwei-Staaten-Lösung dienen.

Auf jeden Fall sind Israel und Deutschland durch die UNIFIL-Entscheidung näher aneinander gerückt. Natürlich kam eine solche Entwicklung nicht voraussetzungslos, nicht

über Nacht. Die deutsch-israelische Zusammenarbeit hat dem über lange Jahre sichtbar und weniger sichtbar vorgearbeitet. Und natürlich hat sich nichts erledigt. Das deutsch-israelische Verhältnis wird auch in Zukunft in einer Geschichte gründen, die nicht vergeht. Es wird aber künftig noch stärker als bisher daran gemessen werden, wie sehr es in der Tat aktiv dazu beiträgt, Frieden und Sicherheit in Freiheit in unserer gemeinsamen Nachbarschaft möglich zu machen. Gemeinsam, und gemeinsam mit anderen. Die nächsten Jahrzehnte deutsch-israelischer Beziehungen mögen zeigen, dass wir dem gewachsen sind.

# Kishons Komik und ihre deutsche Konjunktur

## Israelische Satiren als Medizin gegen deutschen Antisemitismus?

*Caroline Fetscher*

Eine von Ephraim Kishons originellsten Satiren verwandelt ein altes, deutsches Märchen in eine Parabel der Weltpolitik. Wie gewohnt hockt da die Hexe in ihrer Küche und freut sich auf ihren Braten Hänsel. Der zittert in seinem Käfig, während Gretel aus dem Wald Reisig für das Feuer holt. Auf einmal aber erscheint „auf der Schwelle des Hauses ein vornehm gekleideter Herr von edlem humanitärem Aussehen.“ Er stellt sich vor: „Ich heiße Doktor Fromage, repräsentiere das Internationale Rote Kreuz und wurde von der Zentrale hier hergeschickt, um meine guten Dienste anzubieten.“ Die Kinder jubeln, sie wännen sich gerettet. Gleichwohl: zu früh gefreut. „Ohne zu zögern rückte Dr. Fromage die Dinge zurecht“. Strikte Neutralität sei geboten, erklärt er. Gewiss, die Kinder leiden. Doch auch die Hexe würde „unter dem erzwungenen Verzicht auf die von ihr geplante Mahlzeit“ leiden müssen. Da gilt es abzuwägen, doch aus Genf erhält er keine klare Order. Schließlich nehmen die Kinder ihre Sache in die Hand, machen die Hexe unschädlich und verjagen den enttäuschenden Gast. Die Satire „Hänsel, Gretel und das Rote Kreuz“ erschien 1972 in der Anthologie „Salomos Urteil, zweite Instanz“. Meine Auflage von 1978 zählt bereits das 190. Tausend, von Taschenbüchern ganz abgesehen.

Explizit suchte Kishon hier die Parallele zwischen der kühnen Attacke der Grimm'schen Geiseln auf das Völkerrecht und einem Vorfall, bei dem Israel aktiv gegen Luftpiraten eingeschritten war. Auf dem Flughafen Lod hatten 1972 israelische Sicherheitskräfte die Passagiere einer von der arabischen Terrororganisation „Schwarzer September“ in Wien entführten Sabena-Maschine rabiat befreit, anstatt sich mit den Tätern auf Verhandlungen über die Freilassung inhaftierter Palästinenser einzulassen. „Seit dem Zwischenfall von Lod“, schreibt Kishon in seiner sarkastischen Vorbemerkung zu dieser Satire, „ist das Rote Kreuz böse auf uns, weil wir ohne seine Unterstützung und auf hinterhältige Weise, ja geradezu illegal, die Passagiere des Flugzeugs davor bewahrt haben, in die Luft gesprengt zu werden.“ Im selben Jahr übrigens verübten arabische Terroristen in München ein Attentat auf Israels Team bei der Olympiade – sie forderten unter anderem

die Freilassung deutscher RAF-Terroristen, denen die „klammheimliche Sympathie“ vieler deutscher Linker galt.

Saloppe Sätze wie Kishons gegen das Rote Kreuz und das Völkerrecht würden heute vor allem Empörung hervorrufen. Damals sah man ihm derlei nonchalant nach, fast ungeachtet des politischen Standpunkts. Wir Westdeutschen – in der DDR war Kishons Werk weitgehend verboten – haben ihm seine Geschichten in den Sechziger und Siebziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts aus den Händen gerissen. Wir verschlangen seine Stories, prallvoll mit Pointen, Selbstironie, launigen, oft surreal erzählten Begebenheiten aus dem Alltag einer lebenswürdig neurotischen Familie, bitteren Betrachtungen zur Gier der Finanzämter und fingierten Berichten aus der bizarren Bürokratie eines sich selbst erfindenden Kleinstaats. Wir genossen Kishons „Israel“ als ein literarisches Ambiente, in dem offener Nepotismus und komische Korruption sich mit den Naivitäten oder Gerissenheiten der Bürgerinnen und Bürger des Judenstaates am Mittelmeer mischte. Ging es um die kapriziösen Launen der „besten Ehefrau von allen“ oder die Bockigkeiten der Söhne Amir und Rafi, konnten sich auch in Deutschland Großeltern, Eltern und Teenager aller Schichten und Bildungsgrade ebenso mühelos identifizieren wie mühelos amüsieren.

Wir haben Kishon also geliebt, wir waren süchtig nach ihm, was sich statistisch belegen lässt. Die Weltauflage der Bücher von Ephraim Kishon beträgt 43 Millionen, übersetzt wurde der Autor in an die vierzig Sprachen. Gelesen allerdings hat man ihn nirgendwo mehr als in Deutschland: Sensationelle 31 Millionen Exemplare seiner Bücher wurden auf Deutsch gedruckt und verkauft. Kein Bischof und keine Kulturfunktionär trieb uns in die Buchläden, keine Aktion Sühnezeichen, keine Schuldschübe, kein übles Gewissen. Wir suchten das Lachen. Lachen mit Kishon über die lustigen Einwohner eines Landes, das einerseits real war, durch die Satire jedoch ins Fiktive driftete, wie Karl Mays Amerika. Kishons Israel mit seinem „Blaumilchkanal“ und dem Freund Jossele, das Land, in dem Frau Lot sich umdrehen sollte, hatte wenig gemein mit einer Zufluchtsstätte von Shoah-Überlebenden. Es war ein zweites Israel, das wie eine Schutzschicht oder Deckfarbe über dem ersten lag, dem die nationalsozialistischen Mörderhorden der jüngsten Vergangenheit Nächte aus Alpträumen hinterlassen hatten. Kaum eine Spur davon in diesen Satiren. Vielmehr ging es in diesem anderen Israel um Pffiffigkeit und Leichtigkeit in jeder Lebenslage. Versteckt im Subtext – wie bei der Polemik gegen das Rote Kreuz – scheinen bei Kishon Realität und Verzweiflung durchaus auf. Doch selbst wenn der Subtext unterschwellig mitgelesen wurde, genossen deutsche Leser auch hierbei vor allem den „jüdischen Humor“

und fühlten sich glücklich entlastet. „Ein Humorist ist eine Art Röntgenapparat“, hatte Kishon einmal erklärt: „Er entdeckt in jeder Situation den Humor, den andere nicht sehen.“ Vor allem für das deutsche Publikum hatte dieser Apparat – noch mitten im Lachen – offenbar gleichzeitig auch die genau umgekehrte Funktion: Er ließ die Lesenden etwas nicht sehen, etwas ausblenden, was sie sonst hätten sehen müssen.

Dafür wurde Kishon vieles verziehen. Zwar war dieser israelische Schriftsteller ganz unverhohlen ein Patriot, ein nationaler Chauvinist sogar – was ihn vor allem von der Linken in Israel entfremdete und bisweilen verbitterte – aber, so fanden die Deutschen: Der Mann nahm ja einfach alle, sogar sich selber, auf die Schippe. Wie sollte man ihm böse sein? Auch kam er den Deutschen nie mit Kollektivschuld oder gar Rachebedürfnis. Nach Kishons Tod Anfang 2005 – dem Jahr, in dem vierzig Jahre deutsch-israelische diplomatische Beziehungen gefeiert wurden – kommentierte Christina Weiss, damals Staatsministerin für Kultur im Bundeskanzleramt der Regierung Schröder, das Wirken Kishons mit einer Einschätzung, die auf der Hand zu liegen scheint. Dankbar gab sie zu Protokoll: „Er war ein Entwicklungshelfer im besten Sinne, der vielen Deutschen half, ihre antisemitischen Verblendungen zu überwinden.“

Wie weit trägt dieser optimistische Befund? Von der Biographie des Shoah-Überlebenden Kishon jedenfalls hatten die deutschen Leser bis zum Erscheinen der Nachrufe wenig Vorstellung. Der unter dem Namen Ferenc Hoffmann am 23. August 1924 in Budapest geborene Kishon war 1944 in das Vernichtungslager Sobibor deportiert worden. Mehrere seiner nahen Verwandten wurden in Auschwitz getötet. Dem jungen Mann gelang die Flucht, und er überlebte unter einem angenommenen Namen, getarnt als „Nichtjude“. Später studierte er Bildhauerei und begann als Schriftsteller zu arbeiten, wobei er 1947 mit „Mein Kamm“ – der Titel parodiert natürlich „Mein Kampf“ – den ersten Preis eines landesweiten ungarischen Romanwettbewerbs gewann. „Neugeboren worden“, sagte er von sich, sei er 1949 als Immigrant in Israel. Dort nahm er den Namen Ephraim Kishon an, weil, so der Autor, ein Beamter den Namen des Neuankömmlings falsch verstanden und notiert hatte. Ephraim Kishon sprach Ungarisch, lernte in einem Ulpan mit enormem Eifer Hebräisch und konnte, wie viele Budapester, gut Deutsch. Seinen langjährigen und kongenialen Übersetzer ins Deutsche, Friedrich Torberg, schätzte er besonders. Dennoch verstand er das zwiespältige Verhältnis vieler Israelis zu dieser Sprache. „Deutsch ist die Sprache, in der den Juden die größten Beleidigungen und Erniedrigungen widerfahren sind.“ Daran erinnerte Kishon Bundespräsident Horst Köhler, dem er angesichts dessen bevorste-

hender Rede vor der Knesset in Jerusalem riet, ein paar Worte auf Hebräisch zu sprechen, ehe er in seiner Sprache fortfahren und sich dafür entschuldigen sollte. Als fulminanter Bestsellerautor, der von Hamburg bis München überall Fangemeinden fand, hatte Kishon erklärt: „Es ist für mich eine besondere Genugtuung, dass die Enkel meiner Henker meine ursprünglich hebräisch geschriebenen Werke so lieben“. Ein andermal drückte er es so aus: „Ich verspüre Genugtuung darüber, dass die Enkel meiner Henker bei meinen Lesungen Schlange stehen.“ Diese Tatsache kam ihm, fügte er hinzu, vor „wie eine gerechte Rache“. Gleichwohl wusste Kishon, dass es alles andre als eine Rache im Wortsinn war, dass er dem Publikum etwas Angenehmes anbot, das sie sonst nirgendwo so leicht fanden.

Verärgert indes war der Schriftsteller Kishon darüber, dass er etwa im Magazin „Spiegel“ nur auf der Bestsellerliste auftauchte, und auch andernorts in der deutschen Presse das Phänomen seines überwältigenden Erfolges nicht zum Gegenstand des literarischen Feuilletons wurde: „Ich habe fast den Eindruck, dass es verboten ist, meinen Namen zu erwähnen“, beklagte er sich einmal in einem Interview. „Auch in der Zeit oder im Stern, in der Frankfurter Allgemeinen oder der Stuttgarter Zeitung: Nie wird der Name von Ephraim Kishon, dem meistgelesenen Satiriker in deutscher Sprache, erwähnt.“ Das stimmte nicht ganz, in der Tendenz aber ganz sicher. Eingestuft als „leichte Muse“ ließen die Redaktionen Kishons Werke links liegen. Oder vielmehr rechts? Andere Humoristen – siehe den Fall Lorient oder den des als Morgenstern-Nachfahre überschätzten Robert Gernhardt – tummelten sich ja munter in den genannten Blättern. Auch literarische Massenphänomene wie Heinz Günther Konsalik oder Johannes Mario Simmel wurden dort erörtert, und sei es als gesellschaftliche Symptome. Doch weder auf die eine noch auf die andere Weise kam Kishon zur Sprache. Möglicherweise hat Deutschland den leicht konsumierbaren Entlastungs-Kishon nach dem Wirtschaftswunder vor allem darum genossen, weil man sich über die Genese dieser Emotion keinerlei Klarheit verschaffen wollte und musste. Warum aber geschah das? Weshalb haben etwa die Feuilletons Kishon ausgespart?

Um eine profunde Antwort zu geben zu können, bedarf es einer einschlägigen literatursoziologischen Untersuchung. Die steht noch aus – was womöglich eine weitere Facette desselben Symptoms darstellt. Als These zur Rezeption von Kishon in Deutschland lässt sich einstweilen vorschlagen: Die Causa „Kishon in Germany“ beherbergt einen bisher uneinholbaren Rest. Der Kishon des Kalten Krieges, der Israel verteidigte und die USA nur angriff, wenn sie ihren besten Verbündeten im Stich ließ, war uns nicht vollkommen geheuer. Lachen – ja, gerne. Denken, vertiefen – nein, lieber nicht! Aus dieser Kombination

von Wunsch und Impuls mag die Deutungshemmung der Öffentlichkeit entstanden sein, die sich stillschweigend über Kishons 31 Millionen verkaufter Bücher wölbte.

Lange nach dem Kishon-Boom, Ende 2001, als sich der Autor in der Talkshow „Sabine Christiansen“ nach dem 11. September zur Thematik des Terrors äußerte, protestierten nicht allein Studiogäste gegen seine politische Haltung. Der Liebling Kishon von einst schien vollends vergessen. So freundlich wie entschlossen verteidigte Kishon in dieser Sendung tapfer seine Sympathie für die USA. „Wir haben Andeutungen darüber gehört“, sagte er vorsichtig, „dass Amerika eigentlich eine einseitige, israelfreundliche Politik macht. Aber das geschieht nicht, weil Amerika Israel so gern hat, oder die Juden so gern hat. Israel ist der einzige, freie, demokratische Staat in einer Region, in der es nur Diktaturen, politische Korruption gibt, und keinen demokratischen Staat außer uns. Der amerikanische Kongress ist nicht bereit zuzulassen, dass der einzige demokratische Staat vernichtet wird.“ In einer seiner Politsatiren – „Wie sich Israel die Sympathien der Welt verscherzte“ – beschreibt Kishon das Szenario vom Ende Israels nach dessen Einnahme durch, nun ja, Aggressoren aus der Nachbarschaft. Niemand hatte dem Land geholfen, aber als es tatsächlich aufgehört hatte zu existieren, da „erwachte das Weltgewissen“. Jetzt wetteiferten sie von Russland bis Neuseeland um die stärksten Empörungsvokabeln und das aussagekräftigste Denkmal: „Die Wogen der Begeisterung für den Staat Israel schlugen höher als jemals während seines Bestehens.“

Kurz vor seinem Tod drückte Kishon seinen Kummer über seinen – wie er fand – erfolglosen Kampf gegen den Antisemitismus aus. „Es ist ein verlorener Krieg. Antisemitismus ist nicht eine rationale, logische verständnisvolle Sache, wo ich überzeugen kann. Es ist eine, wie es der französische Philosoph Sartre bezeichnet hatte, pathologische Krankheit der Menschheit.“ Diesen traurigen Satz unseres ehemaligen Unterhaltungshelden haben wir in Deutschland kaum zur Kenntnis genommen. Er sollte auch, das wissen wir, so nicht stehen bleiben müssen, und man könnte sogar, auf einem neuen Plateau des Bewusstseins, Kishon von Neuem lesen. Wer seine Parodien, Satiren und Parabeln mit den Augen des Zeitgenossen liest, der wird entdecken, dass sie geradezu erschreckend aktuell sind, dass sie ein Füllhorn an nicht allein witzigen, sondern auch scharfsinnigen Denkfiguren zur Paradoxie und Heuchelei mancher tagespolitischer Aktionen bieten können. Im Lauf der vergangenen Jahre habe ich mir einen ganzen Stapel von Kishons Büchern antiquarisch besorgt – problemlos, denn es gibt sie zu Abertausenden und wohlfeil. Aus unseren solidarischen, bürgerlichen Bücherregalen wurden diese Werke nach und nach in

staubigere Quartiere abgeschoben: Dachböden, Secondhand-Bookshops. Auch da zeigt sich ein Symptom, über das es ebenso nachzudenken gilt, wie darüber, warum wir deutschen Leserinnen und Leser unsere massenhafte Lust an Kishon damals kaum reflektieren mochten. Fruchtbare Fragezeichen tauchen dann auf am Rand einer Geschichte, deren Zentrum angesichts der Bedrohung Israels nicht nur durch den Iran mehr denn je nur einen Namen haben kann: Solidarität.

*Zur Information:*

*In Deutschland sind etwa 70 Bücher von Ephraim Kishon veröffentlicht worden. Die Bücher sind größtenteils Sammlungen von Satiren. Kishon hat aber auch drei Romane und einige Theaterstücke geschrieben. Fast alle Bücher sind im Langen-Müller Verlag erstveröffentlicht. Viele sind auch als Taschenbücher u.a. in den Verlagen Bastei Lübbe, Ullstein, DTV, Heyne und Weltbild erschienen.*

# Eine Freundschaft ist in die Jahre gekommen

*Johannes Gerster*

Mitte 1997 verließ ich nach 25 Parlamentsjahren in Bund und Land die deutsche Politik, um in Jerusalem in Diensten der Konrad-Adenauer-Stiftung innerisraelische und israelisch-palästinensische Projekte neu aufzubauen. Aus geplanten drei Israel-Jahren waren fast neun Jahre geworden, als meine Frau und ich 2006 nach Deutschland zurückkehrten.

Wir wurden in all den Jahren freundlich, ja zuvorkommend behandelt. Dies gilt für alle unsere Kontakte mit unseren zahlreichen Partnern, mit Politikern, Menschen aus der Wirtschaft und der Wissenschaft, mit Vertretern der Religionen und mit Menschen im täglichen Verkehr, mit dem Mann oder der Frau auf der Straße.

Als wir mit der Jerusalem Foundation den Bau eines Konrad-Adenauer-Konferenz-zentrums in exponierter Lage in Jerusalem besprachen, wischte der legendäre Altbürgermeister Teddy Kollek meine Bedenken, es könne Proteste gegen die Ehrung eines deutschen Nachkriegspolitikers geben, mit einer Handbewegung vom Tisch. Teddy sollte Recht behalten. Es gab nicht eine kritische Stimme.

Auf die Frage israelischer Zeitungen, wie ich denn die deutsch-israelischen Beziehungen bewerte, antwortete ich damals, sie seien besonders belastet, besonders sensibel und besonders gut. Kein Mensch kritisierte, dass ich mich zu besonders guten Beziehungen bekannte und dies auch in Zeitungen verbreitete.

Deutschland wird heute als einer der besten und verlässlichsten Freunde in der Welt gesehen und das in einer breiten israelischen Gesellschaft. Natürlich wird es immer vier oder fünf Knessetabgeordnete geben, die protestieren, wenn ein deutscher Staatsmann eine deutschsprachige Rede im israelischen Parlament halten soll. Das steht dann einen Tag in der Zeitung und berührt die israelische Mehrheit so wenig wie ein Stromausfall in Alaska. Dafür wird die Rede des Deutschen dann breit und durchweg positiv kommentiert.

Ich wage die These, dass die Stimmung in Israel gegenüber Deutschland im Augenblick besser ist, als in umgekehrter Richtung. Natürlich sind die offiziellen Beziehungen zwischen beiden Staaten in den letzten zehn Jahren noch besser geworden. Die Stimmung in Deutschland gegenüber Israel ist jedoch in den letzten zehn Jahren kühler und distanzierter geworden. Dafür gibt es mehrere Gründe:

Die Zeitzeugen der Shoah sterben aus. Allenfalls eine Minderheit fühlt sich noch politisch für das Schicksal des jüdischen Staates verantwortlich. Der Nahostkonflikt wird in Deutschland wie allenthalben in Europa anders wahrgenommen als in Israel. Allzu oberflächlich sieht man in Israel und in seiner Armee einen Goliath, der den David in Gestalt von Palästinensern oder Libanesen klein hält. Israel empfindet sich dagegen als David gegen feindlich-moslemische Staaten, also gegen den Goliath. Der Gleichklang in der Bewertung der Konfliktursachen ist oft, allzu oft verloren gegangen. Dadurch entstanden erhebliche Sprachstörungen zwischen Israel und Europa.

In Deutschland spüre ich Ablehnung oder sogar Häme, wenn ich darauf hinweise, dass sich Israel in einem akuten Existenzkampf befindet. Ganz offenbar wurde und wird in der Berichterstattung und in der Wahrnehmung des Nahostkonfliktes mit zweierlei Maß gemessen. Dazu nur ein Beispiel: Die Tötung von Palästinensern durch die israelische Armee wird häufig mit großer Empörung, die Tötung von Israelis durch Bombenattentate nicht selten rein geschäftsmäßig zur Kenntnis genommen und kommentiert. Israel soll mit seinem Militär natürlich die Menschenrechte beachten, auch im Kampf gegen den Terrorismus, ja in kriegsähnlichen Situationen. Dass palästinensische Regierungen und Sponsoren aus arabischen Staaten die Familien von Bombenattentätern für den Terror hoch bezahlen, wird kaum beanstandet. Terror wird nicht selten als Freiheitskampf gerechtfertigt, Kampf gegen den Terror nicht selten als Unterdrückung verurteilt.

Rechtsradikale, extrem Linke und Gruppierungen unter moslemischen Jugendlichen bilden eine unheilige Allianz und machen Stimmung gegen Israel. Täuschen wir uns nicht: Antisemitische Sprüche haben Konjunktur, nicht selten bis tief in die bürgerlichen Schichten hinein.

Die deutsch-israelischen Beziehungen, eine mühsam nach der Shoah aufgebaute und inzwischen auch bewährte Freundschaft, ist etwas in die Jahre gekommen, zumindest aus deutscher Sicht. Natürlich gibt es über 100 kommunale Partnerschaften mit sehr erfreulichen, aber auch ermüdeten Austauschprogrammen. Vielfältige Kooperationen in Wis-

senschaft und Wirtschaft funktionieren, wenn auch jenseits öffentlicher Wahrnehmung. Mir fehlt es etwas an Begeisterung, kreativen Ideen und Schwung.

Heute würde ich die deutsch-israelischen Beziehungen – aus deutscher Sicht – als kaum mehr belastet, weniger sensibel und durchaus verbesserungsfähig bezeichnen. Das Besondere an den Beziehungen wird kaum noch betont, der Alltag hat vieles alltäglich und weniger euphorisch gemacht.

Für die deutsch-israelischen Beziehungen gibt es vieles zu tun, vor allem auch mit der jüngeren Generation. Wenn wir schon den harten antisemitischen Kern nicht überzeugen können, sollten wir wenigstens aus dem wachsenden Herr der Gleichgültigen mehr Menschen für die deutsch-israelische Sache gewinnen. Sich ständig für die weitere Vertiefung der deutsch-israelischen Beziehungen einzusetzen, bleibt aus historischen, politischen und moralischen Gründen wichtig und richtig.

# Zur Zukunft der deutsch-israelischen Beziehungen

*Lars Hänsel*

Beginnen möchte ich mit einer sehr persönlichen Bemerkung: Ich habe 22 Jahre in der DDR gelebt und meine Schulausbildung in diesem System absolviert. Die DDR hat sich immer als Nachfolgerin der kommunistischen Antifaschisten präsentiert. Davon wurde die Verpflichtung abgeleitet, weiterhin für die globale Durchsetzung der kommunistischen Idee von Marx und Lenin zu arbeiten und Kapitalismus, Imperialismus und Neofaschismus im Klassenkampf zu bekämpfen. Verantwortung für die deutsche Geschichte und insbesondere die ungeheuerlichen Verbrechen des Holocaust wollte die DDR aber nicht übernehmen. Die DDR willigte zwar im Zuge der Bemühungen um internationale Anerkennung in den 80er Jahren in Gespräche mit der Jewish Claims Conference ein, lehnte jedoch bis zuletzt Wiedergutmachungszahlungen an Opfer des Nationalsozialismus kategorisch ab.

Noch folgenreicher für die Zukunft ist: Junge Menschen wurden mit dieser Verantwortung für die deutsche Geschichte nicht konfrontiert. Eine wirkliche Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und dem Holocaust fand nicht statt – und wenn, dann bezogen vor allem auf das Leiden der Kommunisten. Dies ist wohl mit ein Grund dafür, warum auch heute noch in den neuen Bundesländern Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ein akutes Problem darstellen.

Auch in Bezug auf Israel nahm die DDR eine ablehnende Haltung ein. Israel wurde nicht anerkannt, ganz im Gegenteil: Die DDR verfolgte eine deutlich pro-arabische Politik; die PLO, die damals mit terroristischen Anschlägen ihre Politik durchzusetzen versuchte, wurde unterstützt und hofiert. Terroristen der PLO wurden in Lagern im Norden der DDR ausgebildet. Zionismus war in der DDR ein Schimpfwort. Israel wurde vor allem nach dem Sechs-Tage-Krieg nur als „reaktionärer Aggressor“ angesehen, der auf der Seite des Klassenfeindes steht.

Als jemand, der in diesem System groß geworden ist, sehe ich es als meine ganz besondere, auch persönliche Verpflichtung, mich heute für Israel einzusetzen und die

Verantwortung für die deutsche Geschichte weiter zu tragen.

Im Schatten der Geschichte des Nationalsozialismus sind (das vereinte) Deutschland und Israel eng miteinander verbunden. Dies war in der Vergangenheit so und hat wesentlich die Beziehungen zwischen beiden Ländern bestimmt. Konrad Adenauer und David Ben Gurion haben mit viel Mut und Weitsicht Brücken über die Gräben der Vergangenheit gebaut. Auch Bundeskanzler Kohl hat mit seinem Besuch 1984 zur Versöhnung beider Länder beigetragen und ein klares Signal gesetzt, dass Deutschland zu seiner Vergangenheit und der daraus entstehenden Verantwortung für Israel steht. Nicht zuletzt hat auch Angela Merkel bei ihrem Antrittsbesuch in Israel als Bundeskanzlerin die Bedeutung der Vergangenheit für die deutsch-israelischen Beziehungen betont.

Die Vergangenheit wird auch weiterhin zentral das Verhältnis zwischen Deutschland und Israel bestimmen.

Heute besteht jedoch eine doppelte Herausforderung: Zum Einen, die Verantwortung für die Geschichte an die nächsten Generationen weiterzugeben, zum Anderen, auch die jungen Generationen in den deutsch-israelischen Dialog einzubeziehen.

Wichtig ist, den deutsch-israelischen Dialog insofern zukunftssicher zu machen, dass auch zukünftig nicht nur auf der politischen Ebene gute Beziehungen zu Israel gepflegt werden, sondern auch die Begegnung unter den Menschen stattfindet. Dies ist nicht selbstverständlich. Sowohl in Deutschland als auch in Israel muss man jungen Menschen immer wieder neu erklären, warum gute Beziehungen zwischen beiden Ländern heute und auch in Zukunft wichtig sind. Gerade junge Leute machen in Israel die Erfahrung, dass sie auch als Deutsche akzeptiert sind und mit Gleichaltrigen vieles teilen.

Die Herausforderung besteht also zunächst darin, sicherzustellen, dass die Verantwortung auch von den zukünftigen Generationen in Deutschland wahrgenommen wird. Eine Herausforderung ist es auch deshalb, weil die Generation der Zeitzeugen des Holocaust bald nicht mehr Zeugnis ablegen kann. Dieses persönliche Zeugnisgeben etwa in Gesprächen von Holocaustüberlebenden mit Schulklassen, auf öffentlichen Veranstaltungen, in Workshops für Jugendliche und auf Reisen nach Israel wird bald nicht mehr möglich sein. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat viele dieser Begegnungen organisiert und arbeitet vor allem in Israel mit Holocaustüberlebenden und deutschstämmigen Juden, welche Familienangehörige im Holocaust verloren haben.

Die jüngste Umfrage der Bertelsmann-Stiftung hat zwar unter anderem ergeben, dass 66 Prozent der Deutschen sich dafür schämen, was Deutsche den Juden angetan haben – ein Anstieg um 6 Prozent gegenüber einer ähnlichen Umfrage vor 16 Jahren. Gleichzeitig fühlen aber nach der letzten Umfrage gerade junge Menschen immer weniger die besondere Verantwortung gegenüber Juden heute. In Zukunft kommt es deshalb darauf an, Formen der Vermittlung zu finden, welche vor allem auch junge Menschen ansprechen. Mit Seminaren und Workshops in Jerusalem, welche u.a. junge Politiker zusammengebracht haben, haben wir erste Schritte in diese Richtung getan. Zudem organisiert die Konrad-Adenauer-Stiftung in Deutschland jedes Jahr zum 27. Januar einen „Denktag“, welcher auch einen Internetwettbewerb umfasst. Dieser soll insbesondere die Jugend ansprechen und zur Auseinandersetzung mit dem Holocaust bewegen.

Die deutsch-israelischen Beziehungen ruhen nicht allein auf der Vergangenheit. Sie sind aber genauso wenig allein darauf konzentriert, wie Israel sich im Konflikt mit den Palästinensern und arabischen Staaten verhält. Das ist wohl eines der Missverständnisse im „Manifest der 25“. Israel ist mehr und anderes als nur Konfliktpartei. Leider befördern auch die Medien diese einseitige Wahrnehmung durch ihre Nachrichtenauswahl. Kaum hört man von den vielen „success stories“, die Israel auch ausmachen.

Die besonderen Beziehungen ruhen vor allem auch auf gemeinsamen Werten. Beide Staaten sind moderne Demokratien – gebaut auf den Werten, welche sich aus der jüdisch-christlichen Tradition speisen. Beide Staaten teilen heute auch die Herausforderungen moderner Demokratien: Migration, Integration, demographische Entwicklungen, Herausforderungen an soziale Sicherungssysteme, ethische Fragen im Zeitalter der Hochtechnologie und moderner Kommunikationstechnik und Biotechnologie – um nur einige Themen anzusprechen. Es gibt zudem viele Felder, auf denen beide Staaten gemeinsame Interessen haben, nicht zuletzt Fragen des Umgangs mit Terrorismus und den Gefahren des radikalen Islamismus. Die Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel hat sich zum Ziel gesetzt, diese Themen stärker in den Dialog einzubringen. Dazu organisieren wir Dialogforen etwa für Journalisten, Wissenschaftler, Polizisten und bringen junge israelische Politiker nach Deutschland, um in diesen Fragen die gemeinsame Basis zu diskutieren und „best practice“-Beispiele auszutauschen.

Die Zukunft der Beziehungen wird deshalb viele Säulen haben – und haben müssen. Die Säulen der letzten 40 Jahre werden die Beziehungen nicht mehr sicher in die

Zukunft tragen. Sie werden, auch wenn sie weitere Themenbereiche umfassen, jedoch stets besondere Beziehungen bleiben: Die dunkle Vergangenheit wird immer ein wichtiges Element der Verantwortung Deutschlands für Israel bleiben müssen.

Schließlich werden die Beziehungen in Zukunft eine noch stärkere europäische Komponente erhalten. Auch in diesem Bereich engagieren wir uns in zunehmendem Maße. Auf mehreren Veranstaltungen haben wir Visionen für die Zukunft der europäisch-israelischen Beziehungen entwickelt, eine Aufgabe, die gerade auch einer deutschen Organisation gut ansteht.

Im Zuge der sich politisch weiter vertiefenden Europäischen Union wird Deutschland einerseits die besonderen Beziehungen zu Israel auch auf europäischer Ebene einbringen. Und dies auch ganz konkret: Deutschland beteiligt sich heute mit Soldaten an der UNIFIL-Mission, welche zur Sicherheit Israels beitragen soll. Umgekehrt hat Israel mit Deutschland nicht nur bilaterale Beziehungen, sondern auch einen wichtigen Freund und Türöffner auf europäischer Ebene. Dass man dies in Israel auch zunehmend so sieht, hat eine von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel durchgeführte repräsentative Umfrage zu den Einstellungen der Israelis zu Europa und Deutschland klar bestätigt. Die politische Führung sieht das ebenso: Israel bemüht sich gerade in der Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft um engere Beziehungen. Es geht dabei weniger um die Frage der institutionellen Anbindung, sondern vielmehr um die Frage, auf welchen konkreten Politikfeldern die Europäische Union und Israel in Zukunft noch intensiver zusammenarbeiten und die Beziehungen vertiefen können. Für die israelische Außenministerin Tzipi Livni gilt hinsichtlich der israelisch-europäischen Beziehungen – wie sie auf einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung kürzlich sagte: „The sky is the limit.“ Gute Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Israel sind auch im Interesse Deutschlands – nicht nur während der Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft.

# Das schwierige deutsch-israelische Verhältnis aus der Sicht eines Katholiken

*Hans Hermann Henrix*

Das deutsch-israelische Verhältnis ist ein politisches Verhältnis. In die Beziehung zwischen den Ländern und Völkern Israels und Deutschlands spielen historische, ethische, kulturelle und ökonomische Faktoren hinein. Für einen Bürger, eine Bürgerin Deutschlands lassen sich dabei die Bezüge zwischen der Schoa – von Deutschen geplant und „entsetzlich erfolgreich“ (Emil Fackenheim) umgesetzt – und der Entstehung des Staates Israel nicht verdrängen. Der Staat Israel muss ihm bzw. ihr nach wie vor wie ein Schutzhaus für bedrohtes jüdisches Leben erscheinen. Das ist Grundpfeiler seiner und ihrer Solidarität. Für christliche Bürger/innen kann die Metapher für Israel als Schutzhaus für bedrohte jüdische Menschen Transparenz auf Biblisches hin haben: Das biblische Volk Israel war im „Sklavenhaus“ Ägypten, aus dem es durch Gottes Initiative befreit wurde, wie der Beginn des Dekalogs, des Zehnwortes sagt (vgl. Ex 20,2f. bzw. Dtn 5,6f.). Wird mit solcher Transparenz auf Biblisches hin nicht aber der Staat Israel in unerträglicher Weise „theologisiert“ und damit nicht im Vorhinein jede kritische Frage im deutsch-israelischen Verhältnis tabuisiert?

Das wäre in der Tat ein groteskes Missverständnis. Weder Theologisierung des Staates Israel noch Tabuisierung seiner Politik ist in der Assoziation mit Biblischem angelegt. Der biblischen Befreiung aus dem Sklavenhaus Ägypten folgte eine Art Inkubationszeit von 40 Jahren in der Wüste mit dem zentralen Ereignis der Weisung Gottes vom Sinai, ehe das biblische Israel in das verheißene Land Israel einziehen und dort als sein Lebenshaus siedeln konnte. Seither gibt es aus der Sicht eines christlichen Theologen heute ein Band zwischen dem Volk Israel und dem Land Israel, ohne dass das jüdische Leben dort unter der Voraussetzung einer Staatlichkeit stünde. Dass es heute zu dieser Staatlichkeit und also zum Staat Israel als Voraussetzung für jüdisches Leben im Lande Israel gekommen ist, das geht auf den Verlauf und die Abgründe der Politik des 20. Jahrhunderts zurück, als Deutschland und das im Zweiten Weltkrieg deutscherseits besetzte Europa zum Sklaven-, ja Todeshaus für jüdische Menschen geworden waren, und sperrt

sich der Theologisierung. Ganz ähnlich steht es um den möglichen Einwurf einer Tabuisierung durch biblische Assoziation. Wo eine Tabuisierung der kritischen Einrede gegen die Politik Israels vermutet sein könnte, steht die Erinnerung an das kritische Maß für die Politik Israels: „Auch Ihr sollt die Fremden lieben, denn auch Ihr seid Fremde in Ägypten gewesen“ (Dtn 10,19).

Lässt sich eine Solidarität – als ethische Anforderung aus der Geschichte erwachsen und mit einer Durchsichtigkeit auf das Biblische hin versehen – durchtragen, auch wenn auf das deutsch-israelische Verhältnis der Israel-Palästina-Konflikt einwirkt? Dieser Konflikt wurde und wird besonders in seinen „heißen Phasen“ in Deutschland bis in kirchliche Milieus hinein kontrovers und heftig diskutiert. Das war beim Zweiten Irakkrieg 1990/91, als für Israel eine Bedrohung entstand, ebenso der Fall wie in der Zeit der Al-Aksa-Intifada nach September 2000. Das geschah aber auch in den Tagen des Einmarsches israelischer Truppen in die Westbank vom 29. März 2002 als Antwort auf eine Reihe verheerender palästinensischer Selbstmordattentate oder in den Wochen des Israel-Libanon-Krieges von 12. Juli bis 8. September 2006. In diesen Auseinandersetzungen unter Christen hiezulande konnte es geschehen, dass der israelisch-palästinensische Konflikt als Unterdrückung des armen gedemütigten palästinensischen Volkes durch den reichen Aggressor Israel gekennzeichnet wurde und sich in der Form harscher Israelkritik wohl doch auch eine Komponente jüdenfeindlicher Einstellung äußerte

Freilich kann nicht jede Kritik der Politik Israels unter den Verdacht von Judenfeindschaft und Antisemitismus gestellt werden. Aber Kenntnis, Aufmerksamkeit und Wachheit sind auf der Ebene des politischen Wahrnehmens und Urteilens vonnöten. Das fast perspektivlos scheinende Verhältnis zwischen Israel und Palästina konfrontiert ja mit höchst unbequemen und komplexen Fragen. Kann man den von Israel errichteten Wall als schlimmer als die Mauer von Berlin geißeln, ohne auf seinen Grund und Zweck einzugehen, nämlich Terror und Selbstmordanschläge durch Terroristen zu verhindern und abzuwehren? Ist der immer wieder von Wall, Sicherheitszäunen, Siedlungen, Straßenblockaden, Trennungen von Straßen, Kontrollen, Schließungen und Gewalt geprägte palästinensische Alltag allein dem israelischen Konto zuzuschlagen? Muss die verständliche Klage über die viel Zeit und manchmal auch Leben kostenden Kontrollen von palästinensischen Krankenwagen zum Aufsuchen eines Krankenhauses in Israel nicht leiser werden, wenn sie das Faktum berücksichtigt, dass der Zugang zur ärztlichen Versorgung oder zum Krankenhaus auch für Terrorattacken missbraucht wurde? Was ist die notwendige oder

angemessene Antwort auf die öffentliche und beharrliche Zurückweisung des Rechts auf Existenz und sichere Grenzen Israels durch die mit einem Regierungsmandat ausgestattete Hamas? Diese Zurückweisung hat das frühere Problem der doppelten Zunge der palästinensischen Autonomiebehörde nach innen (bis in die Gestaltung der Schulbücher mit ihren Hasstiraden und Leugnungen der Realität des Staates Israel hinein) und nach außen gegenüber der außerarabischen Öffentlichkeit dramatisch verschärft. Wenn das Faktum der polizeilichen und militärischen Gewalt Israels gegen Zivilisten als kriminelle Gewalt verurteilt wird, ist zugleich die z.T. kriminelle Brutalisierung in der palästinensischen Gesellschaft nicht zu verschweigen. Die Forderung nach einer Aufmerksamkeit, die beide Seiten des israelisch-palästinensischen Verhältnisses genauer in den Blick nimmt, will nicht das Leichentuch des überall gleich Gültigen und also Gleichgültigen auf dieses Verhältnis legen. Sie soll jedoch ein auch unter Christen anzutreffendes Ungleichgewicht in der ethischen Einschätzung korrigieren. Im israelisch-palästinensischen Konflikt steht nicht israelisches Unrecht gegen palästinensisches Recht, sondern beiderseits Recht gegen Recht, Unrecht gegen Unrecht, Gewalt gegen Gewalt, Verzweiflung gegen Verzweiflung.

Dies gilt unabhängig und vorgängig vor dem deutsch-israelischen Verhältnis. Es hat dafür aber noch einmal einen eigenen Belang. Manchmal kann einen schon die Frage beschleichen, ob in der Wirklichkeit von Gewalt im israelisch-palästinensischen Verhältnis heute nicht ein Stück verdeckter Weitergabe deutscher Gewaltgeschichte steckt. Eine solche Frage denkt nicht nur daran, dass dem heutigen Israel vor seiner Staatsgründung 1948 keine Inkubationszeit von 40 Jahren gewährt war und die Generation der dem Naziterror Entronnenen oder aus den Konzentrationslagern Befreiten relativ unmittelbar vor die Herausforderung des Aufbaus staatlicher Verfasstheit im Lande Israel gestellt war - von der großen Mehrheit der damaligen Staatenwelt unterstützt und sich gegen arabische kriegerische Bestreitung behauptend. Vielmehr problematisiert die Frage als Frage auch den Reflex, der nicht zuletzt unter Deutschen immer wieder sich unwillkürlich meldet und Vergleiche zwischen der Politik Israels und der Unpolitik des nationalsozialistischen Deutschlands zieht.

Dieser Reflex wurde jüngst durch törichte und von Augenblicksempfindungen geprägte Äußerungen deutscher Bischöfe bedient, als einige von ihnen die Situation im palästinensischen Ramallah mit dem Warschauer Ghetto verglichen und von einer ghettoartigen Situation mit beinahe rassistischen Zügen sprachen. Es hat doch überrascht,

dass deutsche Bischöfe zu Opfern und Tätern von Reflexen werden und ihrem spontanen Angerührtsein durch Situationen der Lebens Einschränkung und –bedrängnis freien Lauf lassen konnten. Demgegenüber war Papst Johannes Paul II. (1978–2005), der das katholisch-jüdische Verhältnis in ein neues Klima führte, auch bei seinem Eintreten für palästinensische Belange bleibend vom „Tumor im Gedächtnis“ des jüdischen Volkes (Emmanuel Levinas) berührt. So drängte er auf den Grundlagenvertrag zwischen dem Apostolischen Stuhl und dem Staat Israel vom 30. Dezember 1993 und ließ einen vergleichbaren Vertrag mit der PLO am 15. Februar 2000 folgen. Sein Besuch Israels im März 2000 hat sich mit seinen Stationen in Jad WaSchem und an der Westmauer, wo er seine Bitte um Vergebung für Schuld und Fehlverhalten von Christen gegenüber dem jüdischen Volk hinterlegte, ins Gedächtnis eingeschrieben. Und eine zuverlässige Auskunft über die Grundposition der katholischen Kirche im israelisch-palästinensischen Konflikt gab Johannes Paul II. z.B. bei seiner Neujahrsansprache an das Diplomatische Korps beim Heiligen Stuhl vom 10. Januar 2002. Dabei sagte er im Blick auf die sich zuspitzende Lage im Gefolge der Al-Aksa-Intifada u.a.:

„In der Heiligen Nacht haben wir uns im Geiste nach Betlehem begeben und mussten bestürzt feststellen, dass das Heilige Land, in dem der Erlöser geboren wurde, durch menschliches Verschulden noch immer ein Land von Feuer und Blut ist. Niemand kann angesichts der Ungerechtigkeit, der das palästinensische Volk seit über fünfzig Jahren ausgesetzt ist, teilnahmslos bleiben. Niemand kann dem israelischen Volk das Recht auf ein Leben in Sicherheit streitig machen. Aber es darf auch niemand die unschuldigen Menschen vergessen, die auf beiden Seiten jeden Tag den Schüssen und Anschlägen zum Opfer fallen. Waffen und blutige Attentate werden niemals geeignete Mittel sein, um den Gesprächspartnern politische Botschaften zukommen zu lassen. Die Logik der Vergeltung ist ebenfalls nicht geeignet, um den Weg zum Frieden zu ebnen. Wie ich schon mehrmals erklärt habe, können nur die Achtung vor dem anderen und seinen berechtigten Ansprüchen, die Anwendung internationalen Rechts, die Räumung der besetzten Gebiete und ein international garantiertes Sonderstatut für die heiligsten Gebiete Jerusalems einen Prozess der Befriedung in dieser Region der Welt herbeiführen und den Teufelskreis von Hass und Rache durchbrechen.“

Mein Wunsch ist, dass die internationale Gemeinschaft mit geeigneten friedlichen Mitteln in die Lage versetzt wird, ihre von allen Konfliktparteien anerkannte unersetzliche Rolle zu spielen. Weder Israelis noch Palästinenser werden den Krieg gegeneinander

gewinnen. Sie können aber gemeinsam den Frieden gewinnen" (L'Osservatore Romano. Wochenausgabe in deutscher Sprache, Nr. 4 vom 25. Januar 2002, S.7).

Die Reise des Ständigen Rates der Deutschen Bischofskonferenz nach Israel und in die palästinensischen Gebiete vom 26. Februar bis 4. März 2007 war als Pilgerreise zu den heiligen Stätten gedacht, welche die christliche Gemeinschaft im Lande stützen sollte. Sie sollte aber auch eine Geste der Solidarität mit Israel sein. Eine solche Geste ist nicht weniger dringlich als das erste Anliegen. Israel bedarf der Solidarität aus Deutschland. Die intendierte Geste des guten Willens der Bischöfe missriet aber gewaltig. Daran konnten auch die nachfolgenden Distanzierungen der betroffenen Bischöfe oder die einen sehr anderen Ton und Akzent anschlagenden Äußerungen des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz Kardinal Karl Lehmann bei verschiedenen Stationen der Reise (vgl. nur sein Wort in *Jad WaSchem* und seine abschließende Presseerklärung in: <http://dbk.de/aktuell/meldungen/01300/index.html> und <http://dbk.de/aktuell/meldungen/01301/index.html>) wenig ändern. Vergleiche zwischen der Politik des Staates Israel mit der Nazizeit verstellen sofort jede Möglichkeit, im deutsch-israelischen Verhältnis ein Wort für palästinensische Belange einzulegen. Reflexe werden unwillkürlich von Gegenreflexen beantwortet. Der nähere Blick auf beide Seiten des israelisch-palästinensischen Verhältnisses ist verstellt und das Argumentative verbaut.

Nun ist das deutsch-israelische Verhältnis unendlich mehr als das Echo auf die jeweilige israelisch-palästinensische Situation. Zwischen Deutschland und Israel besteht ein dichtes Netz politischer, kultureller, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und bürger-schaftlicher Kontakte. Der Rahmen diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten besteht seit mehr als vierzig Jahren. Deutschland zählt zu den wichtigen Handelspartnern Israels. Die Partnerschaften zwischen Städten, Schulen und Vereinen und die deutschen Gesellschaften oder Vereinigungen zur Förderung universitärer Institutionen in Israel sind erstaunlich, auch wenn aktuell Besuche aus Deutschland wohl nicht mehr einen Spitzenplatz in der Besucherstatistik Israels einnehmen dürften. Politiker sprechen nicht nur von bleibend besonderen Beziehungen zwischen beiden Ländern, sondern auf israelischer Seite auch von Deutschland als einem der besten Freunde Israels.

Aber es gibt Eintrübungen in diesem Verhältnis. Fremdenfeindliche und antisemitische Vorfälle und Übergriffe und Meldungen über Radikalisierungen in Deutschland werden in Israel aufmerksam wahrgenommen. Demoskopische Befragungen mit dem Er-

gebnis einer Verschlechterung der Einschätzung Israels durch die deutsche Bevölkerung und Öffentlichkeit sind wachen israelischen Zeitgenossen bekannt. Ansätze zu einem neuen Misstrauen gegenüber Deutschland in Israel sehen sich durch die Äußerungen einiger deutscher Bischöfe bestätigt. Das ist traurig und verstörend. Das hat das Eintreten der katholischen Kirche Deutschlands für das Existenzrecht Israels als Schutzhaus für jüdisches Leben verdunkelt und beschädigt. Beim Vertreten israelischer Grundbelange braucht palästinensisches Leiden nicht verschwiegen oder verneint zu werden. Die Förderung von israelisch-palästinensischen Gemeinschaftsprojekten sollte gerade ein kirchliches Anliegen sein. Und zu Besuchen des Landes, seiner Stätten und seiner Menschen sollte besonders kirchlicherseits ermutigt werden. Hier ist das geistliche mit dem politischen Anliegen durchaus verträglich. Warum sollte es nicht zu Partnerschaftskontakten zwischen kirchlichen Gemeinden hier und sozialen Einrichtungen oder auch Synagogengemeinden in Israel kommen? Auf diese Weise würden Katholiken in Deutschland jene Zuversicht ins Recht setzen, welche jüdische Gelehrte in ihrer Stellungnahme zu Christentum und Christen vom 11. September 2000 mit ihrer These äußerten: „Christen respektieren den Anspruch des jüdischen Volkes auf das Land Israel.“

Das deutsch-israelische Verhältnis aktiv mitzutragen, ist eine Herausforderung für Katholiken in Deutschland. Dabei können und müssen sie wie auch ihre Bischöfe auf das Leiden der Menschen im israelisch-palästinensischen Konflikt aufmerksam machen. Sie müssen es nur jenseits von Reflexen tun und in einer unzweideutigen und unmissverständlichen Solidarität mit Israel.

# Israels Sicherheit ist nicht nur historische Verpflichtung für Deutschland

*Eckart von Klaeden*

Die Diskussion in Deutschland über den 34-Tage-Krieg im letzten Jahr sowie die Debatte um die deutsche Beteiligung an der internationalen Friedensmission UNIFIL hat offenkundig werden lassen, wie wenig Kenntnis hierzulande über die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten vorhanden ist. Dabei sind die dortigen Entwicklungen für uns von vitalem Interesse; sie spielen sich vor unserer Haustür ab: EU-Mitglied Zypern liegt vor der israelisch-libanesisch-syrischen Küste und NATO-Mitglied und EU-Beitrittskandidat Türkei grenzt nicht nur an den Irak und den Iran, sondern auch an Syrien. Die Eskalation eines dieser Konflikte könnte auf die Türkei übergreifen und für Deutschland die Beistandsverpflichtung aus Artikel 5 des NATO-Vertrags auslösen. Nicht zu vergessen ist, dass Spannungen in der Region wegen ihrer enormen Öl- und Gasvorkommen unmittelbare Folgen für die internationalen Energiemärkte haben. Es ist den meisten Deutschen darüber hinaus nicht klar, wie sehr diese Konflikte exemplarisch für die derzeitige weltpolitische Lage sind. Wesentliche gegenwärtige Probleme der internationalen Politik finden sich hier wieder und verbinden sich miteinander: das Verhältnis von westlicher und islamischer Welt, islamistischer Fundamentalismus, asymmetrische Bedrohungen, transnationaler Terrorismus, Massenvernichtungswaffen oder Fragen der Energiesicherheit.

Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern ist nicht der Ursprung aller Auseinandersetzungen in der Region, der Kernkonflikt, wie oft behauptet wird. Richtig ist aber, dass die Beilegung dieses Konflikts im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung Fortschritte bei anderen Konflikten der Region erheblich erleichtern könnte.

Dabei kommt der Europäischen Union und vor allem Deutschland eine besondere Verantwortung zu. Die deutsche und europäische Beteiligung an der UNIFIL 2-Mission macht deutlich, wie wichtig es ist, dass Europa endlich diese Verantwortung vor seiner Haustür wahrnimmt. Der Erfolg oder Misserfolg dieser Mission hat Konsequenzen über den Libanonkonflikt hinaus: Nach dem Camp David-, dem Oslo-Prozess, dem Clinton-Plan,

der Road Map und dem Versuch, durch unilaterale Rückzüge aus dem Libanon und dem Gazastreifen weiterzukommen, ist das europäische Engagement aus israelischer Sicht nahezu buchstäblich die letzte Möglichkeit, zu einer Friedenslösung zu kommen, bei der das Existenzrecht Israels anerkannt und die Sicherheit seiner Grenzen garantiert wird.

Es ist auch in diesem Sinne ermutigend, dass die deutschen Bemühungen um die Wiederbelebung des Nahost-Quartetts erste Erfolge zeigen. Inzwischen haben auch arabische Staaten erkannt, wie sehr es in ihrem eigenen Interesse ist, sich für Frieden und für einen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen zu engagieren. Die Eskalation der Gewalt zwischen den palästinensischen Gruppierungen Hamas und Fatah scheint bisher noch zögernde Regierungen der arabischen Welt zum Handeln veranlasst zu haben. Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien haben bereits während des Libanon-Kriegs eine konstruktive Rolle gespielt. Jetzt hat Saudi-Arabien eine Einigung zwischen Fatah und Hamas in Mekka vermittelt. Für ihre Bewertung ist es noch zu früh. Entscheidend ist jedoch, ob (und in welcher Weise) diese „Regierung der nationalen Einheit“ den Forderungen des Quartetts nach Anerkennung Israels, Verzicht auf Gewalt und nach Anerkennung der Verträge mit Israel nachkommt. Doch kommt es auch auf das israelische Verhalten, wie die Freigabe palästinensischer Steuergelder und den Stopp von geplanten oder im Bau befindlichen Siedlungen im Westjordanland, an.

Ein zweites Motiv für ihr zunehmendes Engagement ist, dass die arabischen Staaten die Politik des Mullahregimes in Teheran immer mehr und zu Recht als eine auch gegen sie gerichtete Bedrohung empfinden. Die Unterstützung für die Hisbollah, die Hamas oder den Globalen Jihad sind Ausdruck des iranischen Vormachtstrebens. Eine iranische Nuklearwaffe wäre nicht nur eine existenzielle Bedrohung für Israel, sondern würde auch die labile Machtbalance der Region empfindlich und zu Lasten der arabischen Staaten stören. Ein nukleares Wettrüsten in der Region und die Gefahr asymmetrischer, nuklearer Proliferation wären die Folge. Wie groß die Sorge in der Region ist, zeigt sich auch daran, dass es dem iranischen Präsidenten nicht gelingt, die arabisch-islamische Welt mittels Holocaust-Konferenzen und anti-israelischen Ausfällen auf seine Seite zu ziehen. Dabei darf man diese Äußerungen aber nicht als propagandistische Ausfälle abtun, sondern muss sie als das nehmen, was sie sind: Die vom Staatsoberhaupt des Iran mehrfach verkündete offizielle Linie seines Landes. Eine diplomatische Lösung der vom Iran ausgelösten Krise um sein Nuklearprogramm wird es nur dann geben, wenn Geschlossenheit und Entschlossenheit der internationalen Gemeinschaft dem Iran

klarmachen, dass seine bisherige Politik in die dauerhafte politische und wirtschaftliche Selbstisolation führt. Ein nuklear bewaffneter Iran muss auf jeden Fall verhindert werden.

Eine zwielichtige Rolle spielt Syrien. Einerseits trägt Präsident Assad durch die Unterstützung der Hisbollah, die Verweigerung der faktischen Anerkennung des Libanon oder sein Bündnis mit Teheran keineswegs zur Beruhigung der Lage im Nahen Osten bei, andererseits sieht er in den USA die einzige Ordnungsmacht der Region. Erforderlich ist eine in und zwischen EU und USA eng abgestimmte Syrienpolitik, die in Damaskus den Eindruck vermeidet, man könne auch ohne die erforderlichen Zugeständnisse seine Interessen durchsetzen.

Die Sicherung des Existenzrechts Israels ist nicht nur eine besondere Verpflichtung Deutschlands aus historischer Verantwortung, sondern die Aufgabe aller demokratischen Staaten und der Weltgemeinschaft. Israel als einzige funktionierende Demokratie der Region aufzugeben, käme einer Selbstaufgabe gleich und hieße, die eigenen Prinzipien zu verraten.

# Nach dem Libanonkrieg: Kein Frieden in Nahost

*Hans-Ulrich Klose*

Die israelische Regierung ist für ihr Vorgehen im Libanonkrieg heftig kritisiert worden; nicht nur im Ausland, nein, auch in Israel selbst. Nicht das Ob des Krieges stand dabei im Zentrum der Kritik, sondern die Art und die Dauer des Krieges, der anfänglich vor allem aus der Luft geführt wurde, schwere Schäden anrichtete und viele zivile Opfer forderte, die libanesische Bevölkerung aber keineswegs demoralisierte, sondern – ganz im Gegenteil – eine breite Unterstützung für die Hisbollah auch bei jenen provozierte, die sich anfänglich erschrocken-skeptisch und ablehnend zu dem Überfall auf israelische Soldaten (auf israelischem Boden!) geäußert hatten. Die Bodenoffensive, die spät und schlecht vorbereitet einsetzte, brachte weniger Geländegewinn als erwartet und kostete viele israelische Soldaten das Leben.

Die Reaktion des Auslands war unterschiedlich. Sie wurde beeinflusst von Bildern, die mindestens teilweise manipuliert waren (z.B. die des Mannes mit dem grünen Helm)<sup>1</sup> und von Berichten, die bisweilen mehr für Israel ungünstigen Kommentaren glichen, als dass sie objektive Berichterstattung gewesen wären. Das gilt für die Berichterstattung während des Krieges und für die Analysen nach dessen Ende. Israel wurde vielfach als Schuldiger und als Verlierer dargestellt; der Libanon als Opfer und die Hisbollah als Sieger. Kein Zweifel also: den „Krieg der Bilder“ hat Israel verloren. Dass durch den Raketenbeschuss der Hisbollah auch israelische Zivilisten getötet wurden, dass es also israelische Opfer gab (die man übrigens nicht vor dem Beschuss gewarnt hatte), wurde, wie es schien, emotionslos gemeldet.

Die Menschen in Israel erfüllt dieser Befund mit Sorge; die Feinde Israels (und die sind zahlreich) haben ihn mit Triumph aufgenommen. Sie fühlen sich bestätigt, nicht zuletzt auch durch das unstete Verhalten im Westen, genauer, in Europa und in Teilen der amerikanischen Gesellschaft. Dort, in den USA, gab es in der Administration nur am Anfang des Krieges Unterstützung für Israel. Die ließ schnell nach, als der Krieg sich hinzog

und die Stimmung kippte. Man fürchtete einen weiteren Ansehensverlust und die Beeinträchtigung amerikanischer Interessen und reihte sich daher ein in den Kreis derer, die einen sofortigen Waffenstillstand forderten.

Vielstimmig wie immer waren die Reaktionen in Europa, in der Tendenz aber einheitlich. Das militärische Vorgehen der israelischen Regierung wurde als unverhältnismäßige Reaktion angesehen und die Art der Kriegsführung gegeißelt – von völkerrechtswidrigem Vorgehen, ja sogar von Kriegsverbrechen wurde gesprochen. Die Sympathien der Menschen waren ganz überwiegend bei den Libanesen, die der Regierungen bewegten sich im opportunen Rahmen, zwischen Kritik und Friedensappellen, die sich an beide Seiten, aber in erster Linie an Israel richteten.

Welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus? Worauf müssen wir uns, muss Israel sich einstellen?

Der Krieg hatte keinen eindeutigen Sieger. Die Hisbollah aber reklamierte den Sieg für sich und wurde und wird darin von vielen Menschen, vor allem in der muslimischen Welt, bestärkt. Einmal mehr (nach dem Rückzug Israels aus dem Südlibanon und der einseitigen Räumung des Gaza-Streifens) sei Israel durch militärische Maßnahmen (der Hisbollah beziehungsweise der Hamas) besiegt und zum Rückzug gezwungen worden. Diese Einschätzung wird nicht die so genannten moderaten muslimischen Kräfte, sondern eher die militanten in ihrem Vorgehen bestärken – keine guten Aussichten für einen nächstlichen Frieden.

Der Raketenbeschuss durch die Hisbollah im Norden und durch Dschihadis im Süden zeigt: Israel ist noch immer (oder wieder) existentiell gefährdet; nicht nur durch Waffen (Raketen, über die sowohl Hisbollah wie auch Hamas verfügen), sondern auch durch die wirkmächtige öffentliche Meinung, die durch die asymmetrische Kriegsführung der angeblich Unterlegenen zuungunsten der angeblich Stärkeren manipuliert und umgedreht werden kann. Für die globale öffentliche Meinung ist heute Israel der überlegene Goliath, Libanon beziehungsweise die Hisbollah (oder die Hamas) dagegen David, der Goliath auf listige Weise öffentlich vorführt (siehe dazu Herfried Münkler: Wer ist David?, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. August 2006). Er (David) bedient sich dabei höchst fragwürdiger Mittel, indem er z.B. Zivilisten, Frauen und Kinder, sogar UNO-Soldaten als menschliche Schutzschilde missbraucht. Das aber wurde nur in Fußnoten angemerkt oder ganz weggelassen, während die „geplanten“ Untaten der Israelis detailliert

aufgelistet werden (siehe dazu das „Manifest der 25“ in der Frankfurter Rundschau vom 15. November 2006).

Die USA sind unverändert der wichtigste Partner für Israel. Falsch wäre es aber, auf eine vollständige Identität der Interessen von Amerikanern und Israelis zu vertrauen. Dass Israel aus amerikanischer Sicht sogar zum „Sicherheitsrisiko“ werden kann, haben zwei anerkannte Gelehrte, John Mearsheimer und Stephen Walt, offen ausgesprochen. Israel sei im Krieg gegen den internationalen Terrorismus keine Stütze, sondern eine Belastung (siehe London Review of Books, März 2006). Israel-kritische Stimmen hat es in den USA schon immer gegeben. Unklar ist, ob diese Stimmen inzwischen die amerikanische Politik erreichen oder schon erreicht haben. Das jedenfalls wäre neu.

Nicht neu ist die Reaktion der europäischen Regierungen. Sie ist gespalten, pro-israelisch oder pro-arabisch; will sagen: EU-Europa hat keine kohärente Nahost-Politik und ist weit von einer Implementierung gemeinsamer Perspektiven entfernt. Von einer Lösung des nahöstlichen „Kernkonflikts“ (schon das Wort ist irreführend), von der so genannten Zwei-Staaten-Lösung, wird viel gesprochen; Realisierungsstrategien, die über die so genannte Road Map hinausreichen, sind aber nicht vorhanden. Die europäische Nahostpolitik wird daher in der Region vielfach als bloße Symbolpolitik wahrgenommen.

Dass die deutsche Bundesregierung (mit Ausnahmen) eher auf Seiten Israels steht, darf weiterhin unterstellt werden. Aber auch hier gibt es wichtige Nuancen, die sich zumindest intern in einer „Ja-aber-Argumentation“ niederschlagen. Ja, Deutschland ist Israels Freund; aber unter Freunden muss man doch auch Kritik äußern dürfen – so hört man es immer wieder und inzwischen häufig. Bisweilen hat man den Eindruck, dass die, die so reden, nur darauf gewartet haben, es endlich herauslassen zu dürfen. Dabei zeigen sich Argumentationsmuster, die bisher gültige Tabugrenzen überschreiten. Wenn eine Gruppe von nicht durchweg fachkundigen Hochschullehrern behauptet, das Palästina-Problem sei durch den Holocaust und die durch ihn ausgelöste Migration verursacht, und daraus auf eine besondere Verantwortung Deutschlands auch für die Palästinenser schließt, kann das vielleicht noch als gut gemeinte Parteilichkeit gewertet werden. Wenn aber inzwischen auch „normale deutsche“ Bürger, die sich zudem noch als Bewunderer der jüdischen Kultur ein- und aufführen, in Briefen an ihren Abgeordneten gegen den real existierenden jüdischen Staat im Nahen Osten polemisieren, weil dieser jüdische Staat eigentlich auf deutschem Boden hätte errichtet werden müssen, dann ist die Grenzüberschreitung of-

fensichtlich. Denn mit dieser Quasi-Forderung wird das Existenzrecht Israels im jüdischen Land in Frage gestellt. Faktisch wird damit jenen in die Hände gearbeitet, die einen Friedensschluss mit dem jüdischen Staat ausschließen und den Heiligen Krieg, der in Wahrheit ein Vernichtungskrieg ist, fortsetzen wollen.

Von den Feinden Israels wird das gern aufgegriffen. Nicht nur der iranische Präsident redet so, auch der „Außenminister“ der Hamas-Regierung, Mahmud al-Sahar: Niemals werde Hamas Israel anerkennen. „Die Zionisten haben unser Land besetzt wie die Nazis im 2. Weltkrieg Frankreich. Israel ist im Nahen Osten ein Fremdkörper. Warum gründen die Juden ihren Staat nicht in Europa?“ (Der SPIEGEL vom 23. Oktober 2006) Ähnlich unversöhnlich äußerte sich wenige Wochen später ausgerechnet in Teheran der palästinensische Ministerpräsident Hanija (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Dezember 2006). Niemals werde Hamas Israel anerkennen und auf den Heiligen Krieg zur Befreiung Jerusalems verzichten. Das palästinensische Volk sei nicht allein. Es werde unterstützt von dem mächtigen, dynamischen Land Iran.

Neu ist das nicht. Neu ist, dass inzwischen nicht nur Hisbollah, sondern auch Hamas offen auf die nuklear ambitionierte Macht Iran setzt. Damit ist – Syrien einbezogen – eine Lage entstanden, die wenig Gutes für den nahöstlichen Friedensprozess verheißt. Israel sieht sich einer aggressiven Koalition gegenüber, deren Ziel es unverändert ist, den jüdischen Staat zu vernichten. Kein Wunder also, dass aus heutiger israelischer Sicht nicht Palästina und nicht der Libanon, sondern Iran das eigentliche Problem ist.

<sup>1</sup> *Britische Blogger fanden durch Analyse verschiedener Fernseh- und Onlineberichte über die Bombardierung des libanesischen Dorfes Kana heraus, dass ein und derselbe „Mann mit dem grünen Helm“ immer wieder – vor jeweils verschiedenen Hintergründen und in verschiedenen, offensichtlich gestellten Situationen – mit einem toten Kind posiert. Anhand der in den Internet-Bilddateien festgehaltenen Uhrzeiten konnten die Blogger die makabre Schauspielerei in etwa rekonstruieren. (Anm. der Red.)*

# Deutsch-Israelische Beziehungen – wo stehen wir 2007?

*Angelika Köster-LoBack*

Die deutsch-israelischen Beziehungen waren von Anfang an durch Ambivalenzen gekennzeichnet.

In der ersten Phase von 1948 bis 1965 waren sie durch die widersprüchlichen Bemühungen der Adenauerregierung um Wiedergutmachungsabkommen mit Israel und den Versuch, die „besonderen Beziehungen“ zur arabischen Welt auszubauen, bestimmt.

Die kritische Auseinandersetzung mit dem Weiterwirken von wichtigen Funktionsträgern des nationalsozialistischen Regimes in Politik, Justiz, Wissenschaft, Medien und Kultur begann erst nach der viel zu späten Aufnahme der diplomatischen Beziehungen seitens der Bundesrepublik mit Israel.

Diese Auseinandersetzung verlief parallel zur größten existentiellen Bedrohung Israels seit seinem Unabhängigkeitskrieg von 1948, die in den „Sechs-Tage-Krieg“ vom Juni 1967 führte.

Danach vollzog sich eine scharfe Einstellungsänderung bei großen Teilen der deutschen Öffentlichkeit, insbesondere bei der akademisch gebildeten Nachkriegsgeneration.

Nach dem militärischen Sieg Israels über die arabischen Nachbarn und die Besetzung großer Teile ihrer Territorien wurde Israel vom potentiellen Opfer eines Angriffskrieges zum Täter umdefiniert, dem die Hauptverantwortung für die Kriegsfolgen aufgebürdet wurde.

Vor allem in der linksliberalen Öffentlichkeit und der linken Szene an den Universitäten wurde die vor dem Sechs-Tage-Krieg weithin proklamierte Solidarität mit Israel beziehungsweise die Unterstützung seines Existenzrechts brüchig.

Das wachsende Verständnis für den Hintergrund des palästinensischen Terrors wurde auch durch den Jom-Kippur-Krieg nicht in Frage gestellt.

In den zehn Jahren nach diesem Krieg wurde Israel vielmehr in weiten Teilen der politisch interessierten Öffentlichkeit als Hauptverantwortlicher für jede Eskalation der politischen und militärischen Konfrontation im Nahen Osten gebrandmarkt.

Einer der Tiefpunkte dieser Entwicklung war die Reaktion auf die Massaker von

Sabra und Schatila während des Libanonkrieges. Israel wurde als Hauptschuldiger denunziert, aber die Demonstration von etwa zehn Prozent der damaligen israelischen Bevölkerung gegen den Libanonkrieg in Tel Aviv wurde nicht wahrgenommen.

Die offizielle Haltung der deutschen Politik wurde, je nach Parteizugehörigkeit in unterschiedlichem Ausmaß, von diesen Entwicklungen beeinflusst, wenn auch nicht immer offen artikuliert.

Die Phase der Friedensverhandlungen in Oslo war in Israel wie auch in Deutschland mit großen Hoffnungen auf eine permanente Lösung des Konflikts verbunden.

Dennoch war die Unterstützung der israelischen Seite immer verbunden mit dem Appell der deutschen Politik, größere Anstrengungen zu erbringen als die palästinensische Seite.

Das Scheitern des Prozesses durch die Weigerung Arafats, in Camp David zu unterzeichnen, wurde in der politischen Debatte in Deutschland eher den israelischen Verhandlungspartnern zur Last gelegt, die angeblich unzumutbare Zugeständnisse verlangt hätten.

Mit der wenige Monate später ausgerufenen „zweiten Intifada“ eskalierte wieder die Gewalt, aber Schuldzuweisungen gingen vor allem an die israelische Adresse.

Einen weiteren Höhepunkt erreichte diese einseitige Wahrnehmung der israelischen Situation im Sommer 2006, als nach einer langen Serie von militärischen Attacken auf israelische Städte im Norden und Süden des Landes die israelische Armee gegen die Hisbollah im Libanon militärisch vorging.

Bei den Versuchen, diese Konfrontation zu beenden, wurde zum ersten Mal eine Beteiligung der Bundeswehr diskutiert. Die Entscheidung, Schiffe der Bundesmarine in die libanesischen Küstengewässer zu schicken, markiert eine neue Phase der deutsch-israelischen Beziehungen, die von israelischer Seite akzeptiert wurde, aber nicht von der Gesamtheit der politischen Klasse in Deutschland.

Vor allem die Veränderung der globalen geo-strategischen Konstellationen nach 1990 und das imperiale Auftreten Irans in der Region muss für die zukünftigen Beziehungen Deutschlands zu Israel eine wichtige Rolle spielen.

Eine mit Israel solidarische Außenpolitik kann nicht allein in den bilateralen Beziehungen gestaltet werden. Sie muss als Strukturelement der deutschen Außenpolitik jeder Form des Antisemitismus entgegenarbeiten, wo immer er seine Fratze zeigt.

Das ist eine komplexe Aufgabe für die diplomatischen Vertreter Deutschlands, aber sie ist umsetzbar.

Der Wille zur Umsetzung hängt allerdings von der Einschätzung der Weltlage ab,

die sich die deutsche Politik zu eigen macht.

Eine Äquidistanz zu den Konfliktparteien Israel und Palästina darf es nicht geben, denn dies würde bedeuten, die Verantwortung der deutschen Politik, gegründet auf das Wissen um die Shoa und ihre Folgen, aufzugeben.

Die Lage im Jahre 2007 ist gekennzeichnet durch eine zugespitzte existentielle Bedrohung des Staates Israel und seiner Bürgerinnen und Bürger. Der iranische Staatspräsident kündigt in öffentlichen Hasstiraden die Vernichtung Israels an, beansprucht in aggressiver Form die Nuklearoption für den Iran und versammelt sowohl ewig-gestrige, als auch neue Antisemiten beziehungsweise Antizionisten in Teheran, um für seine grotesken Verschwörungstheorien eine Scheinlegitimation zu beschaffen. Er meint, was er sagt! Und er ist nicht der einzige Politiker, der so denkt und handeln will!

Die Erfahrungen mit der Destruktivität unwissender und veretzter Massen haben wir noch aus dem 20. Jahrhundert vor Augen. Gegründet auf dieses Wissen müssen wir wirksame Mittel gegen den individuellen und kollektiven politischen Wahnsinn entwickeln und einsetzen.

Die geo-strategischen Konstellationen sind seit Ende des „Kalten Krieges“ mehr als jemals zuvor im Fluss. Die aufsteigenden Großmächte des 21. Jahrhunderts, Indien und China, formulieren ihre eigenen strategischen Interessen auf der Grundlage des Respekts, den sie in den postkolonialen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas genießen.

Sie haben auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet große Einwirkungsmöglichkeiten in Konfliktkonstellationen wie dem Israel-Palästina-Konflikt und der sich abzeichnenden Konfrontation zwischen dem Iran und der arabischen Welt um die Vormachtstellung in der globalen Energiepolitik.

Welche Relevanz haben diese Entwicklungen für die deutsch-israelischen Beziehungen? Um seine „guten Beziehungen“ zur arabischen Welt, zu den großen islamischen Ländern Asiens, insbesondere zum Iran, im israelisch-palästinensischen Konflikt und im Kontext der Bedrohung Israels durch den Iran wirksam werden zu lassen, muss Deutschland Bündnispartner suchen, deren Legitimation nicht wie die der USA und Europas durch aktuelle und historische Verstrickungen in der Region beschädigt sind. Ein solcher Bündnispartner könnte, allen voran, Indien sein, das von allen genannten politischen Akteuren anerkannt wird. Seit dem Jahre 1992, in dem Indien seine diplomatischen Beziehungen zu Israel wieder aufgenommen hat, haben sich die bilateralen Beziehungen zwischen Indien und Israel sehr schnell in positiver Richtung entwickelt. Gleichzeitig pflegt Indien, aus energiepolitischen und geo-strategischen Gründen, eine enge Zusammenarbeit mit dem Iran.

Die deutsch-indischen Beziehungen sind von langjährigem Vertrauen und dem stetigen Ausbau der Zusammenarbeit in allen wichtigen Politikfeldern geprägt.

Es ist ein Gebot der politischen Vernunft, in der gegenwärtigen Situation Indien als einen der möglichen Vermittler in beiden Dimensionen des Konflikts, dem israelisch-palästinensischen wie dem iranisch-israelischen, anzusprechen.

Die Möglichkeiten des Nahost-Quartetts, mit seiner bisherigen Road Map den Friedensprozess wiederzubeleben, sind zur Zeit äußerst gering.

Deutsche Außenpolitik, in Abstimmung mit den Partnerländern der EU, muss deshalb neue Wege der Konfliktlösung vorschlagen, die als Bündnispartner auch alle die Staaten mit einbeziehen, die mit Israel eine Zusammenarbeit in beiderseitigem Interesse aushandeln wollen.

Deutschland sollte während seiner europäischen Ratspräsidentschaft und seines G-8 Vorsitzes einen deutlichen Vorstoß in diese Richtung unternehmen und damit das Koordinatensystem der Konfliktlösung im Nahen und Mittleren Osten so verändern, dass wieder Hoffnung entstehen kann.

In diesen Kontext gehören auch neue Ansätze in der euro-mediterranen Zusammenarbeit. Der Barcelona-Prozess kann viel wirkungsvoller als bisher mit dazu beitragen, die notwendigen Eckpunkte eines zukunftsorientierten, kulturell vielfältigen Zusammenlebens zu definieren. Die politische Vermittlung der gesellschaftlichen Koexistenz von Juden, Christen und Muslimen in Andalusien, als historisches Vorbild, wäre ein Anfang.

Die Kenntnisse über die kulturelle und wissenschaftliche Blüte, die in dieser Zeit durch den Austausch religiöser und philosophischer Gelehrter entstanden sind, würden unsere eigenen Zweifel am Dialog zwischen unterschiedlichen Überzeugungen in Frage stellen.

Diese Zweifel sind vor allem seit den Exzessen des Taliban-Regimes in Afghanistan und nach dem Massenmord am 11. September 2001 in den USA und Europa immer stärker geworden. Mit ihnen verbunden ist die Auffassung, dass es eine fast notwendige Verschränkung zwischen bestimmten religiösen Glaubensinhalten und der Anfälligkeit für destruktives und auto-destruktives Verhalten gebe.

Unsere eigene historische Erfahrung lehrt uns aber, dass erst, wenn religiöse und ideologische Werte in den Dienst individueller und kollektiver Machtphantasien gestellt werden, und die Verantwortung für Bereicherung, Denunziation, Demütigung, Folter, Vergewaltigung und Mord an die Befehlshaber delegiert werden kann, die erlernten Normen mitmenschlichen Verhaltens gebrochen werden. Dazu gehört auch die vorherige Marginalisierung, Diskriminierung und der willkürliche Ausschluss der Angegriffenen aus der

menschlichen Gemeinschaft.

Den wichtigsten Antrieb, Zweifel zu überwinden und aus der historischen Erfahrung zu lernen, vermitteln die vielen Menschen, die als Überlebende der Shoah unermüdlich aktiv waren und sind, die ihre eigenen Erfahrungen mitteilen und damit durch ihre menschliche Überzeugungskraft jungen Menschen Perspektiven für eine humane Zukunft gegeben haben und noch geben.

Um eine gemeinsame Zukunft zu bauen, müssen wir eine Kultur entwickeln, die das Leben ins Zentrum stellt und nicht den Märtyrertod. Wir müssen das verfügbare Wissen weitergeben und damit die Möglichkeit eröffnen, unsere gemeinsamen Traditionen humanen Zusammenlebens nicht nur zu respektieren, sondern zu feiern.

Die Zukunft der deutsch-israelischen Beziehungen kann auf der Basis vieler seit über vierzig Jahren bestehender offizieller und informeller Kontakte weiter gebaut werden. Jugendbegegnungen, Schulpartnerschaften, Städtepartnerschaften, Universitätskooperationen in Lehre und Forschung und kulturellen Austausch gibt es in großer Zahl. Ihre Zukunftsfähigkeit kann aber nur gesichert werden, wenn die in diesen Initiativen tätige Nachkriegsgeneration genügend junge Menschen rekrutiert, die ihren eigenen Platz in der Welt in Verantwortung aus der Vergangenheit sucht.

Ein Thema, bei dem Deutschland (und Europa) mit Israel Erfahrungen austauschen könnte, ist die Frage nach der erfolgreichen gesellschaftlichen Integration einer Einwanderungsgesellschaft, deren Bevölkerung aus mehr als siebenzig Ländern stammt.

Ein wechselseitiger Lernprozess anhand der unterschiedlichen Erfahrungen würde viel zum gemeinsamen Zukunftsprojekt beitragen.

# Besondere Beziehungen zu Israel als außenpolitische Doktrin

*Sergey Lagodinsky*

Im Jahre 2000 schrieb ein führender italienischer Professor einen Artikel, in dem er seinen Lesern die „besondere Beziehung“ zwischen Deutschland und Italien erklärte. Im selben Jahr organisierte das Haus der Republik Ungarn eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Ungarn und Deutschland – eine besondere Beziehung seit 1000 Jahren“. Achtzehn Jahre davor sprach der US-Außenminister Lawrence S. Eagleburger in einer Rede von „einer besonderen Beziehung“ zwischen USA und Deutschland. Heute schreibt das Auswärtige Amt, dass die Beziehung zu Polen eine besondere bleibt und die Webseite des deutschen Entwicklungsministeriums erklärt dasselbe im Bezug auf Namibia.

Wir leben in einer Welt der besonderen Beziehungen. Pauschale Wertungen werden der Komplexität unserer Realität nicht gerecht. Dies gilt für zwischenmenschliche Verhältnisse ebenso wie für zwischenstaatliche Beziehungen. In diesem Sinne ist jede Beziehung zwischen Staaten eine besondere. Wenn also die Außenministerin Israels die Beziehung ihres Landes zu Deutschland als immer schon eine „besondere und freundschaftliche“ bezeichnet und eine Reihe deutscher Politikwissenschaftler sich darüber öffentlich empören, kann man sich nur über ihre eigene Verwunderung wundern.

Die Frage ist also nicht, ob eine Beziehung besonders ist, sondern wie besonders die besondere Beziehung zu einem konkreten Land beschaffen ist. Denn es liegt in der Natur jeder Besonderheit, dass sie sich von anderen unterscheidet. In dieser „multispeziellen“ Welt der Außenbeziehungen interessieren vor allem drei Aspekte: Was sind die Umstände, die eine konkrete besondere Beziehung prägen? Was ist ihr Inhalt? Was sind ihre Folgen?

## Prägende Faktoren

Die besondere Qualität der zwischenstaatlichen Beziehungen begründet sich auf unterschiedliche Art und Weise. Grob gesehen zählen dazu realpolitische, psychologische und ideologische Gründe.

Hier sollen nur zwei *psychologische Faktoren* für das Verhältnis zwischen Israel und Deutschland beispielhaft erwähnt werden. Die Auseinandersetzung mit der Hölle des Holocausts ist für beide Länder konstituierend: Für die Bundesrepublik bildet sie den blutigen Ausgangspunkt ihrer moralischen Erneuerung; für Israel einen tragischen Anlass ihrer Entstehung. Diese Feststellung ist eine kollektivpsychologische Konstante, die nicht an die persönlichen Erfahrungen der Überlebenden geknüpft ist. Das kognitiv unvermeidbare Erkenntnis, dass der Holocaust der blutige Urknall unseres jeweiligen modernen Selbstverständnisses ist, wird die besondere Qualität der bilateralen Beziehung also weiterhin, wenn auch in variabler Intensität, bestimmen.

Eine weitere psychologische Komponente kommt hinzu. Die deutsche Geschichte und Kultur war über Jahrhunderte mit der jüdischen Präsenz fest verwoben. Als aktive Mitgestalter oder als Bezugsobjekte waren Juden lange Zeit für die deutsche Identität prägend. Nach ihrer Vertreibung und Vernichtung in und durch Deutschland war aber ihre Existenz für die Deutschen nicht mehr erlebbar. Die kleinen jüdischen Gemeinden im Nachkriegsdeutschland konnten und wollten eine Kontinuitätsfunktion nicht übernehmen. Um das abrupte Ende der jüdischen Existenz psychologisch zu kompensieren und so ein Teil ihrer eigenen Vergangenheit mit ihrer Gegenwart zumindest teilweise zu vertragen, wandten sich viele in Deutschland an Israel. Israel wurde zur einzigen Möglichkeit der „Vergegenwärtigung“ der deutsch-jüdischen Geschichte. Das besondere deutsch-israelische Verhältnis ist also ein ausgelagerter zwischenstaatlicher Ersatz für eine innerstaatliche Lücke, die der Holocaust in der deutschen Gesellschaft aufgerissen hat. Da die Gemeinden in Deutschland mit ihren nunmehr 100,000 Mitgliedern den Kontinuitätsbruch des deutschen Judentums kaum überwinden werden, wird diese Projektionsfunktion Israels weiterhin wichtig bleiben.

Neben psychologische Faktoren treten *ideologische Gesichtspunkte*. Der Umgang mit dem Holocaust ist wiederum ein solcher Gesichtspunkt, ist er doch nicht nur psychologisch, sondern auch ideologisch für beide Gesellschaften bestimmend. Doch auch gemeinsame demokratische Vorstellungen vereinen Deutschland mit einem einzigen liberal-demokratischen Land in der strategisch wichtigen Region. Der Spagat Israels zwischen Demokratie und Menschenrechten einerseits und den Sicherheitsinteressen seiner Bürger andererseits spiegelt die Komplexität seines Dilemmas, eher als die fundamentale Wertedifferenz. Abgesehen von strukturellen und inhaltlichen Parallelen ist diese Gemeinsamkeit im Kommunikationsprozess zwischen politischen Eliten von beson-

derer Bedeutung. Denn bei allen nationalen Besonderheiten ist es deutschen Politikern möglich, bei der Kommunikation mit ihren Kollegen aus Israel, auf einen Mindestmaß gegenseitigen Verständnisses, gemeinsamen Vokabulars, gegenseitiger Erwartungen zu setzen. Auch ist das innenpolitische System, mit parlamentarischen Vorgängen, unabhängiger Justiz und einer offenen Zivilgesellschaft einschätzbar, wenn auch nicht unkompliziert. Vor allem erlaubt der innere Pluralismus der israelischen Gesellschaft den deutschen politischen und gesellschaftlichen Akteuren, ihre Inhalte auch dann in die israelische Bevölkerung hineinzutragen, wenn diese von den Inhalten der israelischen Regierungsmehrheit abweichen. Beispielhaft dafür ist die Arbeit der großen politischen Stiftungen in Israel, die sich an unterschiedliche Parteien in Israel andocken, und Projekte mit vielfältigen Ausrichtungen und Themen befördern. Demokratie macht also die Beziehung zwischen Israel und Deutschland vor dem Hintergrund der Situation in anderen Ländern der Region zu einem besonderen Verhältnis.

Dies führt uns direkt zu *realpolitischen Faktoren* die eine besondere Beziehung ausmachen. Denn die oben angesprochenen Faktoren stehen nicht lediglich für sich da, sondern bilden auch eine Grundlage für die Verwirklichung pragmatischer außenpolitischer Ziele. Die bekannte Feststellung Adenauers, dass die Zukunft Deutschlands von der Zukunft der deutsch-jüdischen Aussöhnung abhängt, war die Urformel einer solchen Funktionalisierung der Beziehung zwischen Israel/Juden und dem Nachkriegsdeutschland. Klar kommt damit zur Geltung: Auch dann wenn die moralische und ideelle Seite dieser Beziehung eine wichtige war und bleibt, hat Deutschland es immer schon verstanden, die Beziehungen zu Israel zum Zwecke der eigenen Rehabilitierung zu nutzen. Nur so konnte sie wieder in die Familie der demokratischen Nationen aufgenommen werden. Auch war das deutsch-israelische Verhältnis als Reflex der deutsch-jüdischen Beziehungen nicht selten eine willkommene Brücke nach Washington.

Da die deutsche Gesellschaft zunehmend glaubt, ihre Rehabilitationskur erfolgreich abgeschlossen zu haben, wird dieser Aspekt der Beziehungen immer weiter in den Hintergrund geraten. An seine Stelle werden aber andere pragmatische Gesichtspunkte treten. Die Zusammenarbeit im Wirtschafts- und Technologiebereich ist besonders zukunftsweisend. Mit den boomenden High-Tech und Bio-Tech Sektoren wird Israel für deutschen Investoren und Unternehmen zunehmend interessant werden. Viele der Produkte, die heute zum Alltag von Jugendlichen und Erwachsenen gehören, wurden in Israel erfunden oder mitentwickelt - ob Software wie ICQ oder andere Produkte von

Microsoft, Cisco, sowie Pentium-Prozessoren. Dies knüpft an die israelischen Erfolge in Forschung und Wissenschaft an, die es für Deutschland gilt in der Zukunft auszuschöpfen. Auch ist Israel als demokratischer Partner in einer strategisch bedeutenden Region sicherheitspolitisch wichtig. Mit der instabilen Lage im Nahen Osten und mit der eventuellen Bedrohung durch einige Staaten der Region, die bis nach Europa reichen kann, wird diese Bedeutung eher wachsen als schrumpfen.

### **Existenzsicherung als inhaltlicher Kern der besonderen Beziehung**

Dieses komplexe Geflecht von verschiedenen Faktoren macht Israel also zu einem besonderen Partner. Doch was bedeutet eine besondere Partnerschaft aus der Perspektive deutscher Politik. In meiner Einschätzung bildet die besondere Verpflichtung Deutschlands zur Sicherung der Existenz Israels den Kern dieser Beziehung.

Denn die besondere Beziehung gründet zwar auf den erwähnten beziehungsengenen Faktoren (Psychologie, Ideologie, Realpolitik), aktiviert wird sie aber erst durch die (von außen bedingte) Gefährdungslage Israels: Nicht nur die Sicherheit, sondern die Existenz des jüdische Staates ist bedroht. Das macht seine Lage weltweit einzigartig. Wenn Deutschland auf diese Lage reagiert, ist es der nötigen auch historisch bedingten Sensibilität bei der Einschätzung der Gefahrenlage zu verdanken. Würde Russland (oder ein anderes Land) Polen militärisch bedrohen, ja seine Existenz als Staat leugnen, wäre Deutschland genauso in der Pflicht für dessen Existenz einzutreten. Die Existenzsicherung ist also konstitutiv. Würde man sie verneinen, so würde man einerseits entgegen den eigenen psychologischen, ideologischen und realpolitischen Ansprüchen und Interessen handeln, andererseits die reale Sicherheitslage im Nahen Osten komplett ausblenden.

Da Israel sich in einer äußerst prekären Lage befindet, ist auch seine Existenz durch unmittelbare, wie mittelbare Faktoren und auf vielschichtige Art und Weise gefährdet. Daher kommen auch sonst weniger üblichen Instrumente, wie politisch motivierte Waffenlieferungen oder (angeblich) zurückhaltende öffentliche Kritik an Israels Handlungen durch Politiker in Einsatz.

### **Besondere Beziehung als außenpolitische Doktrin**

Was sind die Folgen der besonderen Beziehung zwischen Deutschland und Israel? Die Folgen hängen davon ab, was diese Beziehung ist. Ist diese Beziehung der Ausdruck

einer bestimmten folgenlosen politischen Korrektheit? Oder handelt es sich im Gegenteil um starre Verbots- und Gebotsnormen der deutschen Außen- und Innenpolitik, die Kritik an israelischen Handlungen unterbinden soll? Beides lässt sich verneinen: Einerseits basieren viele konkrete Entscheidungen der Bundesregierung auf dem Argument der besonderen Beziehung. Damit lassen sie sich nicht auf bloße Rhetorik reduzieren. Ob in den Fällen der Waffenlieferungen nach Israel oder bei der Begründung des Bundeswehreinsetzes im Libanon, das Argument der besonderen Beziehung wird effektiv und konsequent bemüht. Andererseits hatten deutsche Politiker selten Scheu, sich über verschiedene Aspekte der israelischen Politik zu beschweren: Deutschland stimmte für die Verurteilung des Sicherheitszauns durch den IGH in der UNO, deutsche Politikerinnen bis hin zur Entwicklungsministerin haben Israel deutlich und klar kritisiert – so zum Beispiel anlässlich des Libanonkriegs im Sommer 2006. Auch deutsche Forscher, Akademiker und Think-Tank-Mitarbeiter zeigen nicht mit kritischen Bewertungen. Fälle der Sanktionierung dieser Menschen sind bisher nicht bekannt, Fälle der Beförderung schon. Dass die Reaktion auf ihre Äußerungen nicht immer allen gefällt, liegt in der Natur der freien Diskussion.

Im Gegensatz zu vielen anderen Beziehungen lassen sich aber die besonderen Beziehungen zu Israel als eine außenpolitische Doktrin Deutschlands im Nahen Osten qualifizieren. Sie beeinflusst Deutschlands außenpolitisches Verhalten angesichts deutscher Werte- und Interessenlage einerseits und der sicherheitspolitische Lage im Nahen Osten andererseits. Wie Colin S. Gray es formulierte: Eine Doktrin ist eine Brücke zwischen politischen Ideen und politischem Verhalten. Die besondere Beziehung zu Israel hilft uns also, unsere Werte und Interessen in das konkrete Handeln zu übersetzen. In diesem Sinne wird die besondere Beziehung zu Israel ein wichtiger Baustein deutscher Außenpolitik bleiben.

# Was eigentlich gibt es zu diskutieren?

## Zu den deutsch-israelischen Beziehungen

*Manfred Lahnstein*

Zuweilen tun wir uns mit den Realitäten schwer. Nur so kann ich es mir erklären, warum das Thema „Deutschland – Israel“ immer wieder diskutiert wird. Was sind diese Realitäten?

Der Staat Israel ist 1947 aus einem Beschluss der Vereinten Nationen entstanden, und zwar als jüdischer Staat. Das wird von der überwältigenden Mehrheit der Völkergemeinschaft bewusst bejaht, nicht nur stillschweigend akzeptiert.

Für die islamische Welt ist der Staat Israel ein Faktum, auch wenn dies nicht überall offen zugegeben wird. Ägypten und Jordanien haben längst Friedensverträge abgeschlossen.

Ein kleiner Teil der islamischen Welt stellt dieses Existenzrecht offen in Frage. Sie will Israel „von der Landkarte tilgen“, will den Judenstaat vernichten. Das ist und bleibt ein brutaler Angriff auf das Völkerrecht und ein Appell an die Gewalt. Terroristische Gewalt ist für die radikalen Islamisten von Hisbollah und Hamas bereits eine widerliche Selbstverständlichkeit.

Unterfüttert wird diese Drohung durch den Weg Teherans zur Atommacht. Aller Druck hat den Iran bislang von diesem mörderischen Kurs nicht abbringen können.

Andere Realitäten kommen hinzu:

Zivilisierte Völker fühlen sich der historischen Wahrheit verpflichtet. Der Holocaust ist eine derartige historische Wahrheit. Und dennoch wird sie im Iran und darüber hinaus immer wieder bezweifelt. Das ist eine beispiellose Verhöhnung der Opfer. Deshalb gehört die Leugnung des Holocaust international geächtet.

Israel ist ein Rechtsstaat, ist eine lebendige Demokratie. In Demokratien werden Fehler begangen, gibt es Schwächen. Das gilt für Deutschland ja auch. Entscheidend ist, dass solche Fehler offen angesprochen und sanktioniert werden. Und deshalb hat die „Solidarität der Demokraten“ zu gelten.

Zivilisierte Völker stehen zu einer geschichtlichen Verantwortung, für die es keine Verjährungsfristen gibt. Dazu haben wir uns immer wieder bekannt.

Was gibt es angesichts dieser Realitäten eigentlich zu diskutieren? Auf welcher Seite wollen wir stehen? Wenn wir zu Israel stehen, stehen wir zu uns selbst. Tun wir das nicht, üben wir Verrat an unseren eigenen Grundwerten. Und unsere Beziehungen werden immer „besondere“ bleiben.

Die Schlussfolgerungen hieraus liegen auf der Hand:

Deutschland wird auch in Zukunft entschlossener als andere für das Existenzrecht und die friedliche Zukunft des Staates Israel eintreten müssen.

Deutschland wird den Ausbau dieser Beziehungen auf allen Ebenen festigen müssen.

Deutschland wird sich aktiv und rückhaltlos für Stabilität und Frieden im Nahen Osten einsetzen müssen.

Bei der Umsetzung ist Geduld, Nüchternheit und allseitiges Fingerspitzengefühl gefragt. Ob wir nun aber über die UNO, über die EU oder bilateral handeln: Handeln müssen wir! Dabei sollten wir in den Grundfragen klar sein. Nur das wird anerkannt, nur so können wir vermitteln und auch bei den notwendigen Kompromissen mithelfen.

# Stiller Richtungswandel

*Mariam Lau*

Die windstillen Zeiten des deutsch-israelischen Verhältnisses sind vorbei. In dem fast geschäftigen Tempo, mit dem im letzten Sommer die deutsche Beteiligung an einer UN-Schutztruppe im Libanon erörtert wurde, ging die zweifache Sensation fast unter, die sich hier abspielte. Nicht nur wurde die Bundeswehr von einer Armee, die bestenfalls zur Landesverteidigung aufgestellt war, plötzlich zu einer mobilen Eingreiftruppe, die kaum noch einen Einsatz in Krisengebieten überall auf der Welt ablehnen kann. Und dann der Schauplatz: Zwar wurden Einsätze fern der israelischen Grenze bevorzugt. Aber dass deutsche Soldaten überhaupt in derselben Kampfzone agieren wie israelische, wäre noch vor zehn Jahren undenkbar gewesen. Lediglich die Befürchtung, deutsche Soldaten könnten auch nur im Entferntesten in die Verlegenheit kommen, auf israelische schießen zu müssen, erinnerte noch daran, wie heikel das Terrain ist, auf dem hier agiert wurde. Dass es dann im Eifer des Gefechts umgekehrt kam: die Deutschen wurden von den Israelis beschossen, hatte niemand in Betracht gezogen.

Dabei macht dieser Fundamentalschwenk so gut wie kein Geräusch: Still verabschiedet sich die deutsche Außenpolitik nicht nur vom vorsichtigen Genscherismus der 80er- und 90er-Jahre. Auch die erratische Diplomatie der Ära Fischer mit den großen weißen Flecken des Desinteresses für Afrika, Osteuropa oder Asien lässt der Sozialdemokrat Steinmeier hinter sich. Fischers politischer Kompass blieb letztlich immer an Auschwitz ausgerichtet; Konflikte, die sich damit nicht in Zusammenhang bringen ließen – sei es die EU-Erweiterung, sei es der Krieg im Sudan – konnten nicht auf sein Engagement hoffen. Das große außenpolitische Vermächtnis von Rot-Grün: Der Einsatz deutscher Soldaten im Kosovo war auch noch mit Auschwitz begründet worden. Der Holocaust aber, das zeigte die Debatte über den Einsatz im Nahen Osten wieder, kann genauso zur Begründung globalen Heraushaltens herangezogen werden.

An der Reaktion des FDP-Vorsitzenden Westerwelle, der sich im Wahlkampf immer wieder für das Außenministerium ins Spiel gebracht hatte, kann man noch einmal den

Abstand erlassen, den Deutschland seit der 16-jährigen (!) Amtszeit seines Parteiältesten Hans-Dietrich Genscher zurückgelegt hat. „Wenn es eine Region in der Welt gibt“, so hatte Westerwelle in einem Zeitungsinterview gesagt, „wo deutsche Soldaten nichts zu suchen haben, dann im Nahen Osten an der Grenze zu Israel. Schon unsere Geschichte verbietet dies. Die Autorität Deutschlands im Nahen Osten hängt nicht zuerst von Soldaten ab, sondern von unserer menschlichen Hilfsbereitschaft, unserer politischen Ausgewogenheit und unserer diplomatischen Klugheit. Gerade unsere Ausgewogenheit hat uns zu einem begehrten Gesprächspartner beider Seiten gemacht.“ Genscher selbst sieht es ähnlich: ausgewogen, vermittelnd, Stabilität fördernd – so soll die Bundesrepublik agieren. Einen Abbruch der Reise in ein arabisches Land wegen israelfeindlicher Äußerungen, wie jetzt durch Steinmeier kurz vor seinem Besuch in Syrien geschehen, hat es unter seiner Ägide nicht gegeben. Und auch die Bundeskanzlerin, die jetzt auf die Wiederbelebung des Nahost-Quartetts drängt, lässt keinen Zweifel daran, wo ihre Prioritäten liegen: im Schutz Israels. Während Joschka Fischer diese Solidarität vor allem aus der deutschen Schuld begründet hat, steht für Merkel – und das ist der große Fortschritt im gegenwärtigen deutsch-israelischen Verhältnis – vor allem der Zusammenhalt der Demokratien im Mittelpunkt. Wenn sie vom Nahostkonflikt und dem Fernziel einer Zwei-Staaten-Lösung spricht, erinnert sie immer wieder daran, wie aussichtslos die Lage in Osteuropa noch in den achtziger Jahren ausgesehen hat. „Das, was wir an Träumen realisieren konnten in Deutschland“, so sagte sie Anfang Februar bei einem Besuch in Saudi-Arabien, „das muss in dieser Region auch gelingen ... Und ich finde, wir sind fast verpflichtet, dazu auch einen Beitrag mit unseren Erfahrungen zu leisten.“

Auch die Zeit der liebevollen, kostspieligen Indifferenz gegenüber den Palästinensern ist vorbei. Es war die Bundeskanzlerin, die im Frühjahr 2006 den Anstoß dafür gab, der Hamas die Unterstützung zu entziehen, so lange sie Israel nicht anerkannt habe. Diese Einschätzung wird auch in ihrem Kabinett geteilt. „Ich glaube nicht“, so hatte Innenminister Wolfgang Schäuble in einem Interview zum Thema islamischer Terrorismus gesagt, „dass die Ungerechtigkeit gegenüber den Muslimen in dieser Region geringer wäre, wenn es den Staat Israel nicht gäbe. Es ist eine Lebenslüge eines Teils der arabischen Welt, zu glauben, die Existenz des Staates Israel sei die Ursache der Probleme und der Ungerechtigkeiten.“

Bis 1989 brauchte die Bundesrepublik im Grunde keine Außenpolitik. Das regelte sich praktisch von allein, festgezurr in die beiden Blöcke, zwischen denen der KSZE-Prozess und die Ostpolitik zarte Bande geknüpft hatten.

Nur 37 Prozent der Deutschen, so eine Umfrage der WELT, unterstützten den Einsatz der Bundeswehr im Libanon, 59 Prozent sind dagegen. „Das wirft doch die Frage auf“, so der Deutschland-Korrespondent der amerikanischen „New Republic“, „warum Berlin im Ausland seine Muskeln spielen lässt.“ Was den Nahen Osten betrifft, ist der Grund wohl nicht nur das Vertrauen, das Deutschland auf beiden Seiten genießt. Es ist auch die Tatsache, dass die USA ihre Rolle als ehrlicher Makler, wie sich noch George Bush senior sah, seit Jahren schleifen lassen. Und im Gegensatz zu Gerhard Schröder, der vor allem die Kalkulation „deutscher Interessen“ ins Spiel brachte, scheut Steinmeier keineswegs den moralischen Einsatz, nicht nur für Stabilität, sondern auch für Demokratisierung. Die Tatsache, dass Demokratisierung in der arabischen Welt derzeit durchweg Islamisten an die Macht bringt, ist da noch nicht mitverrechnet. „Die Welt ist kein Paradies“, so ein deutscher UN-Diplomat, „wir haben eine Verpflichtung, sie zu verbessern.“ Ob diese Haltung in Deutschland auf breite Zustimmung rechnen kann, ist noch nicht ausgemacht.

Es hatte deshalb einen ganz besonderen Klang, als der israelische Ministerpräsident Ehud Olmert bei seinem letzten Berlin-Besuch Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Kreis der „führungsstärksten und visionsreichsten Politiker Europas in den letzten Jahrzehnten“ rechnete. Ausgerechnet seinen Deutschlandbesuch hatte Olmert ausgewählt, um über das offenste Geheimnis Israels zu sprechen: den Besitz der Atombombe. Der Premier wollte eine ganz bestimmte Kulisse für seinen Vorstoß aufziehen. „Wehe dem Schwachen und Schutzlosen, der Drohungen keinen Glauben schenkt“, hatte Olmert bei einer Kranzniederlegung beim Holocaust-Mahnmal am Gleis 17 des Berliner Bahnhofs Grunewald gesagt. Ob es klug ist, die Solidarität zwischen der Bundesrepublik und Israel einzig auf die Vergangenheit zu gründen – ob man nicht eher die Gemeinsamkeit der Demokratien betonen sollte, das war bei den gemeinsamen Auftritten Merkels und Olmerts bisher noch kein Thema. Merkel, die iranische Drohungen gegen Israel selbst einmal mit der Situation 1938 verglichen hatte, betonte auch in Zusammenhang mit der Teheraner Konferenz der Holocaust-Leugner wieder, „wir werden alles uns Mögliche tun, um gegen diese Bedrohung vorzugehen“.

Olmert hatte auch von einem „deutschen Doppelstandard“ gesprochen. Er wisse, hatte der Premier gesagt, viele Menschen in Deutschland seien wegen der „enormen Wirtschaftsinteressen“ ihres Landes skeptisch gegenüber einer schärferen Gangart gegen das iranische Atomprogramm. Tatsächlich wachsen die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Iran jedes Jahr mit zweistelligen Raten; Deutschland beteiligt sich am Schiffsbau, an

der Aluminiumindustrie, der Ölwirtschaft, dem Straßenbau – etwa zweieinhalb Milliarden Euro betrug der Wert der exportierten Waren im Jahr 2001. „Sie haben aber noch viel tiefere und fundamentalere moralische Verpflichtungen sich selbst, ihrer Vergangenheit und ihrer Zukunft gegenüber“, hatte Olmert gesagt.

Noch nie, darin sind sich die Bundeskanzlerin und ihr israelischer Amtskollege einig, war Israel so bedroht wie heute. Sowohl Merkel als auch Außenminister Steinmeier sind sich, wie gesagt, deshalb darüber im Klaren, dass die windstillen Zeiten der deutsch-israelischen Beziehungen vorbei sind. Der revolutionäre Schritt einer Beteiligung deutscher Soldaten an einer Nahost-Mission wird wohl nur ein Anfang gewesen sein. Dissens gibt es derzeit nur wenig. Merkel begrüßt die Empfehlungen der amerikanischen Baker-Kommission, die auch Verhandlungen mit Syrien und dem Iran fordern. Während Olmert dies rundweg ablehnt – und Steinmeier auch öffentlich für entsprechende Vorstöße kritisiert hat –, begrüßt die Bundeskanzlerin die Idee im Prinzip: „Es war den Versuch wert.“ Zugleich müsse man zugeben, „das Ergebnis hat leider keinerlei positive Signale gebracht“. Die – offiziell dementierte – Nachricht von israelisch-syrischen Gesprächen im Herbst macht die Lage nicht berechenbarer.

Einen wirklich guten Rat, wie mit dem Iran zu verfahren sei, hat aber derzeit niemand. Bei ihrem Frühjahrsbesuch in Russland hat die EU-Ratspräsidentin wieder bemerkt, wie wenig Moskau bereit ist, echten Druck auf Teheran auszuüben. Die militärische Option hat Angela Merkel bei ihrem ersten Besuch im Golf erneut für den Moment ausgeschlossen – aber nicht vom Tisch genommen. Was dagegen spricht, ist bekannt: zu viele mögliche Ziele mit unbekannter Effizienz, die Wirkung auf das iranische Volk, das sich dann plötzlich wieder mit ganz neuer Verve hinter die Mullahs werfen würde; Rachefeldzüge gegen westliche Einrichtungen aller Art im Irak, in Israel und im Libanon, nicht zu reden von den Folgen für die internationale Gemeinschaft. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, ausgerechnet im „Weekly Standard“ jetzt wieder die Prognose zu lesen, die Iraner würden einen solchen Schritt befürworten. Auf die Blumen am Straßenrand in Bagdad warten die GIs noch heute vergeblich.

Aber mit der Übertragung der Verhandlungsführung an die Europäer sind diesen auch die Grenzen dessen klar geworden, was sich mit den Mullahs erreichen lässt. Heute wäre kaum noch vorstellbar, dass Auftragsmorde des iranischen Regimes auf europä-

ischem Boden – so wie im Berliner Restaurant „Mykonos“ – lediglich mit ein bisschen „kritischem Dialog“ beantwortet werden.

Die schwere Wahlniederlage der Konservativen im Dezember 2006 hat einmal mehr die Kommentatoren verwirrt. „Man hat sich angewöhnt“, so der amerikanische Politologe Vali Nasr, „den Iran als totalitäres Regime mit islamischer und mit Ahmadinedschad auch apokalyptischer Politik zu betrachten, das sich völlig von seiner Bevölkerung entfernt hat. Aber sowohl der islamische Überbau als auch der republikanische Apparat mit seinen Wahlen reklamieren für sich populäre Unterstützung. Der Iran ist nicht Saddams Irak oder Ghaddafis Libyen. Das Element des Antiimperialismus, auch bei den gebildeten jungen Leuten in Teheran, wird ebenso unterschätzt wie der Pragmatismus der Leute.“

Es könnte sein, dass Ahmadinedschad – dem es trotz des Ölreichtums des Landes nicht gelungen ist, Arbeitsplätze zu schaffen – von denselben Ressentiments hinwegespült wird, die ihn an die Macht gebracht haben. Gerade in Teheran hat man nicht vergessen, wie schamlos er die Stadtkasse für seinen Wahlkampf plünderte. Dass Ahmadinedschads Rückhalt in der Bevölkerung nachlässt, hatte man schon während der kürzlich abgehaltenen Versammlung von Holocaust-Leugnern bemerkt. Im Westen kaum berichtet, hatten sich vor dem Versammlungsgebäude Hunderte von Studenten versammelt, die Plakate mit seinem Bild verbrannten und „Diktator“ oder „Faschist“ riefen – was der Regierungschef mit der Bemerkung quittierte, in den USA würden solche Proteste im Keim erstickt, hier aber ließe man sie gewähren. Unter diesen Studenten sind nicht wenige, die Israel als Bündnispartner für Demokratie in der Region angesehen haben. Dass mit Saddam Hussein und den Taliban zwei der wichtigsten Gegner des Iran in der Region mithilfe der USA aus dem Weg geräumt wurden, hat in nicht geringem Maß zu der Hochstimmung und dem Führungsanspruch beigetragen, den das Regime immer deutlicher vor sich herträgt. Ob in dieser Situation die Idee des französischen Politologen Anglade in Europa mehrheitsfähig wird, man werde mit dem nuklearen Iran leben müssen, ist noch nicht entschieden. Dass man aber über die Schadensbegrenzung nicht hinauskommen wird, wissen wohl alle, von Berlin bis Tel Aviv.

# 50 Jahre deutsch-israelische Jugendkontakte – Wo liegt die Zukunft?

*Christine Mähler*

*“As the future leaders of both our countries, we, as teenagers, can set a new way of communicating and understanding each other, like no adult politician can. We can set aside the old prejudices we picked up from society, and learn the truth for ourselves – with no interfering from the outside world. If we can't tear the old sheets down and open a new and fresh one, nobody can.”*

(Jugendliche im Austausch zwischen Langenfeld und Quiriat Bialik, 1997)

Wo einst die Geschichte der Ermordung von mehr als sechs Millionen Juden durch Deutsche als unüberwindbar erscheinender Abgrund lag, haben vor allem die Jugendkontakte bereits ab Mitte der 50er Jahre erste Brücken gebaut. Seither wachsen die Jugendkontakte auf einem dichten Geflecht von Jugendbegegnungen, Fachkräfteprogrammen der Jugendarbeit, Freiwilligen-Diensten und multilateralen Begegnungsprogrammen in Deutschland und Israel. Beteiligte Akteure im außerschulischen Aktionsfeld sind die großen Jugendverbände – Sportjugend, evangelische und katholische Jugend, Pfadfinderverbände, Jugendverbände der Gewerkschaften, Jugendorganisationen der Parteien und der Deutsche Bundesjugendring, aber auch kleine Initiativen, Bildungsstätten, Friedensdienste und zahlreiche kommunale Träger. Zu dieser kaum überschaubaren Vielfalt involvierter Organisationen kommen Schulen und Austauschprogramme im Rahmen von Städtepartnerschaften hinzu. Zwischen beiden Ländern werden im Rahmen dieser Programme jährlich rund 10.000 Jugendliche „bewegt“, um das jeweils andere Land, seine Geschichte und Gegenwart, seine Menschen und Kultur kennen zu lernen. Über die Jahre waren mehr als 500.000 Menschen beider Länder TeilnehmerInnen dieser Austauschprogramme und der multiplikative Effekt des „Weitererzählens“ der persönlich gemachten Erfahrungen ist eine zentrale Quelle der deutsch-israelischen Verständigung:

*„I thought Germany would be something different, because of the Holocaust and things like that. It makes you think ...it makes some thoughts cross your mind. That's why*

*I wanted to come to Germany and see, how it's gonna be - the people, the treatment, you know, everything ... I think, when I get home I will tell my friends, that Germany is very friendly to guests and foreigners."*

(Yoni, Projekt "Music for Future", Ev. Landesjugendpfarramt Dresden – City of Holon, 2005)

Die Jugendkontakte sind gleichzeitig ein krisenanfälliges und ein krisenfestes Aktionsfeld der deutsch-israelischen Beziehungen: Krisenanfällig, weil vor allem die Besuche von deutschen Jugendlichen und Freiwilligen in Israel abhängen von den sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen vor Ort – Eltern und verantwortliche Träger senden Jugendliche nur schwerlich in ein Land, das sich gerade in kriegsähnlicher, angespannter Situation befindet. Krisenfest jedoch ist dieses Feld, weil beidseitige Programme dennoch stattfinden und die Kontakte auch unter schwierigsten Bedingungen fortgeschrieben werden. Das Jahr 2005 etwa reichte mit 182 aus Bundesmitteln geförderten Maßnahmen wieder an Zahlen vor den schwierigen Jahren der so genannten „zweiten Intifada“ heran. Im Jahr 2006 gab es mehr Projektanträge als all die Jahre zuvor, und auch wenn der Krieg im Norden Israels/Libanon im Sommer 2006 ein kurzfristiges Loch in die Sommerplanungen riss – viele Träger holten ihre Begegnung noch im Herbst desselben Jahres nach. Es gibt eine waches Bewusstsein unter den Verantwortlichen, dass für das gegenseitige Kennen und Verstehen zwingend auch der Gegenbesuch im jeweils anderen Land notwendig ist.

Der deutsch-israelische Jugendaustausch ist ein Erfolgsmodell – Zahlen, Fakten und Projektdokumentationen sprechen immer wieder für die Spezifität und Wirkungskraft der Erfahrungen, die deutsche und israelische Jugendliche im Rahmen dieser Begegnungsprogramme machen: Sich einzulassen auf die unterschiedlichen Lebensbedingungen zwischen „Nahöstlichem Krieg“ und „Europäischem Frieden“; die Perspektive zu wechseln in den unterschiedlichen Lektionen aus der Geschichte zwischen der israelischen des „Nie wieder Opfer“ und der deutschen des „Nie wieder Krieg“; Diskussionen zu führen um die Notwendigkeit von Militärdienst und Verteidigung; sich gegenseitig befragen zum Aufwachsen mit unterschiedlichen Religionen, aber auch das Entdecken der vielen Gemeinsamkeiten in Alltagskultur, Medien, Mode und Musik. Auch 50 Jahre nach den Anfängen haben diese markanten Inhalte deutsch-israelischer Begegnungen für Jugendliche nicht an Reiz und nicht an Wirkungskraft verloren, denn jede Generation, jeder Jahrgang von Jugendlichen muss neu die Chance zur Teilhabe und Erfahrung dieser spezifischen und prägenden Begegnungen haben.

Was bleibt dennoch zu tun, um die deutsch-israelischen Jugendkontakte auch für die Zukunft in bedeutsamer Weise fortzuschreiben?

#### **Gemeinsam Gedenken statt einsam Trauern:**

Die Geschichte ist und bleibt wichtiger Bezugspunkt für die deutsch-israelischen Jugendkontakte. Das ist eines der Ergebnisse, die das Szenario-Projekt „Future Lab 2025“ mit Jugendlichen und Fachkräften aus beiden Ländern zur Zukunft der deutsch-israelischen Jugendkontakte im Jahr 2005 ergeben hat. Die bilateralen Absprachen zur Programmgestaltung geben seit vielen Jahren einen inhaltlichen Baustein zum Thema Erinnerung mit dem Besuch einer Gedenkstätte als Programmteil vor und bleiben damit aktuell. Zwar ist es nicht die Geschichte allein, die das Interesse von jungen Menschen am deutsch-israelischen Austausch ausmacht. Bei der konkreten Realisierung von Programmteilen jedoch, die spezifisch die Erinnerung an die Shoah zum Thema haben oder bei solchen, die die Jugendlichen zufällig darauf stoßen lassen, tritt sie unerwartet und massiv in den Vordergrund und wirkt bisweilen „trennend“ auf bis dahin (scheinbar) schwerelos gewachsene Freundschaften. Um diese Erfahrung für die Annäherung der jungen Menschen aus beiden Ländern auch zukünftig produktiv zu nutzen, bedürfen die Bearbeitung des Themas wie auch die Vorbereitung der Gedenkzeremonie einer Form, die als gemeinsamer Prozess aller Beteiligten konzipiert und in kreativer Partizipation mit den Jugendlichen umgesetzt wird. Nur wenn die jungen Menschen auf beiden Seiten sich als unentbehrlichen Teil dieses Prozesses wahrnehmen, wird die Gegewärtigkeit der Vergangenheit auch in der Zukunft bedeutungsvoll und verbindend bleiben.

#### **Gemeinsame Projektarbeit statt touristische Besuchsprogramme:**

Wo die frühen Programme in erster Linie Besuchsprogramme waren, um das jeweils andere Land in seiner geschichtlichen, landschaftlichen und kulturellen Vielfalt kennen zu lernen, existiert unterdessen eine Vielfalt an Programmformaten: Gemeinsame Musik- und Theaterprojekte, inhaltliche Seminarprogramme zu Demokratie und Zivilgesellschaft wie auch Sport- und Freizeitaktivitäten jedweder Art. Die Zukunft der deutsch-israelischen Jugendkontakte liegt darin, diese Vielfalt zu stärken und mehr denn je gemeinsame und damit Verbindung stiftende Aktivitäten ins Zentrum der Programme zu stellen. Gemeinsam etwas tun für die Umwelt,

freiwilliges Engagement für benachteiligte Menschen der Zivilgesellschaft oder das gemeinsame Lernen partizipativer Mitwirkung in gesellschaftlichen Prozessen, Medien und Kultur – all diese Möglichkeiten konkreten gemeinsamen Erlebens und Handelns können noch mehr als bisher Austauschprogramme prägen und ihre nachhaltige Wirkung stärken.

### Alte Kontakte pflegen und neue Zielgruppen erschließen:

Zahlreiche Projektpartnerschaften vor allem von Trägern in den alten Bundesländern bestehen seit 25 oder 30 Jahren, unvermindert, jährlich, über wechselnde personelle Zuständigkeiten hinweg. Das ist großartig und rückt bei dem Wunsch, das Spektrum von Projekten und Kontakten stetig zu erweitern, bisweilen fälschlicherweise in den Hintergrund. Dennoch ist es wichtig, die Augen für neue aktive Träger und potentielle Zielgruppen an TeilnehmerInnen zu öffnen: Mehr noch als bisher könnten junge Menschen mit Benachteiligung, sei sie sozialer oder kultureller Art, in den deutsch-israelischen Austausch einbezogen werden. Auf beiden Seiten, in Deutschland wie auch in Israel, besteht die junge Generation aus Menschen mit unterschiedlicher kultureller, religiöser und nationaler Herkunft. Sie alle vermehrt an den spezifischen Erfahrungen deutsch-israelischer Begegnungen teilhaben zu lassen, die immer auch Fragen an die eigene Geschichte, nationale Identität und kulturelle Zugehörigkeit bedeuten, könnte ein großer Gewinn für die deutsch-israelischen Jugendkontakte und auch für gesellschaftliche Diskurse in beiden Ländern sein.

Dies alles und noch viel mehr gibt es zu tun, um die deutsch-israelischen Beziehungen auch zukünftig bedeutungsvoll fortzuschreiben, denn – so Bundespräsident Köhler in seiner Ansprache vor der Knesset im Jahr 2005: „Eins ist klar: Die jungen Menschen von heute werden darüber entscheiden, welchen Weg die deutsch-israelischen Beziehungen in der Zukunft nehmen werden.“

## „In diesem Jahr in Jerusalem“

*Stephan Reimers*

Im April 2007 besucht der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) Israel. Der Rat ist die jeweils für sechs Jahre gewählte ‚Regierung‘ der protestantischen Kirchenfamilie unseres Landes. Vorsitzender des Rates ist gegenwärtig der Bischof der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz Dr. Wolfgang Huber. Der Rat hat zwar einmal das Büro der EKD in Brüssel besucht. Davon abgesehen ist der geplante Aufenthalt in Israel jedoch die erste gemeinsame Auslandsreise, die der Rat als Gremium unternimmt. Schon diese Einmaligkeit spricht für das besondere Interesse an Israel und seiner Zukunft im Nahen Osten, das vielen Gläubigen unserer Kirche am Herzen liegt. Besonders gut ausgedrückt findet sich diese Zuwendung in einer Denkschrift unserer Kirche zum Verhältnis von Christen und Juden aus dem Jahr 1990:

„Weil wir als Christen in einem besonderen Zusammenhang mit dem jüdischen Volk stehen, treten wir öffentlich für das Leben dieses Volkes ein und begleiten voll Hoffnung und Sorge das Leben der Juden im Land Israel und den Weg des Staates Israel. Wir widersprechen allen Bestrebungen, die das Lebensrecht Israels problematisieren. Mit unseren Gebeten und in politischer Verantwortung sind wir dem Staat Israel, seiner Lebensgestalt und seiner Entwicklung, besonders in seinen Gefährdungen und Bedrohungen, zugewandt und verpflichtet.“

Diese Selbstverpflichtung ist keine diplomatische Phrase. Die EKD setzt sich aktiv für Israel ein, wie zuletzt im Libanonkonflikt. Der Ratsvorsitzende klagte in seiner Weihnachtspredigt 2006 die Hisbollah an für die Entführung der zwei israelischen Soldaten und forderte die paramilitärische Organisation eindringlich dazu auf, den Familien der entführten Soldaten doch wenigstens ein Lebenszeichen zukommen zu lassen. Aber natürlich wies Huber auch auf die Leiden der Bewohner Beiruts hin. Die protestantische Gemeinde dort hatte während der Auseinandersetzungen unsagbar zu leiden. Die Pastorin Friederike Weltzien berichtet:

„Zwei Nächte lang haben wir wach gelegen. Das ganze Gebäude zitterte. Überall

Zerstörung, Angst, Ohnmacht – ich musste meinen Sohn da schnell herausbringen. Es war nicht mal richtig Zeit, von meinem Mann Abschied zu nehmen. Er blieb bei der Gemeinde, in der viele in diesen Tagen Zuflucht suchen. Wir konnten uns zwar retten, in einem Bus voll von Müttern mit Kindern, befanden uns alle in ständiger Angst, dass die Flugzeuge auch den Bus angreifen könnten. Das Leben in der Gemeinde war in den letzten Wochen insgesamt von der Sorge um die Menschen bestimmt, deren Leben bedroht ist.“

Gerade da wir Christen zum Wohle aller vermitteln wollen, geraten wir oft zwischen die Fronten. Viele Schwestern und Brüder flüchten deshalb in das rettende Ausland. Der Rat ist sehr beunruhigt über die anhaltende Abwanderung von Christen aus dem Libanon, aber auch aus den palästinensischen Gebieten. Damit schwächt sich der Einfluss einer Bevölkerungsgruppe weiter ab, die besonders geeignet und berufen wäre, zu Ausgleich und zu friedensstiftendem Brückenbau in der Region beizutragen.

Durch tatkräftige Mithilfe evangelischer Landeskirchen in Deutschland ist kürzlich eine neue Einrichtung in Beit Jalla bei Bethlehem fertig gestellt worden: „Abrahams Herberge“. Das Haus versteht sich als Friedensprojekt, das dem Dialog von Christen, Juden und Muslimen dienen soll. Der Gründer und Leiter von Abrahams Herberge, Pfarrer Jadallah Shihadeh, beschreibt das Programm des Begegnungsortes so:

„Wir Palästinenser suchen das Gespräch mit allen, um Verständnis für unser Anliegen zu wecken. Dabei wollen wir nicht, dass irgendjemand seine Haltung gegenüber Israel ändert. Aber wir wollen auch, dass man uns hört und versteht. Man dient beiden Völkern, wenn man beiden Gehör schenkt. Wenn man Israel liebt, soll man Palästina helfen. Und wenn man Palästina liebt, dann soll man Israel zur Seite stehen.“

Bevor diese Vision Wirklichkeit werden kann, müssen aber die Beziehungen zwischen Israelis und Palästinensern insgesamt sehr viel friedvoller und die Grenzen durchlässiger werden. Wenn es nicht gelingt, eine langfristige, friedvolle Lösung für die Konflikte im Nahen Osten zu finden, dann sind wir alle die Verlierer.

Deshalb stehen auf dem Programm des Ratsbesuches Gespräche mit Vertretern des Staates Israel, aber auch der palästinensischen Autonomie. Denn gerade gegenwärtig scheint sich erneut ein Fenster für Verhandlungen zu öffnen und die Rückkehr zu einer Road Map möglich. Ich erinnere mich noch gut an das Jahr 2000, in dem die letzten ernsthaften Friedensgespräche in Camp David und kurz danach in Scharm el Scheich schei-

terten. Wenig später sprach ich mit einem in Deutschland lebenden Ägypter über meine Enttäuschung, dass Präsident Arafat die Chance, ein unabhängiges Palästina zu schaffen, nicht ergriffen habe. Mein Gesprächspartner sagte damals sinngemäß: „Sie müssen verstehen, die Palästinenser standen erstmals vor der Situation, ein für allemal Ja sagen zu sollen und alle weiter gehenden Forderungen aufzugeben. Darauf waren die Palästinenser innerlich nicht vorbereitet. Und hätte Arafat unterschrieben, er wäre getötet worden.“ Der Trost, den mein Gesprächspartner anzubieten hatte, war, dass es nicht an der Unversöhnlichkeit der Verhandlungsposition lag, sondern dass die Zeit für einen Friedensschluss noch nicht reif war. Der nächste Versuch könne weiter führen.

# Antisemitismus als Israelkritik

*Esther Schapira*

„Warum leben wir in Deutschland, ausgerechnet in Deutschland?“ hatte ich von meinem Vater wissen wollen. „Weil es hier im Moment für Juden am sichersten ist. Antisemiten gibt es überall, aber hier trauen sie sich jetzt erstmal nicht, weil sie von der Welt beobachtet werden.“ Diese Antwort hat mich schon als Kind nicht wirklich beruhigen können. Zu deutlich war sein Misstrauen, zu flüchtig konnte dieser „Moment“ sein. Kein Bankkonto, keine Lebensversicherung, immer bereit zur rechtzeitigen Flucht. Davon kann längst keine Rede mehr sein. Die Kinder der Überlebenden und ihre Enkel leben hier und trauen der deutschen Demokratie. Und selbst die Israelis mögen Deutschland inzwischen. Nach einer Umfrage der Konrad-Adenauer Stiftung liegt es auf Platz zwei gleich nach England und weit vor Frankreich. 65 Prozent der Befragten bewerten die Beteiligung der deutschen Marine am Unifil-Einsatz im Libanon positiv – ein Einsatz, der in Deutschland selbst schon jetzt deutlich skeptischer gesehen wird. Und es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich auszumalen, wie heftig die Debatte werden wird, sollte aus dem eher symbolischen gemütlichen Schipperrn unvermutet der Ernstfall werden. Spätestens wenn der erste deutsche Soldat im Zinksarg nach Hause kehrt, gefallen für die Sicherheit des jüdischen Staates, wird aus dem leisen Grummeln offener Protest werden. Quer durch die politischen Lager wird der Aufschrei gehen, denn mit dem Engagement für Israel lassen sich kaum deutsche Wählerstimmen holen.

So beliebt Deutschland mittlerweile in Israel ist, so unbeliebt ist Israel in Deutschland. Die Aversion gegen die einzige Demokratie im Nahen Osten hat zugenommen. Schon vor vier Jahren hielten 65 Prozent der Deutschen Israel für „die größte Bedrohung des Weltfriedens“. Israel lag damit weit vor dem Iran und Nordkorea. Ist also die Schamfrist für Antisemiten vorbei? Trauen sie sich jetzt auch hier zu Lande wieder, offen aufzutreten? Tatsächlich wächst die Zahl antisemitischer Straftaten seit Jahren, und eine Studie des AJC ergab schon im Jahr 2002, dass 40 Prozent der deutschen Bevölkerung der Aussage zustimmten, „Juden hätten zu viel Einfluss auf das Weltgeschehen“. Und doch würden die

wenigsten der Befragten über sich sagen, sie seien Antisemiten. Und geradezu empört weisen die Israelkritiker jeden derartigen Verdacht von sich. Es ist ein merkwürdiges Phänomen: Der Antisemitismus ist allgegenwärtig, aber es gibt kaum Antisemiten, denn die Bezeichnung „Antisemit“ verbitten sich alle, die sich von Auschwitz distanzieren. Der Antisemitismus aber ist älter als Auschwitz, und er ist mit der Zerstörung der Vernichtungslager nicht verschwunden. Doch seither liegt, zumindest in Deutschland, immer Brandgeruch in der Luft, wenn über Antisemitismus diskutiert wird, was zu einer sonderbaren Verkehrung geführt hat. Nicht der Antisemit verstößt gegen das Tabu, wohl aber der Kritiker, der ihn als solchen bezeichnet. Wer, zumal aus jüdischer Position, diesen Vorwurf erhebt, läuft Gefahr sich zu diskreditieren, sich außerhalb des akzeptierten Diskursraums zu begeben.

Tatsächlich ist die wasserdichte Beweisführung in Sachen Antisemitismus ein fast unmögliches Unterfangen. Die politische Position zur israelischen Politik sagt zunächst einmal nichts über die Frage aus, ob diese durch antisemitische Ressentiments bestimmt wird oder nicht. Auch die Verweigerung, sich einzufühlen in die Empfindungen von Menschen, die erfahren haben, dass die Vernichtungsandrohung, und nichts anderes ist etwa die Charta der Hamas, keine abstrakte Rhetorik ist, sondern schon einmal tödliche Realität war, kann bloße Gefühlskälte oder unbewusste Abwehr sein. Oder eben Antisemitismus. Denn dass jemand Israel kritisiert, ist ja noch kein Beweis dafür, dass er kein Antisemit ist. Allzu oft aber werden rhetorische Angriffe auf Israel mehr als Ausweis von Courage und besonderer Geradlinigkeit denn als Folge von Ressentiment gewertet.

Die Nahostdebatte ermöglicht eine einmalige affektive Entlastung bis hin zu moralisch gereinigten Vernichtungsphantasien. Selbst die Solidarität mit palästinensischen Selbstmordattentätern, die unterschiedslos Babies wie Überlebende der Schoa in die Luft sprengen, weil sie Juden sind, geriert sich als Solidarität mit den Opfern. Bei keinem anderen Thema sind die sonst gültigen politischen Koordinaten so außer Kraft gesetzt wie hier. Hinter dem Banner „Freiheit für Palästina“, können sich linke Globalisierungsgegner genau so gut sammeln wie islamische Fundamentalisten oder Neonazis. Wie theoretisch dabei die Unterscheidung zwischen antiisraelisch und antijüdisch ist, zeigt die Zahl der Angriffe nicht auf Israelis und ihre offiziellen Vertretungen im Ausland, sondern eben auf Juden und jüdische Einrichtungen. Neu ist all das nicht. Schon im Umfeld der 68er Studentenbewegung tummelten sich jede Menge Befürworter der Zerstörung Israels. Neu ist nur, dass diese Position mittlerweile nicht mehr radikalen Randströmungen vorbehalten, sondern

salonfähig geworden ist. Unmittelbar nach dem 6-Tage-Krieg, im Juni 1967, schrieb der Auschwitz-Überlebende Jean Améry, dass die palästinensische Parole, die Israelis ins Meer zu treiben, ihm als Juden keine Wahl lasse. Im Moment dieses Angriffes sei er kein Linksin-tellektueller mehr, sondern nur noch ein Jude, „denn hinter ihm liegt Auschwitz und vor ihm vielleicht das seinen Stammesgenossen, zu denen er gehören muss, weil die Welt es so will, zu bereitende Auschwitz II am Mittelmeer.“ Vierzig Jahre später ist die Gefahr nicht kleiner geworden. Im Gegenteil. Mit dem Iran greift jetzt ein Staat nach der Atombombe, dessen angekündigtes Ziel die Vernichtung Israels ist.

Vergeblich aber halte ich Ausschau nach der großen Welle der Solidarität. Stattdes-sen melden sich deutsche Intellektuelle in einem Manifest zu Wort, in dem zwar viel von historischer Verantwortung die Rede ist, das sich aber ungetrübt von historischer Kenntnis auf die Seite der Palästinenser stellt und die konkrete Bedrohung Israels diskret übergeht. Dabei begrüßen über 60 Prozent der Israelis das Engagement der Europäer für die Palästi-nenser und eine Zwei-Staaten-Lösung. Sie gehen selbstverständlich davon aus, dass Paläs-tina den Europäern genauso eine Herzensangelegenheit ist wie die sichere Existenz Israels. Die offizielle Politik Deutschlands lässt an dieser Lesart auch keine Zweifel. Doch in der Bevölkerung ist sie keineswegs selbstverständlich. Dabei müsste jedem, der sich wirklich um die Zukunft der Palästinenser sorgt, an der gesicherten Existenz Israels gelegen sein, denn nur mit Israel hat Palästina eine politische und wirtschaftliche Überlebenschance.

Drei Viertel der Israelis befürworten eine EU-Mitgliedschaft ihres Landes. Das wäre eine echte politische Perspektive, für die zu engagieren sich lohnen würde: Israel und Palästina in die EU einzubinden. Dafür aber müssten sich die Palästinenser zur friedlichen Koexistenz mit ihrem jüdischen Nachbarn bekennen. Und Europa, zumal Deutschland, zur echten Verantwortung für die Zukunft Palästinas und Israels. Wie gering die Bereitschaft dazu aber ist, zeigen mir auch Veranstaltungen wie neulich an der Universität Freiburg. Deutlicher Applaus, als ich mich für die Errichtung eines demokratischen palästinensi-schen Staates aussprach – beklemmende Stille dagegen bei meinem Bekenntnis zu Israel. Freiburg ist keine Ausnahme. Und so tut Israel bis auf Weiteres gut daran, auf die Unter-stützung des Westens zu hoffen, auch und vor allem auf die Deutschlands, und sich auf die eigene Stärke zu verlassen.

# Eine sicherheitspolitische Perspektive

*Christian Schmidt*

Die Bundeskanzlerin und die gesamte Bundesregierung hat die Wiederbelebung des Nahostquartetts und Fortschritte im Nahostfriedensprozess zu einem Schwerpunkt der EU- und G-8-Präsidentschaft gemacht. Deutschland ist mit Israel in besonderer Weise verbunden und wir unterhalten ausgezeichnete Beziehungen. Das Existenzrecht Israels ist Maßstab unserer Politik, und unsere Kontakte sind von einer außergewöhnlichen Dichte, gegenseitigem Respekt und Freundschaftlichkeit geprägt.

Gleichzeitig erkennt Deutschland aber auch das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat an und unterstützt den Aufbau in vielfältiger Weise. Eine nachhaltige Lösung des Konflikts im Nahen Osten kann nach unserer Auffassung nur in einer Zweistaatenlösung und der Anerkennung Israels durch seine arabischen Nachbarstaaten liegen. Wir machen uns keine Illusionen über schnelle Ergebnisse, aber wir sind überzeugt, dass Fortschritte und eine Lösung des Nahostkonfliktes einen entscheidenden Beitrag zur Existenz und Sicherheit Israels leisten können.

Die Bundeswehr unterhält vertrauensvolle militärpolitische und militärische Beziehungen zu Israel. Diese sind langfristig angelegt und weitgehend unabhängig von den aktuellen politischen Konstellationen in beiden Ländern. Diese Zusammenarbeit hat ein hohes Niveau erreicht und liegt mir besonders am Herzen.

# Welt ohne Zentrum

## Deutschland, Israel und der „neue“ Nahe Osten

*Zafer Şenocak*

Welche Auswirkungen hatte der Irakkrieg auf die deutsche Nahostpolitik im Allgemeinen und auf die deutsch-israelischen Beziehungen im Besonderen? Die Ablehnung des Krieges durch die Regierung Schröder/Fischer, die Spaltung Europas in zwei Lager, die Unfähigkeit, eine diplomatische Verständigung über den Dissens in Europa zu finden, und der daraus resultierende transatlantische Riss werden heute mehr übergangen als wirklich analysiert. Wahrscheinlich berührt dieser Dissens historische Traumata, die im europäischen Bewusstsein nach wie vor verdrängt werden. Erinnert sei hier nur an das „Große Spiel“ während des Ersten Weltkrieges, als die Region nicht nur zum Spielball, sondern zur Verteilungsmasse der großen Mächte geworden war. Doch haben wir heute so etwas wie eine harmonische, aufeinander abgestimmte europäische Nahostpolitik?

Eine der Lehren aus dem Irakkrieg lautet: Weder können einzelne Staaten für sich eine effiziente Politik im Nahen Osten verfolgen, noch kann durch eine Intervention in einem bestimmten Land eine Befriedung und demokratische Umgestaltung der Region erreicht werden. Doch, ob eine solche Umgestaltung und eine aktivere Rolle im Friedensprozess im Gleichschritt angestrebt werden sollte, steht ebenfalls zur Debatte. Es ist in Europa nach wie vor nicht selbstverständlich, die Demokratisierung der Region und den Friedensprozess im Zusammenhang zu sehen. Auch die Position Deutschlands wirkt an diesem Punkt verschwommen.

Für Deutschland stellt sich zunehmend auch eine andere Frage: wie lassen sich die historisch bedingte Sonderstellung Israels und die traditionell guten Beziehungen zu den arabischen Staaten in einem größeren Rahmen neu definieren? Noch wird eine Balance gesucht zwischen Kontinuität in der Außenpolitik und den Entwürfen, die sich nach der Wiedervereinigung 1990 aufdrängen. Der größere Rahmen eines verstärkten deutschen („europäischen?“) Engagements umfasst heute schon die Türkei, den Iran und den Kaukasus, morgen wird er sich auch auf die ehemaligen asiatischen Sowjetrepubliken ausdehnen müssen. Demokratisierung durch Handel und Annäherung, durch eine Intensivierung des

Kulturaustauschs umschreiben dabei die sanfte Interessenpolitik Berlins. Die harsche Ablehnung militärischer Interventionen von außen, wie vor dem Irakkrieg geschehen, ergänzt diese Strategie.

Für die Beziehungen zu Israel haben diese außenpolitischen Vorgaben durchaus Auswirkungen, die aber meist unformuliert bleiben. Die so genannte Vermittlerrolle im Nahostkonflikt, die in Bezug auf Deutschland oft bemüht wird, umschreibt diese Veränderungen, ohne sie zu thematisieren, baut sie vorsichtig ein, in ein neues Gewicht, von dem aber noch nicht viel zu spüren ist. Denn deutsche Außenpolitik in dieser Region kann nur dann wirksam werden, wenn sie in eine abgestimmte europäische Außenpolitik mündet. Und eine solche europäische Außenpolitik ist nach wie vor nicht in Sicht. Was aber jenseits von funktionierender, effektiver Politik entsteht, sind vor allem Bilder. Bilder eines aggressiven israelischen Staates und Bilder von entrechteten, unterdrückten Palästinensern. Die Bilder haben deshalb tiefer reichende Wirkung, weil sie von keiner effektiven und rationalen Politik begleitet und korrigiert werden. Dabei gewinnt, wie während des Libanonkrieges geschehen, die öffentliche Meinung mit ihren Entrüstungsritualen zunehmend Oberhand gegenüber den historisch motivierten Statements der offiziellen Politik.

Oft hat es den Anschein, als hätte die besondere Stellung Israels in der deutschen Außenpolitik ihre Ursachen in der Judenverfolgung durch die Nazis. Deutsche Politiker nähren oft diese Annahme mit dem Hinweis auf die moralische Pflicht Deutschlands, die aus seiner Geschichte erwächst. Viel zu selten aber wird formuliert, warum Israel ein unverzichtbarer Teil westlicher Strategien in der Region ist. Israel ist nach wie vor die einzige funktionierende Demokratie in dieser Region. Seine Existenz ist auch ein Hoffnungsschimmer für die Entwicklung der Nachbarstaaten. Andersherum formuliert ist der Konflikt mit Israel ein besonders belastbarer Ast, auf dem die halbe arabische Welt mit ihren Diktatoren sitzt. Für die Diktaturen wäre die Lösung des Palästinakonflikts wahrscheinlich nicht folgenlos.

„Diplomatie im Nahen Osten hat ihre eigenen Gesetze.“ Dieser Prämisse folgten und folgen Außenpolitiker seit Generationen. Daran hat sich scheinbar nichts geändert. Wer diese Gesetze kennt und nicht gegen sie verstößt, kann gute Geschäfte machen und eigene Ziele erfolgreich verfolgen. Wer gegen sie verstößt wie der amerikanische Präsident George W. Bush, steht als Tor da und wird hart bestraft. Diese Gesetze mit all ihren Winkelzügen stammen zumeist aus der Kolonialzeit und sie beschreiben nicht nur einen

Abhängigkeitsmechanismus, sondern auch Blickmuster auf Menschen und Gesellschaften der Region. Sie verführen aber auch die Akteure der Region zur Übernahme, aus dem Glauben heraus, dass Überleben in diesem rauen Klima anders nicht möglich sei. Die Folge ist Erstarrung von Politik, vor allem aber Unlösbarkeit von Konflikten. Die Entdeckung von gemeinsamen Interessen fällt schwer, wird gar unmöglich.

Eröffnet die Globalisierung mit ihren neuen Machzentren in Asien nicht Chancen, um diese festgefahrenen Beziehungsgeflechte aufzulösen? Die möglichen Folgen der Globalisierung, unter anderem eine Welt mit mehr als einem Machtzentrum, werden in der Außenpolitik noch kaum gesehen. Das trifft vor allem auf die europäischen Länder, insbesondere auf Deutschland zu. Doch das wiedervereinigte souveräne Deutschland in der Mitte Europas ist inzwischen durchaus mit seiner neuen Rolle in der Welt beschäftigt. Von welcher Welt wird aber dabei ausgegangen? Handelt es sich dabei nicht immer noch viel zu sehr um die Welt von Gestern und Vorgestern?

Dass die notwendige Suche nach einer neuen Nahostpolitik, die von der Bush-Administration auf den Weg gebracht worden ist, im Irak so kläglich verendet ist, verbunden mit dem Verlust von Kompetenz und Glaubwürdigkeit, hat für den gesamten Westen kaum einschätzbare Folgen. Zu einer hämisch verbrämten Zurücklehnung gibt es in Europa keinen Anlass. Stattdessen bedarf es einer wertorientierten Außenpolitik, die sich allerdings auf schwierige Zeiten einstellen muss. Nur so lässt sich jener Druck aufbauen, der notwendig ist, um die Gesellschaften des Nahen Ostens zu reformieren und zu demokratisieren. Denn ohne diesen Prozess der Demokratisierung kann es keinen nachhaltigen und belastbaren Frieden im Nahen Osten geben.

Auch Israel könnte wahrscheinlich mehr tun, als nur den eingefahrenen Pfaden der „Orientpolitik“ zu folgen und sich selbst als einen in seiner Existenz bedrohten Gefangenen der Region zu beschreiben. Zugegeben ein schwieriger Schritt in einer feindlichen Umgebung mit immer wieder offen formulierten Vernichtungsambitionen. Dennoch stellt sich die Frage, warum so wenig auf die Ausstrahlungskraft einer offenen, freien Gesellschaft vertraut wird und warum diese so selten als Teil einer Gesamtstrategie zur Konfliktlösung sichtbar wird.

# Gegenseitiges Verstehen in einer komplexen Situation

*Christian Staffa*

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) hat bereits verschiedentlich in Erklärungen Stellung zum deutsch-israelischen Verhältnis bezogen. Die solidarische Haltung der ASF gegenüber Israel war dabei immer wesentlich bestimmt durch die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vernichtung der europäischen Juden sowie durch das Bekenntnis zur Schuld des europäischen Christentums am christlichen Antijudaismus, ohne den der mörderische NS-Antisemitismus nicht denkbar gewesen wäre. ASF handelt im Sinne praktischer Solidarität mit dem jüdischen Volk und ist seit nunmehr über 45 Jahren in langfristigen Freiwilligendiensten in Israel tätig.

Ich dokumentiere hier Auszüge einer Erklärung von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste vom Sommer 2002, weil deren grundlegende Ausrichtung aus unserer Sicht immer noch von Bedeutung ist:

„ASF hat sich von Anfang an für die diplomatische Anerkennung Israels eingesetzt. Das Existenzrecht Israels ist nicht verhandelbar. Gerade deshalb stimmen uns manche Versicherungen der Anerkennung des Existenzrechts Israels skeptisch, da sie einen Ton durchklingen lassen, als ob dieses Existenzrecht disponibel wäre. Wir hoffen sehr auf Fortschritte in den arabischen Ländern zur Anerkennung dieses Existenzrechts. Angesichts der nach wie vor erheblichen Widerstände, die in dieser Frage zu überwinden sind, bleiben wir noch hoffnungsvoll misstrauisch. Soviel jedenfalls ist klar: Substanzielle und nachhaltige Fortschritte werden nur erzielt werden können, wenn auch das Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat endlich verwirklicht wird.

Mit großer Sorge verfolgen wir den Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern, der in den letzten Jahren erneut äußerst gewaltvoll ausgetragen wird. Inzwischen ist ein Zustand erreicht, in dem beide Bevölkerungen in Angst und Schrecken leben. Fassungslos stehen wir vor dem Scheitern von Oslo, in dessen Folge kein Ende der Unsicherheit für Juden und Jüdinnen in Israel abzusehen ist. [...]

Die Zeit für die umfassende kritische und selbstkritische Auseinandersetzung der Akteure mit Schuld und Gewalt liegt noch vor uns. Leider! Denn es ist ein wesentliches Merkmal dieses Konflikts, dass weder einseitige Erklärungen noch Verurteilungen seiner historischen, politischen und gesellschaftlichen Realität gerecht werden. Fürs erste ist schon viel gewonnen, wenn wir dem Bedürfnis entgegenreten, die Situation in klaren Feindbildern und schematischem Schwarz-Weiß-Denken abzubilden. Es gilt die Wahrnehmung und damit unsere Diskursfähigkeit zu schärfen.

Das Geschehen im Nahen Osten bleibt nicht ohne Rückwirkungen auf die Situation in Deutschland. Ungeachtet des besonderen historischen Hintergrunds des deutsch-israelischen Verhältnisses kommt es immer wieder zu israelfeindlichen Äußerungen. Es häufen sich Aussagen, welche die Grenze zwischen differenzierter Israelkritik und antiisraelischen bzw. antisemitischen Positionen eindeutig überschreiten. Es zeigt sich in manchem Statement, dass hier der Konflikt im Nahen Osten zum Blitzableiter eigener Geschichtsbearbeitung wird.

Eine gängige Formulierung in der deutschen Diskussion ist es, die Palästinenser als „Opfer der Opfer“ zu bezeichnen. Wir lehnen diese Kategorie auch im übertragenen Sinne ab, da die schematische Einteilung in Täter und Opfer die komplexen regionalen Machtverhältnisse sowie historische und politische Konstellationen außer Acht lässt. Die Opfer der nationalsozialistischen Vernichtung in einen Kontext mit den Opfern der israelischen Besatzung zu setzen, suggeriert eine Analogie und bedeutet eine Relativierung des Holocaust, die eher auf eigene Verdrängungsmechanismen denn auf wirkliche Analysen aufbaut.

Politische Äußerungen zum Nahostkonflikt müssen – wollen sie einen ernsthaften Beitrag zur Befriedung des Konflikts leisten –, den sensiblen Kontext berücksichtigen, in dem sie rezipiert werden und vermeiden, vorhandene Ressentiments zu stärken.“

Dieser Text hat an Aktualität wenig eingebüßt, auch wenn durch den einseitigen Abzug aus Gaza, und den Krieg, der fälschlicherweise „Libanon-Krieg“ heißt und doch auch israelischen Boden betraf, sowie die Wahlen in den Gebieten wie auch im Iran und deren Ergebnis die Situation deutlich dramatisiert ist. Ich will das im Einzelnen hier nicht politisch bewerten, sondern betonen, dass gerade angesichts dieser Dramatisierung es von

großer Bedeutung ist, dass die Begegnungen mit Israel weiter gesucht werden. Am 15. Februar 2007 fand anlässlich des siebten Jahrestages der Rede von Johannes Rau vor der Knesset ein Workshop mit deutschen und israelischen jungen Erwachsenen statt, den mit einer israelischen Kollegin, Sharon Philosoph, zu leiten ich die Ehre hatte. Das Spektrum der TeilnehmerInnen auf israelischer Seite reichte von Siedlern über Enkel von Überlebenden bis zu einer palästinensischen Israelin, und auf deutscher Seite waren zwei Muslime dabei. Somit war es ein wirklich realistisches Setting und der gesellschaftlichen Situation angemessen komplex. Diese Komplexität gilt es in den deutsch-israelischen Begegnungen künftig zu stärken. Dabei ist allerdings zu vermeiden, dass es zu der klassischen Situation kommt, dass die deutschen TeilnehmerInnen den „Nahostkonflikt zu lösen“ versuchen. Hier geht es wirklich um das gegenseitige Verstehen der in allen Dimensionen eben komplexen Situation. Dieses Verstehen allein kann vor dem üblichen projektiven Verhältnis zu Israel beziehungsweise zu Deutschland bewahren.

# Metamorphosen

## Die Universalisierung der Erinnerung in Deutschland und das Verhältnis zu Israel

*Sebastian Wehrhahn*

Mit dem Verhältnis zu Israel ist in Deutschland untrennbar das Moment der Erinnerung an den Holocaust beziehungsweise des gesellschaftlichen Umgangs mit ihm verbunden. In diesem Verhältnis liegt ein fast zwingendes Moment der Reflexion auf die eigene deutsche Geschichte, und jeder der einmal aus Deutschland kommend Israel besuchte, weiß, wie spürbar und fast plastisch diese Reflexion sein kann.

Diese Verbindung zwischen Erinnerung und dem Verhältnis zu Israel ist es, die oft unter dem Verweis auf eine anzustrebende Normalität – ein Wort, das für sich schon irreführend ist – versucht wird, zu trennen. Eine Trennung dieser beiden Momente wäre so wenig möglich, wie sie ratsam wäre.

Bezieht man diese Verbindung auf die Generation junger Menschen in Deutschland heute, so kommt man nicht umhin, Veränderungen wahrzunehmen. Selbstverständlich ist das Israel-Bild in Deutschland ebenso stark von kontemporären Veröffentlichungen und Diskursen der Nahostberichterstattung geprägt. Nichtsdestotrotz bildet der Zugang zur deutschen Vergangenheit gewissermaßen ein Fundament, dessen Veränderungen, Erschütterungen und Transformationen sich auch im darauf ruhenden Verhältnis zu Israel bemerkbar machen. Dies alles passiert im Spannungsfeld zweier scheinbar gegensätzlicher Trends im Umgang mit dem Holocaust: dessen Universalisierung einerseits und dessen Historisierung andererseits.

Nun ist eine Generation in den Schulen und mitunter an den Universitäten, die niemals die Erfahrung gemacht hat, Überlebende der Shoa zu treffen. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen erleben eine Zeit, in der nur noch wenige Überlebende in der Lage sind, direktes Zeugnis abzulegen. Dies bestimmt nicht unwesentlich ihren Zugang

zum Thema. Die Frage der Zeugenschaft des Nationalsozialismus ist in der Tat wichtig. Nicht umsonst taucht dieser Aspekt in den letzten Jahren zunehmend auf akademischen Konferenzen und in Veröffentlichungen auf. Damit wird die Zeugenschaft zunehmend virtuell oder verlagert sich auf Orte und Dokumente. Als Reaktion darauf setzt sich in den pädagogischen und politischen Diskussionen um die richtige und zukunftsfähige Form der Erinnerung zunehmend die Formel der Universalisierung durch. In diesem Zusammenhang findet eine Transformation des Holocaust in ein universales Lehrstück für allgemeine Menschenrechte statt. So richtig die Universalität von Menschenrechten sein mag, stellt man den Holocaust einzig oder in erster Linie unter diesen Fokus, gerät er zu einer mehr oder weniger austauschbaren Projektionsfläche. Er könnte damit zu einem Beispiel werden und wie es in der Natur von Beispielen liegt, sind diese stets nicht mehr als die bloße Illustrationen von etwas anderem, in diesem Fall von dem Bruch von Menschenrechten. Wichtig wäre jedoch, den Holocaust nicht als bloße Metapher für etwas anderes zu behandeln, sondern ihn selbst ins Zentrum zu stellen. Nicht in erster Linie als Lehre für kommende Generationen, sondern aus Verpflichtung gegenüber den vergangenen. Als Beispiel für die Bedeutung von Menschenrechten wäre er ein Beispiel unter vielen. Andere Vertreibungen, andere Völkermorde würden Ähnliches illustrieren, und somit würden die besonderen gesellschaftlichen Umstände und die historische Einmaligkeit des nationalsozialistischen Antisemitismus nicht angemessen behandelt werden können.

Gleichzeitig gibt es – wenn dies auch kein neues Phänomen ist – die Gefahr, den Nationalsozialismus zu historisieren. Solche Bestrebungen, die zum ersten Mal im Herbst 1945 laut wurden, versuchen, das genaue Gegenteil der Universalisierung zu etablieren. An Stelle von einer Verallgemeinerung wird Vergangenheit immer als abgeschlossen und geschehen behandelt. Was passiert ist, ist passiert und bildet lediglich eine Momentaufnahme unter vielen in der langen und abwechslungsreichen Geschichte. Solche Auffassungen ignorieren nicht nur politische wie strukturelle Kontinuitäten, sie berauben die Vergangenheit auch derer Momente, die über sich selbst hinausweisen und einen Anspruch haben, der auch heute noch gilt. So abgeschlossen und unumkehrbar vergangenes Unrecht und Leid auch sind, so sehr enthalten sie doch auch Aspekte der Unabgeschlossenheit, insofern der in ihnen unabgeleitete Anspruch nicht verjährt.

Das Verhältnis zu Israel kann nur als Konstellation verschiedener relevanter Wahrnehmungsmuster verstanden werden. So bildet wie eingangs erwähnt der Umgang

mit der deutschen Vergangenheit ein wesentliches Moment genauso wie bestimmte tradierte Bilder, die die öffentliche Debatte um Israel bestimmen.

In den letzten Jahren ließ sich unter anderem eine Tendenz zur Universalisierung beobachten, die in Korrespondenz mit der Universalisierung der Erinnerung steht. In einer solchen Wahrnehmung steht Israel – als de facto einzige Demokratie in der Region – symbolisch für Aufklärung, Freiheit, Pluralismus. Diese nur-universalistische Position droht unhistorisch und ungenau zu werden, wenn sie Israel als reines Demonstrationsobjekt allgemeiner Prinzipien behandelt. Fungiert Israel nämlich nur noch als Illustration, lässt sich weder die wirkliche Geschichte noch die geschichtliche Wirklichkeit begreifen.

Im selben Moment jedoch trägt sich in Israel genau das zu: Israels Kampf um die Sicherheit seiner Bürger ist in der Tat ein Einsatz für universelle Werte: Demokratie, Pluralismus oder bürgerliche Freiheit.

Worauf es aber ankommt, ist, diesen Einsatz konkret zu verstehen. Bleibt dieser Zugang abstrakt, könnte er darauf hinauslaufen, Israel als bloße Metapher und damit einzig nur in Bezug auf allgemeine Ideen zu verstehen. Ein solches Verhältnis zu Israel, das darüber hinaus auf nichts anderem gründet, wäre ungeschichtlich. Nicht zuletzt würde eine solche Perspektive damit auch Gefahr laufen, die Besonderheit des Holocaust und der in der israelischen Gesellschaft aufgehobenen Erfahrung des Holocaust zu unterschlagen. Die simple Gegenposition andererseits, wonach Israel einzig als Staat der Überlebenden und Opfer zu behandeln sei, würde weder der Geschichte der israelischen Gesellschaft, noch dem Selbstverständnis des modernen Israel gerecht werden.

Man steht also in beiden Fällen – Erinnerung und Verhältnis zu Israel – vor einem Problem, das sich einfach nicht handhaben lässt. In beiden Fällen scheint die Universalisierung nicht adäquat. Gleichzeitig ist es eben auch richtig und notwendig, die universale Bedeutung der Verbrechen des Holocaust zu betonen, genauso wie die universalen Motive in Israels Kämpfen und in seiner bloßen Existenz. Dieses Dilemma kann nicht gelöst werden, indem man entweder jede Universalisierung kategorisch ablehnt, oder aber die Besonderheit des Holocaust und des Staates Israel in einem allgemeinen Bekenntnis zu Menschenwürde auflöst. Beides würde auf eine Historisierung hinauslaufen.

So wenig wie der Holocaust sich dazu eignet, austauschbares Beispiel für die Vermittlung universeller Werte zu sein – so dringlich und integer diese Vermittlung auch sein mag –, so wenig sollte Israel als Emblem für Demokratie schlechthin gelten.

Hilfreicher wäre es in der Tat, zu einem Verhältnis zu kommen, das in der Lage ist, beide Aspekte, die Universalität und die Besonderheit, zu vereinen, ohne die Spannung dieser beiden Momente aufzugeben. Beide Momente für sich müssen notwendig abstrakt bleiben. In Konstellation gebracht können sie jedoch konkret werden.

So sehr Israel auch für Demokratie und Freiheit steht, so bedeutsam ist es, in der Solidarität mit Israel das Eingedenken an die Katastrophe des Holocaust und an das Vermächtnis der Opfer aufzubewahren. Ein solches Verhältnis müsste den Spagat meistern zwischen universaler Verbundenheit und besonderer Solidarität.

# Ein festes Band

*Gert Weisskirchen*

Im nächsten Jahr wird Israel 60 Jahre alt: ein Augenblick in der Partikularität des modernen Nationalstaats. Weil Israel eingebettet ist in die jüdische Kultur, bleibt sein Selbstverständnis universell. „Das jüdische Volk hat ... ein langes und schmerzvolles historisches Gedächtnis“, sagt Amos Oz. Das Gedenken des Holocaust, das Gehen im Mahnmal für die ermordeten europäischen Juden in der Mitte Berlins macht es immer von Neuem deutlich: vom Holocaust geht eine Macht aus. Sein Schrecken schwindet nicht. Schimon Peres sagt dazu: „Je mehr wir über den Mord an den Juden erfahren, desto weniger wissen wir über ihn.“ Warum konnten Deutsche das Böse verkörpern? Warum haben sie den Nachbarn verraten? Warum haben sich zu wenige aufgelehnt? Die Fragen werden kein Ende nehmen und sie dürfen kein Ende nehmen. Denn: Sie zwingen uns, Tugenden zu festigen, die jeder Einzelne braucht und die wir alle brauchen in unserem Land, in Europa, in der Welt, damit in jenem Moment, wo das Böse sich erhebt, wo die Barbarei wieder einzubrechen droht, jeder und jede und wir gemeinsam stark sind, die Gefahren abzuwenden.

Israel war als jüdischer Staat noch keine 20 Jahre alt, als es zu Deutschland diplomatische Beziehungen aufnahm. Salman Shazar, damals israelischer Staatspräsident, hat in einem sprachlichen Bild festgehalten: nach der „dunkelsten aller Nächte“ dämmerte der Morgen. In die „raison d'être“ der Bundesrepublik Deutschland bleibt unauslöschlich eingeschrieben: Das Recht auf Existenz des jüdischen Staates Israel ist zu schützen.

Die Bilanz der Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten kann sich sehen lassen – wissenschaftlich und technologisch, wirtschaftlich und kulturell, außenpolitisch und sicherheitspolitisch. Deutschland ist für Israel der wichtigste Partner in der Europäischen Union und nach den USA der zweitwichtigste in der Welt. Viele Projekte stiften Freundschaft. Sie helfen, Vertrauen aufzubauen. Fast jede Stadt in Israel hat ein Bündnis geschlossen mit einer deutschen Partnerin, hundert davon gibt es. Und trotz alledem: In Israel spürt man Enttäuschungen gegenüber Deutschland. Für 2004 hat Roby Nathanson

in einer vergleichenden Jugendstudie herausgefunden, dass nur 36,6 Prozent der jungen Israelis zustimmen, dass Deutschland zu den Ländern gehöre, die ihrem Land gegenüber am freundlichsten sei. Die Mehrheit von 56,4 Prozent beurteilt die Wahrscheinlichkeit einer neuen Nazi-Herrschaft als gering. Deutschland wird als Demokratie anerkannt. Liegt hinter diesem gemischten Bild vielleicht ein asymmetrisches Wahrnehmen verschiedener Wirklichkeiten? Verstehen Deutsche wirklich die Umstände, in denen Israelis leben? Erkennen wir die Zwänge und Ängste? Haben wir das hinreichende Maß an Mitgefühl?

Das gesellschaftliche Zusammenleben in Israel ist zum Zerreißen gespannt. Kulturelle Herkünfte stoßen sich aneinander und häufig auch Entwürfe für ein künftiges Miteinander. Säkulare und Orthodoxe, Einwanderer aus der früheren Sowjetunion und Altein-gessene, Jeckes, Sephardim, die Suche nach Interkulturalität, der Wunsch nach Respekt voreinander, die Sorge vor der Demografie – die Gesellschaft sucht nach Verbindendem und stößt manches Mal auf Trennendes. Und doch: in vielem, was verwirrt: ein festes Band hält Israel unverbrüchlich zusammen – die Sehnsucht nach Frieden und die Praxis des demokratischen Zusammenlebens. Diese Grunderfahrungen teilen Israelis und Deutsche.

Die Bertelsmann-Stiftung hat jüngst das Verhältnis zwischen Deutschen und Juden in einer umfassenden Studie dargestellt. Danach ist der Anteil der Israelis, die sich positiv über Deutschland äußern, seit 1991 von 48 auf 57 Prozent angestiegen. Seither ist die Zahl der Israelis, die sagen, man könne sich mit Deutschen nicht versöhnen, von 22 auf 9 Prozent gesunken. Zugleich hat die Sorge abgenommen – von 80 auf 46 Prozent – , Deutschland sei durch den Extremismus bedroht.

Doppelt soviel Deutsche hegen Sympathie gegenüber Israel (28 Prozent), als gegenüber der arabischen Seite. Nur noch 6 Prozent der Deutschen meinen, Israel müsse gegenüber den Palästinensern nachgeben; 1991 waren es 25 Prozent. Werner Weidenfeld ist davon überzeugt, „dass zum einen die historische Erfahrung des Holocaust weiterhin die gegenseitige Wahrnehmung stark beeinflusst und zudem zwischen Deutschen und Israelis eine unterschiedliche Bewertung internationaler Probleme besteht.“ Der Projektleiter der Bertelsmann-Stiftung, Stephan Vopel, fügt hinzu: „Deutsche und Israelis besitzen aufgrund der historischen Erinnerung, aber auch wegen ihrer ganz anderen politischen Realität völlig andere politische Kulturen. Daraus resultieren auch stark unterschiedliche Schlussfolgerungen für den Umgang mit Konflikten. Während es für die Israelis heißt ‚nie wieder Opfer‘, lautet die Maxime der Deutschen ‚nie wieder Krieg‘.“

Wenn auch das Gesamtbild Deutschlands in den Augen der Israelis sich behutsam ins Positive wandelt, vermuten allerdings fast die Hälfte der Befragten in Israel und 40 Prozent der Juden in den USA, ein großer Teil der Deutschen sei antisemitisch eingestellt. Die Studie legt nahe, dass die alte Form des Antisemitismus in Deutschland sich auf dem Rückzug befände. Heute zeigten Deutsche mehr als zuvor Verantwortungsgefühl für Israel und Verständnis für die israelische Politik. Anders, als zu befürchten war, hat sich das Libanon-Engagement der Bundeswehr im Rahmen des UNIFIL-Mandats im beiderseitigen Verständnis positiv ausgewirkt. 49 Prozent der Deutschen befürworteten es, 47 Prozent zeigen sich als Gegner. Drei Viertel der Israelis begrüßen den deutschen Einsatz. An diesem Ereignis wird erneut die grundsätzliche Haltung der Deutschen sichtbar. Mehr als 80 Prozent der Israelis sowie der Juden in den USA halten dafür, dass militärische Gewalt in begründeten Fällen international angewendet werden muss, während 58 Prozent der Deutschen dem generell nicht zustimmen.

Damit die voneinander zu unterscheidenden Sichtweisen nicht zu Spannungen zwischen Deutschland und Israel führen, ziehen die Autoren der Bertelsmann-Studie die nachstehenden Schlussfolgerungen:

1. „Die Basis der Beziehungen zwischen Deutschen und Juden ist stabiler geworden. Die mit der Wiedervereinigung Deutschlands verbundene Skepsis ist einem Vertrauen in die Stabilität der Demokratie und in die Haltung Deutschlands gegenüber Israel gewichen.
2. In dieser Situation ist es für die Sicherung der deutsch-israelischen Beziehungen essenziell, über die Erinnerung hinaus gemeinsame Interessen zu identifizieren, die ein tragfähiges Fundament für die Zukunft bilden können. Dazu gehören strategische Partnerschaften im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik ebenso wie in den wirtschaftlichen Beziehungen. Deutschland kann eine konstruktive Rolle zur Sicherung des Friedens im Nahen Osten übernehmen.
3. Die politische Bildung in Deutschland darf sich nicht darauf beschränken, „die Vergangenheit zu bewältigen“ durch die Wachhaltung des historischen Gedächtnisses, sondern muss einen aktiven Beitrag leisten zum gegenseitigen Verständnis der unterschiedlichen Existenzlagen in Deutschland und Israel. Dazu muss insbesondere die jüngere Generation in beiden Ländern in einen intensiven Austausch gebracht werden.“

Die Ergebnisse der Bertelsmann-Studie zeigen die Asymmetrie im deutsch-israelischen Verhältnis. Während sich das Verhältnis Israels zu Deutschland verbessert hat, ist dies umgekehrt bei der Mehrheit der Deutschen in ihrem Verhältnis zu Israel nicht der Fall. Dies muss uns jetzt, 2007, zum Nachdenken führen, wie wir aus unserer Sicht die Beziehungen weiter entwickeln und verbessern können. 2008, das Jubiläumsjahr Israels, sollte für Israelis und für Deutsche ein Jahr werden, um unsere Anstrengungen für ein gutes Miteinander zu verstärken. Der Deutsche Bundestag, dessen bin ich mir sicher, wird das Haus des Hüters bleiben, für die Solidarität mit Israel. Wir sind dankbar dafür, dass Israel Vertrauen in Deutschland setzt.

# Ein Kind des Westens

*Clemens Wergin*

Deutschland sollte seinen Einfluss in Europa nutzen, um eine Integration Israels in Nato und EU zu ermöglichen. Eine solche Perspektive würde es Israel leichter machen, einem Palästinenserstaat zuzustimmen.

Deutschland ist seit Jahrzehnten der wichtigste Fürsprecher Israels in Europa. Es ist deshalb auch nicht übertrieben zu sagen, dass Berlin nach Washington der wichtigste Verbündete Jerusalems in der Welt ist. Nun hat es natürlich auch im deutsch-israelischen Verhältnis immer wieder Tiefpunkte gegeben. Sei es das Hickhack um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, die von Bonn lange nicht gewollt wurden, sei es der öffentlich inszenierte Streit zwischen Helmut Schmidt und Menachem Begin.

Zum guten regierungsoffiziellen Verhältnis, das in den letzten Jahren weitaus besser war als etwa die öffentliche Meinung in Deutschland über Israel, trugen auch persönliche Konstellationen bei. In der rot-grünen Regierung war es Außenminister Joschka Fischer, der die deutschen Beziehungen zu Israel maßgeblich beeinflusste und als positives Gegengewicht zum eher araberfreundlichen Kanzler Gerhard Schröder wirkte. Kanzlerin Angela Merkel steht nun so fest an der Seite Israels wie selten ein Amtsvorgänger zuvor, besonders was die Eindämmung der iranischen Atompläne angeht. Auf der letztjährigen Münchner Sicherheitstagung hat Merkel die Verpflichtung des Westens, die iranische Bombe zu verhindern, in einen klaren Zusammenhang zum Holocaust gestellt und davor gewarnt, im Hinblick auf die iranische Bombe denselben Fehler zu machen wie einst 1938 beim Appeasement gegenüber Hitler – eine geschichtspolitische Aufladung, die manch sozialdemokratischer Außenpolitiker nicht gerne gesehen hat. Aber in der Libanonkrise hat auch der sozialdemokratische Außenminister Frank-Walter Steinmeier Stehvermögen bewiesen. In Europa war es die deutsche Regierung, die maßgeblich dafür plädierte, nicht zu früh einen Waffenstillstand zu fordern, um den Israelis die Möglichkeit zu geben, die Hisbollah vorher entscheidend

zu schwächen. Steinmeier stellte sich damit auch erfolgreich gegen die israelkritische Linke in der eigenen Partei, die von Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul angeführt wurde. Obwohl Steinmeier etwa bei der Frage einer Einbindung Syriens gegen den Rat aus Jerusalem agierte und zu Gesprächen nach Damaskus flog, scheinen diese Meinungsverschiedenheiten doch nicht grundsätzlicher Natur zu sein. Schließlich war Deutschland auch maßgeblich daran beteiligt, dass Europa auf klaren Bedingungen gegenüber der Hamas-Regierung bestand: Gewaltverzicht, Anerkennung des Existenzrechtes Israels und Anerkennung bestehender Verträge zwischen Israel und der PLO.

Das deutsch-israelische Verhältnis steht also, was den Berliner Partner anbelangt, auf sicheren Füßen. Zu Unstimmigkeiten könnte es nur kommen, wenn es in der großen Koalition kracht und einzelne Sozialdemokraten in die Versuchung geraten sollten, sich mit israel- und amerikakritischen Positionen zu profilieren.

Wie soll es aber weitergehen?

Es ist auch zu erwarten, dass ein positives und enges Verhältnis zu Israel in den nächsten Jahrzehnten weiter zur Staatsräson Deutschlands gehören wird, unabhängig von persönlichen Präferenzen einzelner Politiker. Es zeichnet sich aber eine Tendenz ab, die langsam aber sicher zu größerer Distanz führen wird, weil der Holocaust und die Erinnerung an ihn in weitere Ferne rücken. Die langfristigen Trends arbeiten also gegen Israel, besonders dann, wenn der Nahostkonflikt nicht bald gelöst wird und er Israels Image in Europa weiter verdüstert. Ich möchte deshalb einen Gedanken aufgreifen, den ich Anfang 2004 in die deutsche Debatte eingeführt habe \* und der seitdem von der Utopie in den Bereich des Möglichen eingetreten ist: Die Aussicht einer Nato- und vielleicht gar EU-Mitgliedschaft für Israel, sobald ein Friedensvertrag mit den Palästinensern zu einem eigenständigen Palästinenserstaat geführt hat.

Israel ist das späte Kind, der Benjamin der europäischen Nationalstaatsidee. Deutschland sollte sowohl aus geschichtlicher Verpflichtung wie auch wegen der gemeinsamen kulturellen und demokratischen Werte dazu beitragen, dass Israel in die europäische und westliche Gemeinschaft integriert wird, um mitzuhelfen, das Überleben des jüdischen Staates zu sichern.

Als relativ junger Staat war Israel stets stolz auf die eigene Unabhängigkeit. Deshalb schien eine Mitgliedschaft in Nato oder EU, die die eigene Souveränität ein-

schränken würde, auch für die politische Elite Israels lange nicht erstrebenswert. Diese negative Einstellung beginnt sich langsam zu ändern. Seit eine überparteiliche deutsch-amerikanische Parlamentariergruppe die Möglichkeiten einer Aufnahme Israels in Nato und EU ausgelotet und ihre Ergebnisse auf der Sicherheitstagung in Herzlija Ende 2004 vorgestellt hat, setzt in Israel ein Umdenken ein. Je unwahrscheinlicher die noch in den 90er Jahren vorherrschende Vision einer vollständigen Integration Israels in seinen regionalen Kontext scheint, angesichts der virulenten Israelfeindschaft der umliegenden Gesellschaften, desto größer wird das Bedürfnis der Israelis, in Europa und im Westen ein strategisches Hinterland zu gewinnen, das die Existenz des Staates auch in der Zukunft garantieren kann. Denn bis heute ist Israel isoliert, es war jahrzehntelang einer der wenigen Staaten der UN, der keiner Regionalgruppe angehörte, weil die arabischen Staaten eine Aufnahme Israels in den asiatischen Block verhinderten. Seit dem Jahr 2000 ist Israel nun temporäres Mitglied der westeuropäischen Gruppe – eine Eingliederung Israels nach Europa, die in Sportarten wie Basketball oder Fußball längst akzeptiert ist.

Warum aber sollte Europa oder die Nato Israel aufnehmen? Israel ist, was seine Institutionen, seine Kultur und Werte betrifft, ein Kind der europäischen Aufklärung und westlicher Demokratievorstellungen. Es kann also kein Zweifel daran bestehen, dass Israel Teil der westlichen Wertegemeinschaft ist. Zudem ist Europa ursächlich verantwortlich für die Entstehung Israels. Die europäische Judenfeindschaft hat erst zur Idee des Zionismus geführt, des jüdischen Nationalismus, dessen physischer Ausdruck Israel ist. Und ohne den von den Deutschen – mithilfe vieler Kollaborateure in ganz Europa – an den Juden verübten Holocaust hätte die UN sich 1947 wohl kaum für die Schaffung eines jüdischen Staates in Teilen des britischen Mandatsgebietes Palästina ausgesprochen. Neben diesen historischen Verpflichtungen gibt es aber auch noch handfeste eigene Interessen, Israel zu integrieren: Dem Westen ist daran gelegen, dass der Nahostkonflikt gelöst wird, weil er eines von vielen destabilisierenden Elementen in einer strategisch wichtigen, weil ölreichen Region ist. Zudem ist Israels Besatzungspolitik ein willkommenes Rekrutierungsargument für radikale Muslime in ihrem Kampf gegen westliche Werte und Interessen. Europa und der Nato muss daran gelegen sein, diesen Konflikt zu entschärfen. Eine Aufnahme Israels in die Sicherheitsstrukturen der Nato und in den politisch-wirtschaftlichen Kontext Europas würde helfen, das Sicherheitstrauma der Israelis zu mindern und ihnen den Schritt zu einem Palästinenserstaat psychologisch erleichtern.

Die Eingliederung Israels in den Westen scheint seit der Terrorintifada, dem Rückzug aus Gaza und dem Libanonkrieg notwendiger denn je. Die Terrorkampagne der Palästinenser hat nicht nur das linke Friedenslager in Israel zum Einsturz gebracht, sondern einer Mehrheit der Israelis auch das Gefühl gegeben, dass sich die Palästinenser und die nahöstlichen Muslime insgesamt wohl nie mit einem israelischen Staat abfinden werden.

Das Gefühl, mit unüberwindlicher, religiös-ideologischer Abwehr konfrontiert zu sein, hat sich im vergangenen Jahr noch einmal verstärkt. Denn mit Amerikas Problemen im Irak, der Wahl Mahmud Ahmadinedschads im Iran und der damit einhergehenden Re-Khomeinisierung des iranischen Regimes hat die Verweigerungsfront im Nahen Osten erheblich an Einfluss gewonnen. Zudem hat sich auch das Paradigma der einseitigen Rückzüge als Fehlschlag erwiesen: Die komplette Räumung des Gazastreifens hat nur zu einem noch intensiveren Raketenbeschuss auf israelisches Territorium geführt als zuvor. Die seit dem israelischen Rückzug aus Libanon im Jahr 2000 anhaltenden Übergriffe der Hisbollah, die im vergangenen Sommer einen erneuten israelischen-libanesischen Krieg auslösten, haben den Glauben der Israelis an die Friedensbereitschaft ihrer Nachbarn und an die Möglichkeit auf rational-pragmatische, unideologische Lösungen weiter gemindert. Es hat in Israel also in den letzten Jahren einen gravierenden Vertrauensverlust in die Friedensfähigkeit der arabischen und palästinensischen Partner gegeben. Eine Skepsis, die durch den Wahlsieg der radikalislamistischen Hamas bei den Palästinensern noch verstärkt wurde.

Die Frage ist heute also nicht mehr, wie eine Friedenslösung technisch aussehen könnte – das weiß man seit den Verhandlungen von Camp David ziemlich genau – sondern ob Jerusalem überhaupt vertrauenswürdige Partner hat, die es ratsam erscheinen lassen, dass Israel auf die militärstrategische Tiefe verzichtet, die die besetzten Gebiete bedeuten. Ein Nato- und EU-Beitritt würde Israel helfen, aus einem großen Wagnis ein kalkulierbares Risiko zu machen, weil etwa die Beistandsgarantie der Nato den Radikalen in der Region zeigen würde, dass nicht nur der jüdische Staat selbst, sondern das mächtigste Militärbündnis der Geschichte ihren Israelvernichtungs-träumen entgegensteht. Eine Einbindung in Europa würde auch Israels politische Isolation beenden und das Land wirtschaftlich an den Kontinent anbinden als Ersatz für die weitgehend verschlossenen Absatzmärkte in der Region.

Aber ist eine solche Integration Israels in den Westen überhaupt wahrscheinlich? Während ein Beitritt Israels zur Nato ein geringeres Problem darzustellen scheint, so mag man doch nicht daran glauben, dass etwa das traditionell israelkritische Frankreich oder Griechenland einem EU-Beitritt Jerusalems zustimmen würden. Anstrengungen Deutschlands, alte Muster in der EU in der Frage eines israelischen Beitritts umzustoßen, könnten aber durchaus Aussicht auf Erfolg haben. Ein entsprechendes Angebot könnte parallel zu Friedensverhandlungen mit den Palästinensern ausgehandelt werden. Und es ist auch durchaus denkbar, dass sich die französische Haltung gegenüber Israel ändert, wenn Nicolas Sarkozy zum nächsten Präsidenten gewählt werden sollte. Jedenfalls wäre es peinlich für Europa, wenn die Parteien in Nahost eingefahrene Denkmuster verlassen und nur Europa geistig nicht beweglich genug sein sollte, neue Wege zu beschreiten. Es stünde einer deutschen Regierung gut an, die europäischen Partner von der Notwendigkeit der Integration Israels in den Westen zu überzeugen.

<sup>1</sup> „Tel Aviv liegt in Europa. Die EU muss ihre Nahostpolitik neu ausrichten – und Israel Sicherheitsgarantien bieten.“

*Der Tagesspiegel* vom 28. Januar 2004.

# Deutsch-israelische Beziehungen auf sicherheits- und militärpolitischem Gebiet

*Klaus Wittmann*

Die Beziehungen Israels mit Deutschland im militärischen und sicherheitspolitischen Bereich haben mit dem Ausgangspunkt des bilateralen Verhältnisses zu tun: dem Wunsch nach Frieden und Stabilität im Nahen Osten, nach friedlichem Zusammenleben von Israelis und Palästinensern auf der Grundlage von Zweistaatlichkeit und Ausgleich – vor allem aber einer Anerkennung des Bestandsrechts für den israelischen Staat. Dessen gesicherte Existenz liegt im nationalen Interesse Deutschlands und kann als „Teil seiner Staatsraison“ betrachtet werden.<sup>1</sup> Für sie trägt Deutschland eine besondere historische und moralische Verantwortung.

Gleichzeitig erkennt es aber auch das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat an. Eine nachhaltige Lösung des Konflikts im Nahen Osten kann nach deutscher und europäischer Auffassung nur in einer Zweistaatenlösung und der Anerkennung Israels durch seine arabischen Nachbarn liegen. Maßgeblich dafür ist die Road Map des so genannten Nahostquartetts.

Von diesen Grundüberzeugungen sind, eingebettet in das vor fast 42 Jahren diplomatisch besiegelte Verhältnis, die deutsch-israelischen Sicherheitsbeziehungen geprägt.

## Militärpolitische und militärische Beziehungen

Im Rahmen der vertrauensvollen militärpolitischen und militärischen Beziehungen der Bundeswehr zu Israel gibt es einen regelmäßigen „Strategischen Dialog“ auf der Ebene von Staatssekretären – 2006 zum fünften Mal, allerdings auch 1999 für drei Jahre ausgesetzt. Dabei werden militär- und rüstungspolitische Themen besprochen. Jährlich finden auf der Ebene der Stabsabteilungsleiter Militärpolitik regelmäßige deutsch-israelische Stabsgespräche statt. Ergänzt wird dieses Geflecht turnusmäßiger Gespräche durch viele andere Zusammenkünfte auf verschiedenen Ebenen, z.B. der Verteidigungsminister (zuletzt im Frühjahr 2006 in Berlin und November 2006 in Israel).

Beim „4. Strategischen Dialog“ im Mai 2005 wurden mit einem Besuch des Marine-Segelschulschiffs „Gorch Fock“ 40 Jahre deutsch-israelische diplomatische Beziehungen gefeiert. Schon im Oktober 2004 war die Fregatte „Schleswig-Holstein“ in den Hafen von Haifa eingelaufen. Von herzlichem Empfang, gemeinsamen Übungen, einwöchigem Miteinander berichtet der damalige deutsche Botschafter – aber auch über den Besuch von 30 Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften in der Gedenkstätte Yad Vashem, wo sie in Begleitung von 30 israelischen Marinesoldaten in der Halle des Holocaust-Gedenkens einen Kranz niederlegten und sich zu längerem Gespräch trafen. „Familienbiographien, deutsche und israelische Geschichte, das heutige Deutschland und die israelische Wirklichkeit nach vier Jahren Intifada und nur 59 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus wurden thematisiert – meines Wissens erstmalig in dieser Form“, so Botschafter Dreßler.<sup>2</sup>

Das Zusammenkommen der Menschen ist immer wieder der zentrale Aspekt. Doch ist aufgrund des hohen Leistungsstands der israelischen Streitkräfte, deren Einsatzerfahrung sowie Erfahrung in der Bekämpfung von Terrorismus in asymmetrischer Kriegführung die Zusammenarbeit mit Israel auch fachlich für die Bundeswehr von besonderem Interesse.

Um bei der Marine zu bleiben, ist hier von besonderer Bedeutung die deutsche Hilfe und technische Zusammenarbeit beim Auf- und Ausbau der U-Boot-Komponente; andere Kooperationsfelder sind Korvetten- und Schnellbooteinsatz sowie der maritime Beitrag zur Terrorismusbekämpfung und Marine-Medizin. Es gab auch schon gemeinsame Übungen und gegenseitige Hafenbesuche. Eine neue Dimension hat der Marine-Aspekt durch die Teilnahme Deutschlands an UNIFIL erhalten. Auch zwischen den Marines werden regelmäßige Stabsgespräche durchgeführt.

Das ist ebenfalls beim Heer der Fall, wo es intensiven Informations- und Erfahrungsaustausch, hochrangige Gespräche und, beispielsweise, ein Heeresflieger-Austauschprogramm gibt. In besonderer Weise sind die Heeresbeziehungen auch durch den seit 1998 stattfindenden Austausch von Offizieranwärtern und die seit 2005 durchgeführten „Leader Exchange Seminars“ mit Offizieren und Unteroffizieren geprägt. Israel hat beim Aufbau deutscher Spezialkräfte (KSK) Unterstützung geleistet.

Bei den Luftwaffen gibt es seit 1989 regelmäßige „Operator to Operator Talks“, es werden auch gemeinsame Übungen in Drittländern wie Italien und der Türkei durchgeführt. Lufttransport, unbemannte Flugkörper und Rettung von Besatzungen gehören zu den weiteren Kooperationsfeldern. Im Militärischen Nachrichtenwesen arbeiten beide

Länder zusammen, im Sanitätswesen hat Deutschland in früheren Jahren mit erheblichem Mengen von Atropinspritzen und Injektoren gegen Kampfstoffe unterstützt. 2003 wurden 200.000 ABC-Schutzmasken abgegeben.

Im Jahr 2006 nahm erstmalig ein deutscher Oberstleutnant am elfmonatigen „International Fellows Programme“ des National Defence College in Tel Aviv teil. Israelische Soldaten haben in der Vergangenheit am „Nicht-NATO-Ausländer-Generalstabslehrgang“ der Führungsakademie der Bundeswehr und an der U-Boot-Ausbildung teilgenommen.

### Rüstungsbeziehungen

Die Rüstungskooperation zwischen Israel und Deutschland sowie Rüstungsexporte nach Israel werden durch die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 19. Januar 2000 bestimmt. Die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet ist eingebunden in den oben erwähnten „Strategischen Dialog“, und den Stabsgesprächen auf militärischer Seite entspricht ein „Arma-ment Panel“, das die Forschungs- und Technologiezusammenarbeit auf Grundlage eines bilateralen Rahmenübereinkommens von 1998 überwacht.

Zur Illustration seien beiderseitige Interessengebiete genannt wie: Sensortechnologien zur Abwehr ballistischer Raketen, Schutztechnologien für Landfahrzeuge, Möglichkeiten zur Detektion von Sprengstoffen als Maßnahmen gegen den Terror und Technologien im Konvoischutz. Bedeutende Einzelvorhaben konkreter Art sind das U-Boot-Programm „Dolphin“, die Ausrüstung des Waffensystems „Tornado“ mit Zielbeleuchtung sowie die leihweise Zurverfügungstellung von „Patriot“-Feuereinheiten mit Flugkörpern an Israel.

### Zukunft

Gleichwohl kann man nicht mit Gelassenheit auf die sicherheitspolitische Situation in Nahost blicken. Einerseits ist für jeden deutschen Soldaten klar, wie intensiv und zuverlässig Israels Verteidigungsvorbereitung sein muss – ein verlorener Krieg wäre der letzte! Auch die Fortsetzung der Road-Map-Politik kann nicht aus einer Politik der Schwäche heraus betrieben werden.

Andererseits wird immer deutlicher, dass militärische Stärke nicht ausreicht, und die israelische Aufarbeitung der Erfahrungen aus der Militäraktion im Libanon 2006

wird nachdenklich verfolgt. Dass man bei der Friedenssicherung wie bei der Stabilisierung von Konfliktgebieten nicht allein auf das Militär setzen kann, lernt die NATO gerade in zunehmendem Maße und hat deshalb beim letzten Gipfeltreffen im lettischen Riga einen „Comprehensive Approach“ verlangt, in Deutschland als „vernetzte Sicherheit“ konzipiert. (Prinzip: Es gibt zwar keine Entwicklung ohne Sicherheit, aber auch keine nachhaltige Sicherheit ohne Entwicklung.)

Das könnte auch zum qualitativen Inhalt der deutsch-israelischen Militärbeziehungen gehören: dass man die innovativen Aspekte vernetzter, ganzheitlicher Sicherheitspolitik behandelt – ohne in solch professionellem Austausch die kritische Würdigung israelischer Handlungsweisen auszusparen. Unter Soldaten ist das offene Wort stets besonders geschätzt, zumal Einigkeit über unser gemeinsames Ziel besteht: Israels sichere und glückliche Zukunft. Über die kritisch-moralisch begründete Verbundenheit hinaus ist die Sicherheitslage in Nahost für Deutschland von großer Bedeutung und seine Solidarität gefragt.

<sup>1</sup> *Rudolf Dreßler, Gesicherte Existenz Israels – Teil der deutschen Staatsräson. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 15/2005, S. 3-8; S. 3.*

<sup>2</sup> *Dreßler, S. 5.*

## **Prof. Micha Brumlik**

*leitete von 2000 bis 2005 das Fritz-Bauer-Institut und ist Mitherausgeber der Monatszeitschrift "Blätter für deutsche und internationale Politik".*

## **Reinhard Bütikofer**

*wurde 1998 Politischer Bundesgeschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen. Seit Ende 2002 ist Herr Bütikofer Bundesvorsitzender der Partei.*

## **Caroline Fetscher**

*ist Journalistin und seit 1997 Autorin beim Tagesspiegel in Berlin, Schwerpunkte u.a.: Menschenrechte, Internationales Recht, Transatlantische Beziehungen.*

## **Dr. h.c. Johannes Gerster**

*war Landesvorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz und arbeitete bis 2006 als Leiter der Konrad Adenauer Stiftung in Jerusalem. Seit 2006 ist er Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e. V.*

## **Dr. Lars Hänsel**

*ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel.*

## **Dr. Hans Hermann Henrix**

*war langjähriger Direktor der Bischöflichen Akademie des Bistums Aachen, hat seit mehr als drei Jahrzehnten das christlich-jüdische Gespräch mitgeprägt, nicht zuletzt durch eine Vielzahl von Publikationen.*

## **Eckart von Klaeden**

*ist Mitglied des Bundestages seit 1994. Er ist außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion.*

## **Hans-Ulrich Klose**

*ehem. Vizepräsident des Deutschen Bundestages, ist heute stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses und Vorsitzender der deutsch-amerikanischen Parlamentariergruppe.*

# Autorinnen und Autoren

---

## **Dr. Angelika Köster-Loßack**

*war Vizepräsidentin der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und ist heute Mitglied der Kommission für die Verbreitung deutsch-jüdischer Geschichte des Leo-Baeck-Instituts und stellvertretende Vorsitzende der Deutsch-Indischen Gesellschaft.*

## **Sergey Lagodinsky**

*ist Rechtswissenschaftler und Publizist. Er ist als Fellow am Global Public Policy Institute (GPPi) Berlin tätig.*

## **Prof. Manfred Lahnstein**

*Bundesfinanzminister a.D., war von 1994 bis 2006 Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Heute hat er eine Professur für Kultur- und Medienmanagement an der Hamburger Hochschule für Musik und Theater inne.*

## **Mariam Lau**

*ist Chefkorrespondentin im Parlamentsbüro der WELT. Sie schreibt seit Jahren unter anderem zu außenpolitischen Themen.*

## **Christine Mähler**

*ist Leiterin von ConAct - Gemeinsam Handeln - Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch.*

## **Dr. Stephan Reimers**

*ist Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Außerdem ist er Vorsitzender der Ev. Zentralstelle für Entwicklungshilfe und Aufsichtsratsmitglied des Ev. Entwicklungsdienstes.*

## **Esther Schapira**

*ist Journalistin und Regisseurin mehrerer Dokumentarfilme. Sie ist als Redakteurin des Hessischen Rundfunks im Bereich Geschichte und Zeitgeschichte tätig.*

## **Christian Schmidt**

*ist parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Mitglied des CSU-Parteivorstandes und Landesvorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der CSU.*

## **Zafer Şenocak**

*ist vielfach ausgezeichnete(r) Schriftsteller und bedeutender Vertreter der deutsch-türkischen Literatur.*

## **Dr. Christian Staffa**

*ist Geschäftsführer der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. und Vorstandsmitglied der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden.*

## **Sebastian Wehrhahn**

*ist Projektkoordinator des Berliner Büros des AJC.*

## **Prof. Gert Weisskirchen**

*ist außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion sowie persönlicher Beauftragter des OSZE-Vorsitzenden zur Bekämpfung des Antisemitismus.*

## **Clemens Wergin**

*ist Meinungsredakteur beim Tagesspiegel und betreibt den außenpolitischen Blog „Flatworld“.*

## **Brigadegeneral Dr. Klaus Wittman**

*ist Director Academic Planning and Policy am NATO Defense College, Rom.*



Mai 2007

American Jewish Committee Berlin Office  
Lawrence & Lee Ramer Center for German-Jewish Relations  
Mosse Palais · Leipziger Platz 15 · 10117 Berlin  
Tel. (030) 22 65 94-0 · Fax (030) 22 65 94-14  
[www.ajc.org](http://www.ajc.org) · [www.ajcgermany.org](http://www.ajcgermany.org)